

Nr. **3** Sept. 2003
14. Jahrgang



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Wie die WTO in Cancún entgleiste
Zivilgesellschaft - eine Stimme des Gewissens
Freiheit: Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens
Europa - in guter Verfassung?

Betrachtungen, Berichte, Ankündigungen (Zehn globale
Gefährdungen, Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit u.a.)

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Editorial

Ich sitze in einer LTU-Maschine nach Frankfurt, die auf der Startbahn des Flughafens in Cancún auf die Start-erlaubnis wartet. Kollegen von anderen Nichtregierungs-organisationen sind ebenso an Bord wie Agrarministerin Künast mit ihrem Stab und Wirtschaftsstaatssekretär Tacke. Beim mittäglichen NGO-Briefing der deutschen Delegation am gestrigen Sonntag war noch die Hoff-nung geäußert worden, dass die 5. WTO-Ministerkon-ferenz mit einem Ergebnis enden werde - vielleicht nach Verlängerung. Wenige Stunden später war klar, dass man sich Illusionen gemacht hatte. Die Entwicklungsländer waren nicht eingeknickt, der Gipfel war geplatzt. Ein Grund dafür war nicht zuletzt die Vermeinung, man habe es wohl nur mit einem Pokerspiel zu tun und man werde es am Ende mit den „bewährten“ Methoden druckvoller Verhandlungskunst schon richten. Zorn und Enttäu-schung der Entwicklungsländer hatte man vollständig unterschätzt. Der Süden forderte Gerechtigkeit in den Welthandelsbeziehungen ein und lehnte eine weitere Ermächtigung der WTO ab. Gegen vier Uhr Ortszeit wa-ren jene Bilder jubelnder NGO-Vertreter aufgenommen worden, unter ihnen Maude Barlow und Carol Bergin, die über CNN und andere Sender weltweit ausgestrahlt wurden.

Carol Bergin und Johannes Lauterbach werden noch zwei Tage in Mexiko bleiben, und am Donnerstag werden wir gemeinsam im Forum 3 in Stuttgart über die Tage von Cancún berichten.

Meine Gedanken kreisen um die Frage, was dieser Teilerfolg bedeuten mag. Ja, es ist ein Erfolg, denn es wurde die weitere Ausdehnung der gegen kulturelle Frei-heit und Diversität, Demokratie und solidarische Ökono-mie gerichteten Macht der WTO verhindert. Das hatten wir uns gemeinsam mit den anderen Akteuren der globa-len Zivilgesellschaft vorgenommen und Freude darüber ist berechtigt. Aber was ich empfinde, hat mit Triumph-gefühlen nichts zu tun. Der Flug von Kontinent zu Konti-nent gibt Anlass, sich erneut klarzumachen, welche ge-waltigen Herausforderungen in der Globalisierung lie-gen. Protest und Widerstand gegen die Verformung die-ser Globalisierung sind nicht nur berechtigt, sondern un-verzichtbar. Aber ebenso wichtig ist es, dass immer mehr Menschen begreifen, in welcher Richtung Alternativen gesucht werden müssen und wie jeder von uns sich selbst verändern muss, damit er seiner Verantwortung für die Veränderung der Verhältnisse gerecht werden kann.

Der Rundbrief, den Sie in Händen halten, war im Wesentlichen vor unserer Reise fertiggestellt, musste al-lerdings nach unserer Rückkehr noch korrigiert werden. Ebenso war der Bericht über Cancún noch zu schrei-ben. Sie finden ihn auf S. 5 des Heftes.

Ihr



Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

Wie die WTO in Cancún entgleiste
(Christoph Strawe) S. 5

Zivilgesellschaft - eine Stimme des
Gewissens (Yeshayahu Ben Aharon) S. 11

Freiheit: Gestaltungsprinzip des geistig-
kulturellen Lebens. Teil 1: Zur Begriffs-
bestimmung des Geisteslebens
(Christoph Strawe) S. 14

Europa - in guter Verfassung?

Der EU-Konvent hat seine Arbeit
beendet (C. Strawe) S. 23
Quo vadis Europa?
(Annette Groth) S. 24

Betrachtungen und Berichte S. 26

Zehn globale Gefährdungen der Menschheit
und ihrer Zivilisation (Wilhelm Neurohr) .. S. 26
Eine entscheidende Frage
(Bettina Kalambokis) S. 30
Demokratiebewegung (Thomas Mayer) S. 31
Einsam statt gemeinsam? S. 32
„Wie es der Pressesprecher der WTO nicht
schöner könnte...“ (Gerhard Herz) S. 32

Ankündigungen S. 33

Einladung an Alle zur Beteiligung an
einer „Offensive für Arbeit und
soziale Sicherheit“ S. 33
Verschiedene Veranstaltungen S. 35
Netzwerktreffen S. 38
Fortbildungsseminare „Individualität
und soziale Verantwortung“ S. 39

Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausge-geben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richt-satz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geld-schein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ an-geben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungs-ermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang Au-gust und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manu-skripte wird keine Gewähr übernommen.

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Der EU-Gipfel im griechischen Thessaloniki, an dem erstmals auch die Staats- und Regierungschefs der zehn Beitrittsländer teilnehmen, nimmt den Entwurf für eine europäische Verfassung an und überweist ihn an eine neue EU-Regierungskonferenz +++ Anhaltende Proteste von Studierenden im Iran +++ Der Streik in der ostdeutschen Metallindustrie um die 35-Stunden-Woche eskaliert +++ Auf einem Sonderparteitag in Cottbus billigen die Grünen die Agenda 2010 der Bundesregierung +++ Der italienische Premier Berlusconi erwirkt im römischen Parlament seine Immunität +++ Die Bundesregierung beschließt, die dritte Stufe der Steuerreform um ein Jahr vorzuziehen und den Eingangsteuersatz ab Jahresbeginn 2004 auf 15 Prozent, den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent zu senken. Die vorgezogene Reform soll teilweise über Neuverschuldung, teilweise über Subventionsabbau finanziert werden +++ Die EU-Agrarminister einigen sich in Luxemburg auf eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik: Vorgeesehen sind vermehrt produktionsentkoppelte Zahlungen an die Bauern, ab 2005 sollen darüber hinaus direkte Zuschüsse teilweise in allgemeine Fördermaßnahmen für die ländliche Entwicklung umgewandelt werden. Als Ziel wird der Abbau von Überproduktion genannt +++ Die Landesregierung NRW verzichtet aus finanziellen Gründen auf die Realisierung einer Magnetschwebbahn zwischen Düsseldorf und Dortmund +++ Bundeskanzler Schröder und Oppositionsvorsitzende Angela Merkel vereinbaren einen Zeitplan zur Gesundheitsreform, es soll von Experten ein gemeinsamer Gesetzesentwurf erarbeitet werden +++ Neue Kämpfe im Irak, es mehrten sich bewaffnete Angriffe auf die Streitkräfte der Alliierten +++ Indien öffnet seine Grenze zu China +++ Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi sorgt kurz nach Beginn der italienischen EU-Ratspräsidentschaft bei einem Auftritt im Europaparlament für einen Eklat, indem er den deutschen SPD-Europaparlamentarier Martin Schulz für die Rolle eines Kapo in einem KZ-Film empfiehlt +++ Beleidigende Äußerungen des italienischen Tourismus-Ministers gegen deutsche Urlauber führen zur Absage des Italien-Urlaubs von Bundeskanzler Schröder und schließlich zum Rücktritt des Ministers +++ Die palästinensischen Gruppen Hamas und Islamischer Dschihad erklären sich zu einem Waffenstillstand mit Israel bereit +++ Die IG-Metall muss den Arbeits-

kampf ohne Erfolg abbrechen. In der Folge dieser bisher beispiellosen Niederlage kommt es zu erbitterten Kämpfen in der Gewerkschaftsspitze um die Nachfolge von IG-Metall-Chef Klaus Zwickel. Vizechef Jürgen Peters hält gegen Zwickels Forderung an seiner Kandidatur für den Vorsitz fest +++ Die rot-grüne Koalitionskrise in NRW wird beigelegt +++ Die erneute Wahl von Lothar Bisky zum Vorsitzenden der PDS beendet die lange schwelende Parteikrise +++ Die EU verschärft die Bestimmungen für Tiertransporte. So dürfen Schweine und Rinder künftig nicht länger als neun Stunden ohne Unterbrechung durch Europa transportiert werden +++ Die Bundesregierung korrigiert bisherige Wachstumsprognosen der Wirtschaft nach unten, ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit wird jetzt nicht mehr ausgeschlossen +++ Die Bundesbahn korrigiert ihr neues Preissystem, das von den Bahnkunden nicht angenommen wurde. Unter anderem gibt es in leicht modifizierter Form die alte Bahncard wieder +++ Der EU-Verfassungskonvent schließt nach der Lösung letzter Detailprobleme seine Arbeit am europäischen Verfassungsvertrag ab. Die Verfassung soll frühestens 2006 in Kraft treten +++ Die US-Regierung muss zu-

geben, dass die Rede von Präsident Bush zur Lage der Nation im Januar unrichtige Informationen zum Waffenprogramm des Irak enthielt +++ Afrika-Reise von US-Präsident Bush. Er will dort in verschiedenen Ländern Gespräche über Terrorismusbekämpfung und den Kampf gegen Aids führen. Zur Debatte steht auch eine amerikanische Intervention in Liberia +++ Der Fernsehjournalist, CDU-Politiker und Vizepräsident des Zentralrats der

Juden Friedman erklärt seinen Verzicht auf alle öffentlichen Ämter, nachdem er einen Strafbefehl wegen Kokainbesitzes akzeptiert hat +++ Selbstmordanschlag in Moskau +++ Wachsende Kritik an der vorgezogenen Steuerreform, bei der 5 von 7 Milliarden Euro durch neue Schulden finanziert werden sollen +++ USA-Reise von Außenminister Fischer +++ Die amerikanische Militärführung spricht erstmals von einem Guerilla-Krieg, der im Irak stattfindet +++ Der britische Ministerpräsident Tony Blair verteidigt in einer Rede vor dem US-Kongress noch einmal den Irakeinsatz. Er sei selbst dann geschichtlich gerechtfertigt, wenn sich herausstellen sollte, dass man sich in der Frage der Existenz von Massenvernichtungswaffen geirrt habe +++ Der britische Regierungsberater und frühere UN-Waffeninspekteur David Kelly wird tot aufgefunden. Er war unter Druck gesetzt worden, weil er den Medien Informationen zugespielt habe, die beweisen sollten, Blair habe die Öffentlichkeit beim Irak-Krieg in die Irre geführt. Es wird von Selbstmord gesprochen. Die Untersuchung des Falles und die öffentliche Auseinandersetzung darüber führt zu einer Glaubwürdigkeitskrise für Tony Blair +++ Die Verhandlungsgruppen von Regierung und Opposition einigen sich auf ein gemein-

STAND DES KOSTENAUSGLEICHS

Bis Anfang September waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) 28.500 Euro eingegangen. 5.500 Euro sind im Etat 2003 noch offen. Allen Helferinnen und Helfern ein herzliches Dankeschön!

* Bis 12. September 2003

sames Konzept zur Reform des Gesundheitswesens. Unter anderem soll der Zahnersatz aus der paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert werden. Kritiker bemängeln, dass die Reform einseitig die Patienten belaste +++ US-Soldaten töten die Saddam-Söhne Uday und Kusai +++ Der amerikanische Kongress erhebt in seinem Untersuchungsbericht über die Anschläge des 11. September schwere Vorwürfe gegen CIA und FBI +++ Der Bürgerkrieg in Liberia fordert zahlreiche Opfer. Im Land droht eine schwere Hungerkatastrophe. Ein von den USA im UN-Sicherheitsrat eingebrachter Resolutionsentwurf sieht eine multinationale Friedenstruppe für das Land vor. Zunächst rücken Soldaten anderer afrikanischer Länder in Liberia ein. Der umstrittene Staatschef Taylor kündigt seinen Rücktritt und den Gang ins Exil an +++ Treffen des palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas mit US-Präsident Bush. Bush bezeichnet den geplanten Bau eines Grenzzauns im Westjordanland als Hindernis für den Friedensprozess. Israels Premier Sharon beharrt nach seinem Treffen mit Bush auf dem Bau, da dieser zur Terrorismusbekämpfung unverzichtbar sei. +++ Der Vatikan ruft alle Gläubigen und besonders alle katholischen Politiker zum Widerstand gegen die sogenannte Homo-Ehe auf, die Zustimmung zu entsprechenden Gesetzen sei eine unsittliche Handlung. Die Haltung des Vatikans stößt auf Kritik innerhalb und außerhalb der Kirche +++ Einigung über wesentliche Inhalte einer Gemeindefinanzreform zwischen den Spitzen der Regierungsparteien. Die Kommunen sollen unter anderem durch eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler entlastet werden. Kritik kommt sowohl von den Oppositionsparteien als auch vom deutschen Städtetag, dem die Entlastungen nicht weit genug gehen +++ Neue Anschläge im Irak +++ Die Bundesrepublik will ihren Afghanistan-Einsatz ausweiten. US-Präsident Bush lobt Berlin für das Engagement ++ Schwerer Bombenanschlag auf der indonesischen Ferieninsel Bali +++ Eine der in der Sahara entführten deutschen Geiseln stirbt an einem Hitzschlag. Verhandlungen mit den Entführern, die sich mittlerweile im Staat Mali aufhalten +++ Europa wird von einer extremen Hitzewelle heimgesucht. In Deutschland werden Spitzentemperaturen über 40 Grad erreicht. Besonders in Portugal kommt es zu zahlreichen Waldbränden. Die Hitzewelle wird von den meisten Experten mit der allgemeinen Erwärmung des Klimas infolge menschlicher Eingriffe in Verbindung gebracht +++ Die Einführung der Lastwagen-Maut auf deutschen Autobahnen muss wegen technischer Probleme um mindestens zwei Monate verschoben werden +++ Der Hollywood-Schauspieler Arnold Schwarzenegger will für das Amt des Gouverneurs von Kalifornien kandidieren. Ihm werden gute Chancen eingeräumt +++ Größter Stromausfall in der Geschichte Nordamerikas. Betroffen sind Millionen Menschen in den USA und Kanada. In New York verbringen viele der sechs Millionen Pendler die Nacht auf der Straße. Das Stromnetz der USA befinde sich auf dem Niveau eines Entwick-

lungslandes, heißt es später. Durch die Deregulierung der Stromversorgung seien alle Anreize zur Erneuerung der Netze entfallen +++ Bei einem Autobombenanschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad werden 24 Menschen getötet, unter ihnen der UN-Sonderbeauftragte für den Irak de Mello +++ Selbstmordanschlag auf einen Linienbus in Israel. Kündigung der Waffenruhe durch die Hamas nach der Tötung eines Führers der Organisation durch die israelische Armee +++ Der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) entlässt seinen Innensenator Roland Schill +++ Die Sahara-Geiseln kommen frei +++ In Liberia wird ein Friedensvertrag unterzeichnet +++ In der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD plädiert deren Generalsekretär Olaf Scholz dafür, den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ nicht länger zu verwenden +++ Bombenanschläge in Mumbai fordern über 50 Todesopfer +++ Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer kündigen an, bei den Bundestagswahlen 2006 erneut gemeinsam antreten zu wollen. Spekulationen, dass Fischer das Amt des EU-Außenministers übernehmen werde, haben sich damit zerschlagen +++ Finanzminister Hans Eichel muss ein Haushaltsdefizit in Höhe von 3,8% des Bruttoinlandsprodukts nach Brüssel melden. Die BRD verfehlt damit zum dritten Mal die im Euro-Stabilitätspakt vereinbarte Obergrenze von 3% +++ Die sogenannte Rürup-Kommission, die Vorschläge zur Reform der Sozialsysteme ausarbeiten sollte, legt ihren Abschlussbericht vor. Darin wird unter anderem die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre gefordert +++ Der britische Premier Blair bestreitet vor einem Untersuchungsausschuss die Manipulation von Informationen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg. Blairs Kommunikationschef Alistair Campbell tritt zurück. Der Schritt wird allgemein als „Bauernopfer“ gewertet +++ Tödliches Attentat auf den irakischen Schiitenführer Ayatollah Mohammed Bakr el Hakim in der Stadt Nadschaf. Bei dem Anschlag werden mindestens 82 Menschen getötet und 229 verletzt. Der in einem Auto versteckte Sprengsatz detoniert vor der Ali-Moschee, als hunderte von Gläubigen nach dem Freitagsgebet aus dem Gotteshaus strömen. Die Moschee mit dem Grab des Imam Ali, einem Vetter und Schwiegersohn des Propheten Mohammed, ist eine der heiligsten Stätten der Schiiten. Auf dem Ayatollah ruhten große Hoffnungen für eine friedliche Entwicklung des Landes +++ Im Irak wächst der Unmut über die Besatzungstruppen, denen vorgeworfen wird, nicht für die öffentliche Sicherheit sorgen zu können +++ Die schwedische Außenministerin Anna Lindh wird niedergestochen und stirbt an den Folgen ihrer Verletzungen +++ Rücktritt des palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas +++ In München wird ein neonazistischer Anschlag von der Polizei vereitelt +++ Frankreich und Deutschland kritisieren den Resolutionsentwurf der USA und fordern eine Schlüsselrolle der UNO bei der weiteren Entwicklung +++ Haushaltsdebatte im deutschen Bundestag +++ Beginn der 5. Ministerkonferenz der WTO in Mexiko

Wie die WTO in Cancún entgleiste

Christoph Strawe¹

Es ist Montag, der 8. September. Gegen Mittag landet unsere Maschine nach zwölfstündigem Flug im mexikanischen Cancún. Einige Wochen vorher noch hatte die mexikanische Regierung die Delegierten der Nichtregierungsorganisationen (kurz NGOs genannt) mit einer Visumpflicht genervt und dabei kräftig abkassiert. In das spezielle Dokument musste sogar der Daumenabdruck des Inhabers eingestempelt werden.

Mit einem Shuttle-Bus der WTO geht es ins Hotel, danach hole ich meine Akkreditierungsunterlagen ab. Der Badeort macht auf den ersten Blick einen deprimierenden Eindruck: eine Ansammlung architektonischer Scheußlichkeiten in Gestalt gewaltiger Bettenburgen. Die Krone ist das offenbar dem stalinschen Zuckerbäckerstil nachempfundene Riu-Hotel. Eine Kunstwelt für vor allem nordamerikanische Urlauber, die zu Hause von einem Land erzählen können, von dem sie in Wahrheit so gut wie nichts gesehen haben.

Der Sicherheitsaufwand, der für diese 8. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation getrieben wird, ist enorm: Als wir ankommen, werden bereits die ersten Absperrungen errichtet. Am Mittwoch, dem Tag der Eröffnung, gleicht die Gegend um den Tagungsort, das „Convention Center“, einer großen Festung: Straßensperren in Form hoher Gitter, überall Polizei und „Security“. In das Center gelangt man über Metallbrücken, die erst nach Ausweiskontrolle betreten werden können. Am Eingang des Kongressgebäudes werden die Ausweise gescannt und die Taschen durchleuchtet, gelegentlich wird man auch abgetastet. Selbst im „NGO-Center“, im Hotel Sierra gibt es eine solche Schleuse. In der Hotelzone von Cancún immer wieder Kontrollen, einmal muss ich meinen Rucksack dreimal öffnen, bevor ich am Ziel bin. Auch für die Touristen muss der Aufenthalt in diesen Tagen ein wenig kompliziert gewesen sein. In unserem Hotel bittet ein Schild um Verständnis dafür, dass der Shuttle-Bus zum Strand nicht verkehrt.

Am Abend dieses ersten Tages gibt Heidemarie Wiczorek-Zeul ein Essen für die Vertreter der deutschen Nichtregierungsorganisationen. Die Ministerin sieht in den NGOs offenbar Verbündete für entwicklungspolitische Anliegen. Entsprechend freundlich und locker ist der Gesprächston: auch menschlich überzeugt sie mich von allen offiziellen deutschen Delegationsvertretern noch am meisten. Sie hat sich besonders für eine Initiative einer Reihe von westafrikanischen Armutsländern eingesetzt, die deren Baumwollproduktion durch die Streichung der Exportsubventionen sichern soll. In der EU betrifft das Problem nur Griechenland und Spanien. Die USA dage-

gen geben fast 4 Mrd. Dollar für Stützungen auf und leisten entsprechenden Widerstand.

Themen, um die es in Cancún ging

Am Dienstag morgen nehme ich an einer Informationsrunde - so etwas heißt hier „Briefing“ - mit Martin Khor vom „Third World Network“ teil. Er arbeitet mit großer begrifflicher Präzision die Themen und Konfliktfelder heraus, um die es geht, und charakterisiert die beteiligten Akteure. Dabei geißelt er „Anti-Entwicklungs-Entwicklungen“ in der WTO.

1999 hatte der Widerstand von Entwicklungsländern und Zivilgesellschaft zum Scheitern des WTO-Gipfels von Seattle geführt. 2001 in Doha war mit massivem Druck der reichen Länder in letzter Minute ein Kompromiss erzielt worden, durch den eine neue Liberalisierungsrunde eingeläutet wurde. Versprochen war den Entwicklungsländern, dass diese „Doha-Runde“ eine „Entwicklungsrunde“ werden sollte. Daher erwartete man, dass es endlich Verbesserungen für die Landwirtschaft in den Ländern des Südens geben würde. Man erhoffte auch, um bestehende Benachteiligungen auszugleichen, eine Verbesserung der Sonderregeln z.B. bei Zollsenkungen („Special and Differential Treatment“) und die Lösung zahlreicher Probleme, die sich für diese Länder bei der Umsetzung der bisherigen Abkommen ergeben haben. Man spricht hier von „Implementierungsproblemen“, was aber häufig nur eine beschönigende Umschreibung für kritische Punkte der Abkommen selbst ist.

„New Issues“, „Expliziter Konsens“ und die Landwirtschaft

Die Erklärung von Doha sah vor, dass nur bei „explizitem Konsens“ über den Modus der Verhandlungen in Cancún beim nächsten Gipfel die von den reichen Ländern gewünschte Ausweitung der Verhandlungen auf die sogenannten „Singapur“-Themen erfolgen könne. Diese umfassen die Punkte Investitionsschutz, Handelserleichterungen, Wettbewerbsförderung und staatliches Auftragswesen. Die Kritiker sehen hinter diesen Punkten vor allem die massiven Interessen der multinationalen Konzerne, die von sozialen und umweltrechtlichen Auflagen unbehindert weltweit agieren möchten.² Den geforderten expliziten Konsensus gab es zu Beginn der Konferenz in Mexiko eindeutig nicht. Ebensovienig hatten sich EU und USA in den Fragen der Landwirtschaft entscheidend bewegt.

An der Landwirtschaft lässt sich besonders gut studieren, dass „Markt“ noch keine Lösung der wirtschaftli-

chen, sozialen und ökologischen Probleme darstellt. Damit nachhaltige Landwirtschaft im Interesse von Verbrauchern und Natur betrieben werden kann, müssen weltweit faire Preise erzielbar sein, die dies auch ermöglichen. Die Frage, wie solche Preisverhältnisse durch Zusammenarbeitsorgane der wirtschaftlichen Akteure in diesem Bereich selbst herbeigeführt werden können, spielt bisher keine Rolle in den offiziellen Überlegungen. So bleiben - wenn man nicht in ganzen Regionen die Landwirtschaft stilllegen will - nur die traditionellen Schutzmaßnahmen der Zollpolitik. Zu Recht fordern die Länder des Südens, sich auf diese Weise des zerstörerischen Dumpings durch Exportsubventionen besonders der USA und der EU erwehren zu dürfen. Beim sogenannten „domestic support“ - Stützungsmaßnahmen im Inneren durch Einkommenshilfen - gibt es von Seiten des Südens die Sorgen, dass durch Hütchenspielertricks hier letztlich doch Exportstützung zu Lasten der Armen betrieben werde, obwohl gesagt wird, die Stützung dürfe keine steigernde Wirkung auf die Produktionsmenge haben.

Generell bestreitet fast niemand, dass die Exportsubventionen für Agrarprodukte, die dann in die Märkte des Südens gedrückt werden und die lokale Landwirtschaft immer mehr ruinieren, ein Skandal sind. Trotzdem sind USA und EU offenbar nicht bereit, dieses Problem zügig zu lösen. Dabei spielt die eigene Agrarlobby eine Rolle - die deutsche war beim Gipfel durch eine von Präsident Sonnleitner angeführte Delegation des Bauernverbandes präsent. Versuche, wenigstens bei speziellen Produkten, die für bestimmte Länder wirtschaftlich entscheidende Bedeutung haben, rascher vorzugehen, blieben bisher auf halbem Wege stecken.

„NAMA“, TRIPS und GATS

Ein weiteres Thema sind Zölle für Industriegüter. Der Komplex firmiert unter dem Namen „NAMA“ (Non-Agricultural Market Access = nichtlandwirtschaftlicher Marktzugang). Hier geht es um „business as usual“, ein Geschäft, das seit Jahrzehnten im Rahmen des GATT-Abkommens betrieben wird. Aber auch hierbei steht für die Entwicklungsländer mehr auf dem Spiel, als gewöhnlich bemerkt wird. Bereits in der Vergangenheit hat die Wirtschaft in solchen Ländern durch zu rasche Marktöffnungen erheblichen Schaden genommen. Jetzt sollen sogenannte nichtlineare Zollsenkungen durchgesetzt werden: Je höher die Zölle sind, um so mehr muss man sie reduzieren. Das kann dramatische Folgen haben. Denn eine rasche Reduktion, beispielsweise die Halbierung, der Zölle bei noch relativ hohem Zollniveau kann durchaus zum Kollaps einer ganzen Volkswirtschaft führen!

Einen anderen Streitpunkt hatte man kurz vor der Konferenz noch scheinbar entschärft: Zwei Wochen vor Cancún wurde eine Regelung getroffen, die verhindern soll, dass durch das Patentschutzabkommen TRIPS Medikamente für Entwicklungsländer unerschwinglich sind. Konkret ging es dabei um die Möglichkeit für Länder ohne eigene Pharmaindustrie, sogenannte Generika zu importieren. Dazu schreibt Nicola Sekler von WEED: „Der Deal zwischen den USA und den Entwicklungslän-

dern enthält auf Druck der USA so viele Bedingungen für Länder, die Generika nutzen oder produzieren, dass dies praktisch nicht oder nur äußerst schwierig umsetzbar sein wird. Dafür scheint dieser Deal aber um so mehr ein willkommenes Beispiel für die PR-Arbeit der USA und EU zu sein, mit der sie ihre vermeintlichen Zugeständnisse an Entwicklungsländer demonstrieren wollen.“³ Von Schritten zu der immer wieder geforderten Revision des TRIPS-Abkommens vor allem im Hinblick auf die Patentierung von lebenden Organismen war erst gar nicht die Rede.

Angesichts der Vielfalt und Komplexität der offenen zur Verhandlung anstehenden Fragen spielte das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS in Cancún nur eine Randrolle. Gegen Ende der Konferenz wurde allerdings noch der Versuch gemacht, den Ländern, die bislang keine Angebote zur „Marktöffnung“ abgegeben haben, mit Verweis auf die Verpflichtungen des WTO-Vertrages zur kontinuierlichen weiteren Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen einen Endtermin hierfür zu setzen.

Aufstand des Südens - Neue Akteure mit neuem Selbstbewusstsein

Einen „Aufstand des Südens“ nennt die „taz“ in ihrer Ausgabe vom 16. September die Konferenz. Der Süden steht unter dem Eindruck, dass für die reichen Länder „Kampf gegen den Protektionismus“ vor allem die Beseitigung aller Schutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern bedeutet, während man paradoxerweise in den industrialisierten Ländern selbst, die doch weit weniger schutzbedürftig sein müssten, nur im gemächlichen Tempo, wenn überhaupt, bereit ist, Protektionismus konsequent abzubauen. Und die Geduld der Länder des Südens scheint nun endgültig erschöpft. In Cancún trat eine neue Gruppe von Staaten als entscheidender Akteur und Widerpart von EU und USA hervor: die G 21, die schließlich, da sich ihr weitere Staaten anschlossen, oft als „G-20-plus“ bezeichnet wurde. Brasilien spielt in dieser Gruppe eine treibende Rolle, Malaysia, Indien und China sind ebenfalls dabei. Die „Cairns-Gruppe“, in der Agrarexporture wie Kanada und Australien mit Schwellenländern vereint sind, tritt dagegen ganz in den Hintergrund. Die „G-20-plus“-Gruppe hatte konkrete Gegenvorschläge unterbreitet und machte nun ihr Verhalten von der Reaktion darauf abhängig.

Stelldichein der Zivilgesellschaft

Insgesamt sind über 2000 Angehörige von Nichtregierungsorganisationen offiziell akkreditiert und einige Tausend weitere nahmen an den Aktionen außerhalb der Konferenzentrumszone teil. Zu den über rund 30 NGOs aus Deutschland zählen unter anderen WEED, FIAN, Attac, BUND, Greenpeace, „Gerechtigkeit Jetzt!“, „Brot für die Welt“, Misereor, die Initiative Kolibri und unsere Initiative Netzwerk Dreigliederung. Stark präsent sind Heinrich-Böll- und Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch ein paar nicht unbedingt reintypisch zivilgesellschaftliche Lobbyorganisationen wie der Bundes-

verband der deutschen Industrie (BDI) stehen auf der Liste. Der Begriff NGO ist eben nicht unbedingt trennscharf.

Am zweiten Abend treffen sich die deutschen Delegierten - ohne BDI - in der vom Konferenzgeschehen entfernten Stadtzentrum. Dort sind viele AktivistInnen untergebracht, vor allem auch die nicht offiziell akkreditierten. In der Innenstadt finden täglich vielfältige Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen statt, von der drohenden Privatisierung der Wasserversorgung bis zum fairen Handel. Am gleichen Abend dann ein Treffen des „Our World Is Not For Sale Netzwerks“, zu dem eine Reihe von Organisationen gehören, - darunter Lori Wallachs Public Citizens, das „Council of Canadians“ mit Maude Barlow und Tony Clarke und „Focus of the Global South“, in dem Walden Bello - einer der Vordenker der Bewegung - aktiv ist. Die Genannten sind oft bei den Sitzungen mit dabei, die von zwei jüngeren Freundinnen, Lisa und Margareta, bravourös geleitet werden. Die Treffen, jeweils um 8 Uhr morgens und um 7 Uhr abends, sind offen für alle Interessierten - es gibt eine kurze Vorstellungsrunde zu Beginn, dann wird über Aktionen und den Stand der Verhandlungen gesprochen. Die Beiträge sind in der Regel knapp und sachlich, der Ton untereinander ist herzlich, die Stimmung gut. Immer wieder berichten auch einzelne NGO-Vertreter, die Mitglieder der offiziellen Delegationen ihrer Länder sind. Aus den verschiedenen Informationen entsteht ein Gesamtbild, durch das wir gut informiert sind über aktuelle Entwicklungen, besser vielleicht als mancher der offiziellen Delegierten. Am Freitag kommt der brasilianische Agrarminister zum Gespräch. Man mühe sich um ein Ergebnis, sagt er, aber: „Besser kein Ergebnis als ein schlechtes“. Und er zeigt sich dankbar für die Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Insgesamt ist das Verhältnis zwischen den zivilgesellschaftlichen Vertretern bemerkenswert harmonisch. Und die Arbeitsbedingungen für die Nichtregierungsorganisationen? Immerhin: das NGO-Zentrum verfügt über einen recht komfortablen Computerraum, der mit schnellen Internetanschlüssen ausgestattet ist. Die Teilnahme so vieler NGOs an der Konferenz wird von der WTO demonstrativ herausgestellt. Auf der anderen Seite gibt es keinen Zugang zu den eigentlichen Verhandlungen, die Möglichkeiten mit Delegierten ins Gespräch zu kommen, sind - bis auf die von den Delegationen veranstalteten „Briefings“ in diversen Hotels - sehr begrenzt. Noch enger wird der Spielraum, nachdem Greenpeace in einer Pressekonferenz mit einer kleinen Aktion die Gefahren US-amerikanischer Genmais-Importe aufs Korn genommen und damit den Unmut des amerikanischen Chefunterhändlers Robert Zoellick erregt hat. Dies wird zum Anlass genommen, die NGOs pauschal von der Teilnahme an den Pressekonferenzen auszuschließen. Um so größer ist bei uns die Freude, als ein Vertreter von Greenpeace beim morgendlichen Treffen berichtet, dass seine Organisation ein amerikanisches Schiff, das mit Gen-Mais unterwegs war, zum Abdrehen Richtung Heimathafen bewogen hat.

NGOs und offizielle Delegationen

Bei den offiziellen Informationsveranstaltungen der Delegationen für die Presse und speziell für die Nichtregierungsorganisationen werden viele Sprechblasen produziert. Das gilt für die EU-Kommissare Fischler und Lamy ebenso wie für Renate Künast, die im Hotel Presidente Intercontinental über den Kompromiss als Wesensmerkmal von Verhandlungen doziert und sich in der Rolle der Beschützerin der Armen gegen die „reichen“ Entwicklungsländer gefällt. Von ihr war man Besseres gewöhnt und hatte daher mehr erwartet. Die anwesenden Ministerialbeamten wirkten noch weniger überzeugend. Nach dem Eindruck vieler Beobachter hat sich die deutsche Verhandlungsdelegation während der Konferenz nicht mit Ruhm bekleckert. Auf konkrete Nachfrage versteckte man sich zumeist hinter der Europäischen Union, als deren Bestandteil man agierte oder vielmehr nicht agierte. Den Beschluss des deutschen Bundestages zu den WTO-Verhandlungen hat man nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Dieser forderte, dass vor entscheidenden Schritten zugunsten der Entwicklungsländer kein Einstieg in die „Singapur Issues“ erfolgen dürfe. Verhandlungsführer Wolfgang Clement vertrat jedoch die exakt gegenteilige Position. Der mitgereiste Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigte sich im privaten Gespräch darüber sichtlich frustriert. Peinlich auch, dass die Haushaltsdebatte im Bundestag just während der Konferenz stattfand, was dazu führt, dass die Minister Clement, Wierczok, Trittin und Künast entweder erst später erscheinen können oder früher wieder fort müssen.

Die Eröffnungssitzung wird zur Bühne des Protest

Es war wichtig, dass Aktionen auch im Zentrum des Geschehens stattfanden, nicht bloß an der Peripherie, schon um keine Spaltung der Zivilgesellschaft zuzulassen. Normalerweise war nur der Erdgeschossbereich des Kongresszentrums, in dem auch die Presse saß, für jeweils einen Vertreter jeder NGO zugänglich. Eine Ausnahme bildete die Eröffnungszereemonie am Mittwoch im großen Saal. Man brauchte allerdings einen speziellen Ausweis, um hineinzukommen. Über den Ort, wo er erhältlich war, wurden von Seiten der WTO-Verantwortlichen verschiedenste Gerüchte in Umlauf gesetzt, was allerdings wohl mehr Ausdruck eigener Konfusion als absichtsvolles Verwirrspiel war. Ich selbst musste in vier verschiedenen Gebäuden vorstellig werden, um ihn noch in letzter Minute zu ergattern. - Alle Sicherheitsmaßnahmen verhinderten nicht, dass die Eröffnungszereemonie zur Bühne des globalen Protests wurde. Über vierzig AktivistInnen aus mehr als zwanzig Organisationen, darunter einige der bekanntesten Persönlichkeiten der Bewegung, hielten während der Rede von Generalsekretär Supachai Panitchpakdi stumm DIN A4-Papiere in die Höhe, auf denen in großen Lettern auf englisch und spanisch lesen war, dass die WTO überflüssig, entwicklungsfeindlich und antidemokratisch sei. Diese Aktion - mit einfachsten Mitteln durchgeführt - erzielte ein enormes Medienecho: Die Bilder gingen um die ganze

Welt. Offenbar wegen der Kameras griffen die Saalordner nicht ein. Nach einigen Minuten verließen wir - nun lautstark protestierend - die Halle. Zu diesem Zeitpunkt hatte der mexikanische Präsident Vicente Fox seine Ansprache begonnen. Da sich uns vom Eingangsbereich her ein Pulk von Journalisten entgedrängte und die Szene zu Kurzinterviews nutzte, dauerte es eine Weile, bis wir den Saal verlassen konnten. Im Erdgeschoss fand dann eine improvisierte Pressekonferenz statt. Nicht alle Pressevertreter hatten Zugang zur Eröffnung, so dass einige erst dadurch etwas von der Aktion mitbekamen.

Mit dieser Demonstration war die Strategie gescheitert, den Protest auf das viele Kilometer entfernte Stadtzentrum zu begrenzen. In den nächsten Tagen gab es dann immer wieder kleine phantasievolle Aktionen im Kongresszentrum selbst, einige mit schauspielerischen Einlagen. Sie wurden von der auf Bilder begierigen Presse dankbar aufgegriffen. Die Ordner hielten sich zurück. Man hatte wohl erkannt, dass Gewährenlassen für die Organisatoren der Konferenz das kleinere Übel darstellte. Umgekehrt taten die Akteure alles, um die Sicherheitskräfte nicht zu provozieren.

Der Tod des Lee Kyong Hae

Für den Tag der Eröffnung hatte die internationale Kleinbauernbewegung „Via Campesina“ zu einer Masendemonstration aufgerufen. Die Stoßrichtung der Forderungen war eindeutig: die WTO, verantwortlich für den Ruin vieler kleiner Bauern durch Preisverfall infolge „Liberalisierung“ von Agrarmärkten, soll sich aus der Landwirtschaft gänzlich heraushalten. Dazu muss man wissen, dass sich allein in Indien 20.000 Bauern wegen ihrer ausweglosen Situation in den letzten Jahren das Leben genommen haben. Die mexikanischen Behörden hatten zwar alles getan, um vor allem arme Bauern aus anderen mittelamerikanischen Staaten durch für sie unbezahlbare Visagebühren die Teilnahme zu verunmöglichen. Trotzdem waren rund zehntausend Menschen erschienen, die von der Innenstadt her auf das Konferenzzentrum zumarschierten. Etwa 10 km entfernt davon stießen sie auf die Barrikaden der Sicherheitskräfte. Die Organisatoren von Via Campesina konnten nicht verhindern, dass vereinzelt Steine geworfen wurden. Viele Teilnehmer des Marsches verließen die Demonstration daraufhin und die Situation drohte zu eskalieren.

Und es gab einen Toten. Der 56jährige Lee Kyong Hae stieß sich an der Barrikade ein Messer ins Herz und starb wenig später an der Verletzung. Lee war eine durchaus bekannte Gestalt der koreanischen Bauernbewegung. Was er über die Welthandelsorganisation und ihre tödliche Wirkung auf die kleinen Bauern geschrieben hat, ist klar gedacht. Bereits einmal hatte er in Genf vor der WTO-Zentrale einen Hungerstreik durchgeführt. Man möge nicht von einem Selbstmord sprechen, sagt ein Teilnehmer in unserer abendlichen Sitzung. „Selbstelimination“ als Akt des Protest sei in der asiatischen Kultur etwas Ehrenhaftes. So fassungslos wir sind und so sehr jeder von uns, hätte er die Gelegenheit gehabt, Lee mit allen Mitteln von seiner Tat abzu-

halten versucht hätte: wir müssen seinen Kampf mit tiefer Trauer respektieren. Der Tod des Koreaners überschattet die gesamte Woche. Er ist „kein Unfall sondern ein Zeichen für den verzweifelten Kampf von mehr als drei Millionen koreanischer Bauern“, sagt Song Nan Sou, Präsident eines koreanischen Agrarverbandes. Mahnwachen werden organisiert, in der Innenstadt entsteht eine mit Blumen und Kerzen geschmückte Gedenkstätte.

Am Donnerstag Nachmittag führen wir im Innern des Konferenzentrums eine Aktion zum Gedenken an Lee durch, bei der es zugleich um den Hinweis auf die schrecklichen Auswirkungen der WTO-Agrarpolitik geht. Mit Kerzen, Blumen und Plakaten ziehen wir durch das Foyer, wieder unter großer Anteilnahme der Medien. Wir landen schließlich im großen Pressekonferenzraum. Eine Pressekonferenz wird improvisiert, es sprechen Vertreter von Via Campesina, während wir mit unseren Blumen und Schildern auf der Bühne hinter ihnen stehen. Ein koreanischer Gewerkschafter, der eine Akkreditierung besitzt, kann ebenfalls sprechen.

Gang der Verhandlungen

Seit dem 24. August kursiert ein Text des mexikanischen Verhandlungsleiters, des Außenministers Luis Ernesto Derbez. Dieser Entwurf einer Ministererklärung soll zur einzigen Grundlage der Gespräche gemacht werden. Was die Anliegen des Südens und die Forderungen der Zivilgesellschaft betrifft, enttäuscht das Papier auf der ganzen Linie. Der Gedanke, auf dieser Basis eine Einigung erzielen zu können, war von vornherein verwegen und hätte nur bei Verzicht des Südens auf Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe funktionieren können. Offenbar glaubt man, dies durch eine Kombination von Zugeständnissen an einzelne Länder und durch gezielten Druck erreichen zu können. Es dringt durch, dass Präsident Bush persönlich eine Reihe von Staatschefs angerufen habe, um sie zu veranlassen, ihren Delegationen Anweisungen zur Aufgabe des Widerstandes zu erteilen.

Die entscheidenden Debatten spielen sich wie bei vergangenen WTO-Gipfeln nicht in den Plenumsitzungen ab, wo die Delegationen „sich positionieren“ und eher Fensterreden gehalten werden. Wichtiger sind die Arbeitsgruppen, die am Nachmittag des Eröffnungstages beginnen sollen. Sie werden von Moderatoren geleitet, die wiederum vom Chairman als dessen Helfer ernannt sind. „Agrarpolitik“, „NAMA“, „New Issues“, „Entwicklung“ und „Verschiedenes“ sind die Themen.

Die Konstitution der Gruppe erfolgt informell, was bedeutet, dass die Moderatoren („Facilitators“ genannt), viele Strippen ziehen können. Sie erstatten zum Schluss Bericht und haben dabei einen weiten Interpretationsspielraum im Hinblick auf die Gesprächsergebnisse. Dass mit dem Kanadier Pettigrew ausgerechnet ein sattsam bekannter Verfechter radikaler Investitionsschutzvorstellungen zum „Moderator“ der „New Issues Gruppe“ gemacht wird, lässt nichts Gutes ahnen.

Da so vieles strittig ist und die Kritik am Entwurf der Ministererklärung heftig, kommen die Sachverhandlungen nur schleppend in Gang. Lange bleibt alles in der Schwe-

be. Den Durchbruch soll ein neuer Entwurf für die Abschlusserklärung bringen, der mit großer Spannung erwartet wird. Wird man gegenüber den Forderungen der Länder des Südens nachgeben? Welche Kompromisslinien wird man finden?

In der deutschen Delegation macht man in Optimismus, nach dem Motto: es ist der übliche Poker, das wird schon. Man spielt mit dem Gedanken, das Paket der Singapur-Themen aufzuschnüren und erst einmal nur über Handelserleichterungen - wozu auch ein an sich vernünftiger Abbau bürokratischer Hürden gehört - und vielleicht noch über mehr Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen zu sprechen. Das wäre aber zugleich der Einstieg in den ganzen Verhandlungskomplex mit all seinen gefährlichen Implikationen, weshalb die der neoliberalen Globalisierung kritisch gegenüberstehenden Kräfte diese Vorschläge zum „unbundling“ des Pakets ablehnen. Auch von Zugeständnissen an die „SP“-Länder - diejenigen, für die Exportsubventionskürzungen bei speziellen Produkten wichtig sind, erhofft man sich Entlastung.

Der neue Entwurf einer Abschlusserklärung ist da

In der Nacht zum Samstag ist der Text endlich da. Bei seiner Abfassung haben die Moderatoren mitgewirkt, wie er im einzelnen zustande kommt, ist für die meisten Delegierten undurchschaubar. Es bleibt jetzt nur noch wenig Zeit. Wird man die Konferenz verlängern? Wird es erst in letzter Minute ein Ergebnis geben, wie in Doha? - Der Inhalt des Papiers verschlägt vielen den Atem. Was in diesem vorgeblichen Kompromisstext vorgeschlagen wird, kann auch mit bestem Willen nicht als „Aufschnüren“ von irgendetwas betrachtet werden. Der Entwurf ähnelt in Struktur und Inhalt seinem Vorgänger, mit der entscheidenden Änderung, dass es keinen Text in Klammern mehr gibt, d.h. keine Varianten, die eine Option für die eine oder die andere Lösung zulassen würden.

Im Agrarbereich gibt es keine wirklichen Zugeständnisse. Zum Abbau der Exportsubventionen werden nur vage Versprechungen gemacht, nicht einmal der Abbau der Baumwollsubventionen wird konzidiert. Das am 12.9. Arbeitsgruppenleiter Pettigrew zugestellte Schreiben von rund 70 Entwicklungsländern, in dem klar Nein gesagt wird zur Aufnahme von Verhandlungen zu den New Issues, wird ignoriert. „No means No“, „Nein bedeutet Nein“, diese Parole verbreiten NGOs jetzt auf rasch vervielfältigten Zetteln. EU-Handelskommissar Pascal Lamy hatte die Unterscheidung zwischen explizitem und implizitem Konsens bereits bei einem Briefing für die NGOs „akademisch“ genannt. Etwa zur gleichen Zeit hatten Saalordner und Polizei offenbar Anweisung erhalten, Umhängebänder zu beschlagnahmen, die in mehreren Sprachen den Aufdruck „expliziter Konsensus“ enthielten und sich großer Beliebtheit auch bei Delegierten erfreuten. Am Sonntag Morgen winkt die mexikanische Polizei an der Bushaltestelle drei Busse durch und verhindert den Transport aller Wartenden, weil ich mich geweigert habe, mein Band auszuhändigen. Erst als ich mich zu Fuß - mit dem Band - zur nächsten Haltestelle aufgemacht habe, können die anderen fahren.

Viele denken, dass der zweite Entwurf noch schlechter ist als der erste. Glaubt man damit wirklich durchzukommen? Oder wird eine harte Linie gefahren, um durch eine Reihe demonstrativer Abstriche in den informellen Verhandlungsrunden zwischen ausgewählten Staaten in den sogenannte „Green Rooms“ dann einen Kompromiss auszumuscheln? Das Papier ist zwar nur ein Vorschlag des Vorsitzenden, aber selbstverständlich werden USA und EU keinen anderen Text als Verhandlungsbasis akzeptieren.

Bei einem Meeting am Samstag haben sich Länder wie Indien sehr kritisch zum Stand der Verhandlungen geäußert. Es zeigt sich deutlich, dass die Verhandlungstaktik des „Nordens“ als arrogant und aggressiv erlebt wird. Wir sind in der heißen Phase der Konferenz, in der sich Green-Room-Meetings und „HOD-Meetings“, Treffen der Delegationsleiter, der „Heads of Delegations“ ja-gen.

Weitere Aktionen: Konsens der Gewaltfreiheit hält

Unterdessen gehen die Aktionen der zivilgesellschaftlicher Akteure innen und außen weiter. Mehrere Tausend Demonstranten setzen sich vom Casa de Cultura in der Innenstadt aus am Samstag um 10 Uhr morgens in Bewegung. Ein zuvor erzielter Konsens, unter allen den so unterschiedlichen Gruppen, dass es keine Gewalt gegen Personen geben darf, erweist sich als haltbar. Hinter dem doppelten Sperrzaun, der die zur Hotelzone führende Straße abriegelt, sind die Polizeitruppen mit Helmen und Schilden aufgebaut. Von der anderen Seite aus wird er durch eine von weiblichen Demonstranten gebildete Menschenkette abgeriegelt. An einigen Stellen wird der Maschendraht gezielt durchgeschnitten und an einem Punkt der gesamte Zaun eingerissen, was aber von vornherein als eine symbolische Aktion und nicht als Durchbruchversuch angelegt ist. Die Organisatoren rufen danach die Menschen auf, sich zu setzen. Es entsteht Stille, die dann in ein Volksfest mit Musik und Straßentanz übergeht.

Am Nachmittag gelingt es uns - vor den Kameras der über die Aktion informierten Medien - von einer der Stahlbrücken, die ins Kongresszentrum führen, ein großes schwarzes Transparent herunterzulassen. Die Polizei versucht zunächst die Sache zu verhindern, wird aber dann zurückgepiffen. Wir skandieren Losungen, die fordern, den Entwurf der Ministererklärung auf den Müll zu werfen. Dabei zerreißen wir das Papier und streuen die Schnipsel auf die Straße. Am gleichen Tag haben andere Gruppen auch eine kurze Straßenblockade vor dem Konferenzzentrum organisiert.

Die Konferenz ist geplatzt!

Am Sonntag morgen ist die Spannung fast unerträglich geworden. Auf welche Seite wird sich die Waage neigen? Wird der Süden standhaft bleiben? Wird die Konferenz verlängert werden? Wird es doch noch eine Einigung geben? Mittags noch ein Briefing mit der deutschen Regierungsdelegation, in der immer noch nicht alle Hoffnungen erloschen sind. Um 15.15 Uhr macht die Nachricht die Runde, Kenia habe die Sitzung verlas-

sen, auch andere Delegationen hätten unwiderruflich Nein gesagt. Afrikanische Delegierte haben die Parole „No means No“ skandiert. Es ist jetzt fast sicher: die Konferenz ist gescheitert. NGO-Delegierte stimmen, von Kameraleuten umringt, in ein Lied ein, das Carol Bergin zur Melodie eines Beatles-Songs getextet hat. „Our world is not for sale my friend, just to keep you satisfied ...“ Ich bin zum Zeitpunkt des Eklats gerade Richtung Eingang unterwegs. Vor mir sehe ich einen offenbar entrüsteten EU-Kommissar Fischler, der sich gegenüber seinen Begleitern über die Undankbarkeit der Entwicklungsländer beklagt. Im Foyer angekommen, kann ich sein Granteln dann richtig deuten und in den Gesang einstimmen. Es spielen sich unbeschreibliche Szenen ab, Menschen liegen sich in den Armen, Freudentränen fließen. Lange haben sie gearbeitet, damit diese Konferenz nicht mit einem Desaster für die Sache einer gerechteren Weltwirtschaft endet. Jetzt zeigt die Laufschrift auf dem großen Bildschirm den Zeitpunkt für die Abschlusszeremonie an. Letzte Zweifel, dass es doch noch weitergehen könnte, sind damit zerstreut.

Lori Wallach von Public Citizens spricht in einer Erklärung von einem Sieg für die globale Zivilgesellschaft und die Entwicklungsländer, weil die von den USA, der EU und Japan betriebene gewaltige Ausweitung der an Konzerninteressen orientierten Agenda der WTO in Cancún verhindert worden sei. So wie vor der Konferenz wird es nie mehr sein. Das System von Drohung, Erpressung, Verlockung und Mauschelrunden wird so nicht mehr funktionieren. Die Länder des Südens haben ihre Kraft erprobt - und sie werden diese Erfahrung nicht vergessen. Robert Zoellick auf seiner Pressekonferenz erweist sich als schlechter Verlierer, der anderen Ländern die Schuld am Scheitern der Konferenz gibt und kaum verhüllte Drohungen ausstößt. Pascal Lamy da ist souveräner: Er schiebt den Misserfolg vor allem auf Strukturprobleme der WTO und wiederholt seine Aussage, die WTO sei mittelalterlich, weil sie mit der gegebenen Struktur ihre Aufgaben nicht erfüllen könne.

Und wie geht es weiter?

Aber wie geht es nun weiter? Zoellick macht deutlich, dass die USA verschiedene Karten spielen wollen, vor allem die Karte der bilateralen Handelsvereinbarungen. Ebenso wichtig sind regionale Abkommen. Zwei Monate nach Cancún - vom 20. bis 21. November 2003 - soll in Miami/Florida das 8. Handelsministertreffen der Panamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA) stattfinden. Dort haben es die USA allerdings wieder wie in Cancún mit einer von Brasilien angeführten starken Ländergruppe zu tun, die nicht mehr überall mitspielt. Die 34 Staaten der amerikanischen Hemisphäre (ausgenommen Kuba), so hatte man gehofft, würden in Miami „an ein weitreichendes Freihandels- und Investitionsregime letzte Hand anlegen. Dieses Abkommen“ würde „die schon in der NAFTA (North American Free Trade Agreement, Nordamerikanische Freihandelsabkommen) realisierten Vorgaben fortführen und dramatisch erweitern. Wie die Doha-Runde der WTO soll die FTAA Ende des Jahres 2004 von den

Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden, um dann 2005 in den einzelnen Länder ratifiziert zu werden.“ Das schreiben Maude Barlow und Toni Clarke zu Miami, in einem Text, der zum Bündnis aller zivilgesellschaftlichen Kräfte auf dem amerikanischen Kontinent aufruft, um das „zweiköpfige Ungeheuer“ FTAA/WTO gemeinsam zu bekämpfen.

Was wird unter diesen Gesichtspunkten aus der Doha-Handelsrunde? Nur die größten Optimisten unter den Befürwortern des Neoliberalismus glauben noch daran, dass man diese Runde wie vorgesehen bis Anfang des Jahres 2005 abschließen kann. Aber noch gibt man die Hoffnung nicht auf, doch die wesentlichen Ziele zu erreichen. Eine noch nicht terminierte Konferenz in Hongkong soll dabei ebenso helfen wie die in Genf am Sitz der WTO weiter laufenden Beratungen.

Vom Gebrauch der gewonnenen Zeit

In dieser Zeitschrift schrieb ich nach dem 2. Weltsozialforum in Brasilien die folgenden Sätze⁴: „Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. [...] Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.“ Wir müssen uns darüber klar sein, dass mit der empfindlichen Störung des WTO-Zeitplans die Bestrebungen, als deren Instrument die WTO fungiert, nicht aufgehört haben zu wirken. Der Widerstand muss also weitergehen. Und genauso wichtig ist es, gewonnene Zeit zu nutzen, um Alternativen voranzubringen. Es geht um eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung. Sie wird nur möglich sein, wenn die „Konturen einer anderen Welt [...] von immer mehr Menschen als Bild in sich belebt werden. Zugleich ist der Dialog zwischen allen, die um solche Bilder ringen, selbst ein Element des Entstehungsprozesses einer neuen Welt.“⁵ Wir stehen in dieser Entwicklung immer noch am Anfang. Das Scheitern des WTO-Gipfels ist kein Anlass zum Triumph, sondern eine Aufforderung, den Weg der sozialen Erneuerung konsequent weiter zu beschreiten. Die Zivilgesellschaft muss dabei eine noch mehr vorwärtstreibende und selbstständige Rolle spielen.

Anmerkungen

1 Ich habe mich bei diesem Text auch auf die täglichen Kurzberichte von Carol Bergin und Johannes Lauterbach gestützt. Diese sind im Zusammenhang nachzulesen unter der Webadresse www.uwkw.de, unter der sich auch Bilder von den Tagen in Cancún finden. Weitere gute Informationen gibt es auch auf den Seiten von attac und WEED (www.attac.de, www.weed-online.org). Die meisten offiziellen Texte (in Englisch) findet man auf den Internetseiten des International Centre for Trade and Development (www.ictsd.org).

2 Vgl. z.B. die Publikation der Erklärung von Bern „Investitionsschutz um jeden Preis? - Vom NAFTA zum MAI zur WTO“ (http://www.evb.ch/cm_data/Investitionsschutz.pdf). Hier sind Fälle aus der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA dokumentiert, bei denen etwa Konzerne Entschädigungen für entgangene Gewinne durch Umweltschutzmaßnahmen erstritten haben.

3 <http://www.weed-online.org/themen/wto/18607.html>. WEED = Weltwirtschaft, Ökonomie und Entwicklung e.V.

4 Heft 2/2002.

5 A.a.O.

Die Zivilgesellschaft - eine globale Stimme des Gewissens

Yeshayahu Ben Aharon / Übersetzung aus dem Englischen: Ulrich Morgenthaler

Es handelt sich um das 13. Kapitel aus dem demnächst auch in deutscher Übersetzung im Verlag der Flensburger Hefte erscheinenden Buch des Autors über Amerikas globale Verantwortung.

Die zeitgemäße Antwort auf die Schwächung des zentralisierten Staates durch die Kräfte der ökonomischen Globalisierung kommt aus dem dritten Sektor, der kulturell-geistigen Sphäre, in der menschliche Werte, Ideen, Initiativen und Fortschritt verwurzelt sind. Es ist die Sphäre des globalen Gewissens, und die moralische Kraft dieses Gewissens wurde in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sehr mächtig. Eine moralisch autonome Zivilgesellschaft erschüttert und weckt den ansonsten durch Staat oder Markt besetzten und gelähmten dritten Sektor, und erinnert Künstler, Wissenschaftler, Lehrer und Ärzte an ihre ursprünglichen moralischen Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Wie Nicanor Perlas gezeigt hat, führt ihr Auftauchen eine *de-facto*-Dreigliederung der globalen Gesellschaft herbei. Eine dreigliedrige soziale Dynamik hat begonnen, die alte und erschöpfte bipolare Struktur zu ersetzen, eine Struktur, die nicht in der Lage ist, dem Dilemma, das sich durch die ökonomische Globalisierung und den mit ihr verbundene ökologische, menschliche und kulturelle Verfall ergeben hat, kreativ zu begegnen. Ein tri-sektoraler Prozess entsteht in der *Realität*, ob es uns passt oder nicht, und die Frage ist nur, ob wir diesen Prozess in einer solchen Weise unterstützen, dass er den Bedürfnissen des größeren Teils der Menschheit besser dient als dies bisher möglich war, gleich ob unter kapitalistischen, sozialdemokratischen oder sozialistischen Strukturen.

In der Art der Entstehung liegt der Hauptunterschied zwischen einem tri-polaren Gesellschaftskonzept und den traditionellen, bi- und unipolaren sozialpolitischen Konzepten. Wie wir jedoch sehen, sind die meisten Kritiker der Globalisierung, wenn sie gefordert sind, von der Kritik und der Oppositionshaltung zur Schaffung positiver und innovativer sozialer Alternativen überzugehen, nicht in der Lage, andere Vorschläge zu machen als - wieder - stärkere staatliche Intervention zu fordern, mehr oder weniger in der etablierten sozialistischen und/oder sozialdemokratischen politischen Tradition der letzten hundert Jahre. Und dies, obwohl sie sich der oben erwähnten Schwächung des Staates in unserer Zeit durchaus bewusst sind.

Das historische Paradoxon ist offensichtlich: Während die meisten sozial aktiven NGOs und Individuen Repräsentanten eines neu sich bildenden, differenzierten, heterogenen und mannigfaltigen „dritten Sektors“ der Gesellschaft sind - das heißt einer aktiven, freien kulturellen Sphäre, in der die „Zivilgesellschaft“ verwurzelt ist, - sind sich viele von ihnen noch nicht ihres eigenen neuen Status als eines unabhängigen dritten Sektors bewusst. Meistens schauen sie noch auf den politischen Sektor, verkörpert durch den Staat, als Antwort auf alle Schwierigkeiten zurück. Ihnen fehlt das Konzept der sozialen Freiheit und des dritten Sektors als des eigentlichen Lieferanten von Erziehung, Gesundheit und medizinischen Diensten, Agrikultur, Kunst, Religion und Wissenschaft. Und wir haben es immer wieder gesehen: Jene Aktivisten, die schließlich gewählt werden, werden Teil der bipolaren Dynamik zwischen Wirtschaft und Staat, und zumeist finden sie sich gezwungen, die gleichen Kompromisse und Fehler zu machen wie ihre Vorgänger, da sie keine neuen, kreativen sozialen Lösungen für die alte ungelöste Dichotomie und Auseinandersetzung zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ haben.

Jedoch *wird* der dritte Sektor, oder das soziale Glied, der sich selbst durch viele NGOs und aktive Individuen auf der ganzen Welt zur Erscheinung bringt, zunehmend einflussreicher, *gerade weil* er das Prinzip der Differenzierung und der Vielfalt und daher der Freiheit repräsentiert: freie zivile, sozial moralisch/spirituelle Verantwortung manifestiert sich selbst als eine neue Quelle sozialer Initiative, die von Staat/Regierung und Wirtschaft/Geschäftswelt unterschieden werden muss.

In dem Buch von Nicanor Perlas „*Die Globalisierung gestalten: Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung*“ können wir eine neue Konzeption der Rolle der Zivilgesellschaft finden in der Bildung der aktiven und dynamischen, moralisch motivierten „Speerspitze“ des dritten, kulturell-geistigen Sektors im modernen Sozialleben:

„Zuerst befreit sich die Zivilgesellschaft selbst aus der Umklammerung der Regierung und von der Kontrolle durch die Konzerne. Die Zivilgesellschaft schafft diesen Raum, indem sie der Gesellschaft unabhängiges Denken, das Eintreten für eine andere Politik und die Kritik und den Protest gegen ungerechte und unfaire Regierungs- und Geschäftspraktiken liefert. Darüberhinaus verändern die Aktivisten der Zivilgesellschaft, in-

dem sie diesen Raum schaffen, unwiderruflich die Dynamik der Interaktion zwischen Regierung und Geschäftswelt, zwischen Zivilgesellschaft und Regierung, und diese drei Wirkungen entstehen zur gleichen Zeit

...

Mit anderen Worten: die Zivilgesellschaft ist in der ganzen Welt als ein machtvolles Gegengewicht gegen die zentralistischen Tendenzen in vielen Regierungen und Wirtschaftseinrichtungen hervorgetreten. Die Zivilgesellschaft ist der wirksame Ausdruck der Selbstverteidigung der Kultur. Die Dreigliederungsentwicklung beginnt faktisch, wenn es der Zivilgesellschaft gelingt, ihren Freiraum zu schützen und ihre Präsenz gegenüber den beiden anderen dominierenden Kräften der Gesellschaft, nämlich Regierung und Geschäftswelt, durchzusetzen.¹

Die Soziologen Jean-Louis Cohen und Andrew Arato erklären in ihrer Studie über die Zivilgesellschaft als einem dritten sozialen Sektor:

„Wir verstehen die ‚Zivilgesellschaft‘ als eine Sphäre sozialer Interaktion zwischen Wirtschaft und Staat, zusammengesetzt vor allem aus ... der Sphäre der Vereinigungen, ..., der sozialen Bewegungen, und allen Formen der öffentlichen Kommunikation. Die moderne Zivilgesellschaft wird durch Formen der Selbstkonstituierung und der Selbstmobilisierung geschaffen... Die Überlegenheit einer dreiteiligen Grundstruktur ist für das Verständnis der Zivilgesellschaft in unserer Konzeption grundlegend.“²

Dieses Zitat zeigt die wachsende Bereitschaft im Bereich der Sozialwissenschaft, die Existenz einer „Dreigliedrigkeit“, einer trilateralen oder tri-sektoralen „Aufgabenteilung“ im Sozialkörper anzuerkennen.

Selbstverständlich hat es bezüglich der Zivilgesellschaft seit der griechischen und römischen Zeit unterschiedliche Gesichtspunkte gegeben. Unser Ziel ist hier nicht, einen zeitlich-historischen Überblick über das Konzept zu geben, sondern einige Ausgangspunkte zur Gewinnung einer größeren Perspektive über die Zivilgesellschaft und ihre Rolle in der gegenwärtigen sozialen Debatte anzudeuten.³

Die Zivilgesellschaft wird weithin als die Sphäre der menschlichen Freiheit, der individuellen Entwicklung und Identität und der im Laufe der Zeiten durch individuelle Kreativität geschaffenen kulturellen Werte verstanden. Ein Aspekt hiervon wird von Anthony Black, einem Historiker der Zivilgesellschaft, beschrieben: „Wir können das zentrale Ideal der Zivilgesellschaft als persönliche Unabhängigkeit identifizieren, und seinen zentralen Imperativ als den Respekt vor Personen.“⁴

Individualismus ist an sich eine Quelle und ein Boden einer heterogenen kulturell-geistigen Gemeinschaft freier Geister. Wofür trägt der ökonomische Sektor außerdem Sorge, wenn er alle physischen Bedürfnisse des menschlichen Lebens befriedigt hat? Er versorgt die Erziehung, die Kunst, die Wissenschaft, die Gesundheit und das Wohlergehen, die Religion, den Sinn und die Werte. Individualismus ist ein Schöpfer freier, vielfältiger und multikultureller Gemeinschaft - jener kulturellen

Gemeinschaft, die der verwundbarste Sektor der Gesellschaft ist, wenn wir bedenken, dass er auf die vom ökonomischen Sektor gelieferten physischen Mittel angewiesen ist. - Aber er bildet die wesentlichste Grundlage der Gesellschaft, soweit diese freie individuelle Beiträge braucht, um eine wirklich menschliche Gesellschaft zu werden.

In der Geschichte der älteren Formen der Zivilgesellschaft, sagt Black, „gingen Individuation und Assoziation Hand in Hand. Man erlangte Freiheit durch die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe. Bürger, Händler, Handwerker verfolgten ihre eigenen individuellen Ziele durch den Zusammenschluss unter Eid.“ Ernest Gellner entdeckt in seinem Buch „*Conditions of Liberty: Civil Society and its Rivals*“, dass es der Ort der individuellen Person selbst ist, der die Zivilgesellschaft definiert, und diese Sphäre von anderen Sphären sozialer Organisation wie dem Markt oder dem demokratisch organisierten Staat unterscheidet. Wie die oben zitierten Cohen und Arato meint Gellner, dass die „Modularität der Menschen“, das heißt ihre soziale Freiheit der Bewegung, der Interaktion, der Assoziation usw., die einzigartige Sphäre des „dritten Sektors“ schafft. Er schreibt jedoch, dass „im Gegensatz zu älteren Formen sozialer Gesamtheiten das Individuum seit der neueren Zeit über größeres Verständnis und Vermögen verfügt, seine oder ihre eigenen sozialen und kulturellen Umgebungen zu wählen und daher im Grunde zu erschaffen.“⁵

Es ist eine revolutionäre Tatsache, dass aus dem Individualismus, der einst als das Gegenteil von Gemeinschaft betrachtet wurde, aus geteilter sozialer Verantwortung und aus kulturelle Kontinuität wirklich neue Quellen für Kultur, Zusammenarbeit und Gemeinschaftlichkeit von Sinn und Wert entstehen können. Durch die Einrichtung freier ökonomischer Assoziationen und freier kultureller und geistiger Unternehmungen entwickeln sich Kreativität, soziale Verantwortung und Engagement, und so tritt eine kulturelle Sphäre ganz real in Erscheinung.

In einer der bis heute umfangreichsten Studien über NGOs und ihre soziale Bedeutung, „*Constructing World Culture: International Nongovernmental Organizations Since 1875*“ von John Boli und George Thomas, wird ein ausführlicher Bericht über die Entwicklung internationaler Nichtregierungsorganisationen im Verlauf von mehr als einem Jahrhundert gegeben.⁶ Sie untersuchen eine Reihe von Gebieten, von der Frauenbewegung bis zur technischen Standardisierung, und vermitteln ein grundlegendes Verständnis der Ursprünge des dritten Sektors. Dabei weisen sie nach, dass dieser eine soziale Kraft darstellt, die allmählich im Verlauf der jüngeren Geschichte entstanden ist. Höchst bedeutsam ist ihre zentrale Schlussfolgerung, dass „internationale Nichtregierungsorganisationen in bedeutungsvoller Weise andere weltpolitische Akteure durch die Veränderung der Kultur beeinflussen“. Ihre Forschung liefert überzeugende empirische und theoretische Unterstützung für Nicanor Perlas Argument, dass die Zivilgesellschaft ein in der Kultur begründetes Phänomen ist. Wissenschaft, Tech-

nologie, Unternehmertum, Kunst und Religion sind alle im freien menschlichen Bewusstsein verwurzelt. Wenn unsere Gesellschaft auf der menschlichen Natur aufgebaut sein wird und nicht mehr so zutiefst gegen sie arbeitet, dann wird die Überzeugung allgemein werden, dass das Management und die Praxis der Erziehung und der Forschung, der Kunst und der Medizin, der Landwirtschaft und der Ökologie in die Hände derer gelegt werden muss, die in diesen Bereichen tätig sind. Autonomie, Vielfalt, Selbstorganisation und kreative Synergie vieler multikultureller Netzwerke wird so selbstverständlich werden wie heutzutage die staatliche Lenkung.

Aber das bedeutet umgekehrt auch, dass Kultur kein Elfenbeinturm derer ist, die vor der Wirklichkeit flüchten, oder eine mehr oder weniger verfeinerte Form des „Entertainment“. Sollten wir inzwischen nicht bereit sein, der großen, zentralen sozialen Rolle der Kultur zuzustimmen? Sind die kulturell kreativen Menschen und die Kräfte menschlicher Freiheit nur auf kreative Ideen und Entdeckungen (Wissenschaft), Kunst (Schönheit) und Religion (allgemeine moralische Auffassungen und Werte) begrenzt? Oder sollten sie nicht gleichzeitig aktiv und fruchtbar in den konkretesten Veränderungen der ökonomischen und politischen Entwicklungen tätig sein? Wo liegt denn die Quelle ökonomischer Verbesserung der Produktionsmittel, des Handels und der Kommunikation, wenn nicht im menschlichen Geist? Und sind nicht die in Gesetzen ausgedrückten sozialen Intuitionen der Gerechtigkeit und das menschliche Empfinden für richtig und falsch eine freie moralische Schöpfung des menschlichen Herzens?

Man kann diesen Zusammenhang selbst in solch einem Globalisierungsmanifest wie Thomas Friedmans „*The Lexus and the Olive Tree*“.⁷ bemerken. Wenn er versucht, den Ursprung und den Einfluss von Werten, Überzeugungen und Bedeutungen - kurz „Kultur“ - zu verstehen, muss er zugeben, dass es die Kraft des frei motivierten Individuums ist, die hier höchst bedeutsam ist. Er zitiert das Beispiel eines entschlossenen Menschen - Jody Williams, die eine riesige globale Bewegung geschaffen hat. - Sie zwang 50 Regierungen, Landminen zu verbieten, und dies, obwohl sie auf den Widerstand der USA stießen, des von Thomas Friedmann so hoch gelobten hegemonialen Globalisierers. Und zwar, indem sie auf das Grundbedürfnis vieler Menschen einging, die, ignoriert von den Mächtigen, täglich überall auf der Welt verstümmelt und getötet werden. Ihre „Verantwortung“ und ihr persönliches Beispiel bildeten die Flamme, die das latente Feuer in Tausenden und Aber-tausenden anderer freier Menschen entzündete. Vor einer derartigen Offenbarung menschlicher Wahrheit müssen manchmal selbst knallharte Globalisierer wie Friedman voll Ehrfurcht stehen. Sie können die Quelle der sozialen Autorität und Macht dieser menschlichen Wahrheit nicht begreifen, denn sie kennen nur zwei derartige Quellen und können sich nicht vorstellen, dass es den Raum für eine dritte geben könnte. Sie werden dieser dritten Kraft, die die Quelle echter Kultur ist, niemals zugestehen, der ökonomischen und politischen Au-

torität sozial gleichwertig zu sein. Und dennoch findet die moderne Zivilgesellschaft hier ihre stärkste Verankerung. Diese Kraft wird im Laufe der Zeit und nach einigen bitteren Erfahrungen selbst von den Mächtigsten in der Finanzwelt und in der Politik beachtet werden, denn ihre Autorität ist in der Autonomie des moralischen Imperativs gegründet, der nur der individuellen Erfahrung der Freiheit entspringen kann.

Der dritte Sektor muss deshalb als die individuelle und vielfältig gestaltete Sphäre der moralischen, spirituellen und kulturellen Kreativität an sich verstanden werden, die alle Werte belebt, nach denen wir unsere sozialen Beziehungen und Einrichtungen in Kultur, Politik und Wirtschaft gestalten. Der dritte Sektor ist der soziale Ort, wo Werte und Bedeutungen geschaffen werden, die die ganze Gesellschaft mit Leben erfüllen, und die bewirken, dass das Kapital und das Gesetz zum Wohl der ganzen Menschheit eingesetzt und angewendet werden.

Anmerkungen

1 Nicanor Perlas, „*Die Globalisierung gestalten: Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung*“, Frankfurt/M., 2000, Info 3 Verlag, Kapitel 5, S. 60-70. Im 6. Kapitel behandelt Perlas das Thema der Zivilgesellschaft als einer in der autonomen moralischen Autorität der Kultur verwurzelten Kraft. Im 8. Kapitel mit dem Titel „Zivilgesellschaft und die Dreigliederung des nationalen und globalen Raums“ beschreibt er die Zivilgesellschaft als eine „de facto Selbstverteidigung der Kultur“.

2 Jean-Louis Cohen und Andrew Arato: „*Civil Society and Political Theory (Studies in Contemporary German Social Thought)*“, Cambridge, MA, MIT Press, 1994, Reprint Edition, S. ix, 423.

3 Eine exakte Zusammenfassung der wichtigsten sozialwissenschaftlichen konzeptionellen Entwicklung bezüglich des Wesens und der Rolle der Zivilgesellschaft von Hegel über Gramsci und Parsons bis zu Anthony Giddens kann der Leser im 5. Kapitel des oben erwähnten Buches von Nicanor Perlas finden.

4 Anthony Black, „*Guilds and Civil Society*“, Ithaca, NY, Cornell University Press, 1984.

5 Ernest Gellner, „*Conditions of Liberty: Civil Society and its Rivals*“, New York, Penguin USA, 1994.

6 Stanford University Press, 1999.

7 Farrar, Straus and Giroux, 1999.

Freiheit: Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens

I. Teil: Zur Begriffsbestimmung des Geisteslebens

Christoph Strawe

Die nachfolgenden Betrachtungen sind wie die geplanten weiteren in einer der nächsten Nummern ein Konzentrat verschiedener Vorträge, die der Autor in den Jahren seit 1991 zum Thema gehalten hat. Der aktuelle Anlass für die Veröffentlichung ist ein doppelter:

- Zum einen ist es die verstärkte Auseinandersetzung um Alternativen der sozialen Gestaltung im Kontext mit der Globalisierung. Eine Zivilgesellschaft ist auf den Plan getreten, die eine andere, bessere Welt erstrebt. Für ihre strategischen Zielsetzungen und ihre Arbeitsformen ist es von großer Bedeutung, dass sie ihre eigene Rolle nicht auf Politik und Ökonomie reduziert, sondern sich primär als eine „Kulturkraft“, eine soziale Kulturbewegung versteht. Dies hat vor allem Nicanor Perlas in seinem Buch „Die Globalisierung gestalten“ eindrücklich herausgearbeitet.¹ Daher wird es immer wichtiger, ein Verständnis für die Rolle der Kultur und der kulturellen Kreativität der Menschen für die Entwicklung des Sozialgefüges zu erwerben. Das hebt auch Yeshayahu Ben Aharon in dem in diesem Heft abgedruckten Beitrag über die Zivilgesellschaft hervor.

- Es gibt aber noch einen zweiten Grund, der mich bewogen hat, den Text - welcher auch den Beitrag Rudolf Steiners zur Theorie und Praxis eines freien geistig-kulturellen Lebens erneut ins Bewusstsein zu heben versucht - gerade jetzt zu veröffentlichen. Der Grund ist die offenkundige Anfälligkeit einer Reihe von Menschen, die mit der Idee eines freien Kulturlebens sympathisieren und sich z.B. für ein freies Schulwesen einsetzen, gegenüber den Ideen des Neoliberalismus. Während große Teile der Waldorfschulbewegung ihr Engagement für Freiheit im Schulwesen und eine gleichberechtigte Finanzierung der freien Schulen aus guten Gründen organisch mit dem Kampf gegen das GATS-Abkommen der WTO und die neoliberale Variante der Globalisierung verbinden, formiert sich gleichzeitig eine Strömung, die die Illusion nährt, man könne sich partiell mit dem Neoliberalismus verbünden, schließlich gehe es diesem doch auch um Freiheit. Das ist politisch naiv gegenüber dem durchaus illiberalen und nachgerade totalitär anmutenden Macht-

anspruch der WTO. Es ist auch geeignet, den Gedanken des freien Schulwesens in Misskredit zu bringen. Vor allem deutet es aber auf grundlegenden Klärungsbedarf hin, was die Frage angeht, was Freiheit denn eigentlich sei und wie sie im sozialen Gefüge gelebt werden könne. Dass die Waldorfschule aus einer Bewegung entstanden ist, die unter anderem eine assoziative Wirtschaft - jenseits von Marktfundamentalismus und Planwirtschaft - durchsetzen wollte, erscheint als eine besser nicht mehr zu erwähnende Peinlichkeit. Der Dreigliederungsgedanke wird stillschweigend ad acta gelegt. Ginge es noch um die Differenzierung zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft, um der besonderen Qualität der jeweiligen Sphäre gerecht zu werden und gerade dadurch auch ihr gesundes Zusammenwirken zu ermöglichen, so müsste der Gedanke, Freiheit der Kultur durch „Freihandel“ herbeiführen zu wollen, als Absurdität erscheinen. Es geht mir an dieser Stelle nicht um Details der Fehleinschätzung der WTO-Abkommen. Dazu habe ich mich an anderer Stelle geäußert. Es geht um die Grundfrage der Freiheit in Kontext mit der Sozialität.

Freiheitsphilosophie und ökonomischer Liberalismus

Ist Freiheit bloße Willkür? Ist sie eine Illusion, die in uns entsteht, weil wir die Determiniertheit unserer Handlungen nicht durchschauen? Das sind höchst wichtige Fragen für den einzelnen und das Gemeinschaftsleben. Der Freiheitsimpuls ist ein Grundimpuls der Moderne. Wäre Freiheit tatsächlich nur egoistische Willkür und Illusion, müsste sie das Gemeinschaftsleben zersetzen. Die Gesellschaft müsste dann aus Selbstschutz die Freiheit begrenzen und kanalisieren. Freiheit könnte allenfalls im Privaten geduldet werden, jedoch nicht als Prinzip der Konstitution des Öffentlichen. Eine „Erziehung zur Freiheit“ wäre unter diesen Umständen eine seltsame Forderung. Menschenbilder, die den Menschen als

nackten Affen sehen, dessen Aktivität durch genetische Ausstattung und soziale Prägung determiniert ist, lassen für individuelle Verantwortlichkeit keinen Raum. Es läuft das auf die bereits von Spinoza vertretene These hinaus, Freiheit sei eine Illusion, weil wir die uns zwingenden Motive nicht zu durchschauen vermögen. R. Steiner konterkariert das seinerzeit mit dem Argument, was für das undurchschaute Motiv richtig sei, müsse für das durchschaute keineswegs gelten. Und er konzentriert dann seinen seelischen Beobachtungsweg auf das Durchschauen des Zustandekommens des Durchschauens, d.h. auf die menschliche Erkenntnisfähigkeit. Bei dieser spielt das Denken eine entscheidende Rolle. Dass ich mein Denken selbst hervorbringen und steuern kann und mich dabei zugleich in einem Subjekt und Objekt übergreifenden Element bewege, wird zum Unterpfand dafür, dass Freiheit keine Illusion sein muss, wo aus Erkenntnis gehandelt wird. Erkennen in Bezug auf Bestehendes heißt, den inneren Zusammenhang des Wahrgenommenen durch seine begriffliche Durchdringung zu erschließen. In bezug auf zu Schaffendes heißt es, die Bestimmungen des Handelns aus dem eigenen „intuitiven“ Denkvermögen zu schöpfen und, gestützt auf Sachkenntnis, phantasievoll Antworten zu finden auf die Fragen, die uns konkrete Situationen und Konstellationen stellen. Weder vorgeformte Normen bestimmen mich dann, noch nehme ich die Motive aus meiner Egoität. Ich entscheide nicht aufgrund der Abwägung von Vor- und Nachteilen für mich oder meine Gruppe (nach dem Motto: ist der Euro, GATS oder was immer eher gut oder schlecht für uns?); das wäre bloße Klugheitsmoral, bei der die Frage, was denn gesamthaft richtig, heilsam, förderlich usw. ist, nicht im Vordergrund steht. Vielmehr schaffe ich den Raum der Intuition gerade dadurch, dass ich mich gewissermaßen „leer“ mache, so dass ich die Fragen eines Du vernehmen und dessen Not zum Motiv meines eigenen Handelns machen kann. Freiheit wird dadurch zu Liebe und insofern zur stärksten Bildekraft des Sozialen, die überhaupt denkbar ist. Nur dass die Sozialität jetzt keine alte Gemeinschaft mehr ist, der sich der einzelne als Glied unterzuordnen hätte. Vielmehr wird sie tendenziell zum Ermöglicherort für individuelle Initiative und auf Initiative gebaute Zusammenarbeitsformen. Die soziale Seite der Freiheit besteht in der Frage, „wie der soziale Organismus beschaffen sein muss, damit der einzelne Mensch sich frei entwickeln kann“.²

Was wir ökonomischen Liberalismus nennen, beruht nun, wie leicht zu zeigen ist, gerade auf einer Theorie, die eine solche Art der Freiheit - mindestens für das Wirtschaftsleben - für unmöglich hält. Das moderne Wirtschaftsleben basiert auf Arbeitsteilung: jeder arbeitet für andere. Arbeit für andere ist aber kein Motiv für einen homo oeconomicus, dessen einzig verlässlicher Antrieb das Selbstinteresse ist. Dieses gilt es deshalb einerseits zu stimulieren - durch Gewinnerwartungen -, andererseits zu kanalisieren - durch den Konkurrenzmechanismus. Dieser aber funktioniert nur, wenn das wirtschaftliche Ganze der Gestaltungsmöglichkeit menschlicher Initiative entzogen wird, so lange also Frei-

heit niemals zur Gestaltungskraft des Ganzen werden darf. Denn Freiheit ist für diesen Liberalismus prinzipiell egoistisch, „Liebe“ und „Geschwisterlichkeit“ im Wirtschaftsleben sind daher daher nichts als sentimentale Illusionen. Gewiss erfordert die Arbeitsteiligkeit des Wirtschaftslebens zur Gestaltung von vornherein die Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner. Deshalb ist hier nicht einfach Freiheit, sondern eben Geschwisterlichkeit das axiale Prinzip, um das sich alles zu drehen hätte. Diese darf aber nicht gegen den Freiheitsbegriff ausgespielt werden: Geschwisterlichkeit ist eine Metamorphose der Freiheit, meint Verbindlichkeit aufgrund vertraglicher Selbstbindung der Partner und hat deshalb mit Planwirtschaft genauso wenig zu tun wie mit Marktfundamentalismus.

Schon dies in äußerster Kürze skizzierte genügt, um die Unvereinbarkeit der beiden Freiheitsbegriffe zu begründen. Eine Analyse der neoliberalen Ideologie im Detail würde das Gesagte noch deutlicher machen, muss aber hier aus Platzgründen unterbleiben.

Freiheit und Gesellschaft

Es handelt sich bei der Kritik des ökonomischen Liberalismus nicht etwa darum, die faktische Wirksamkeit des Egoismus im Menschenleben zu bestreiten. Bestritten wird, dass der Mensch auf diese Seite seines Wesens reduzierbar ist. Nicht bestritten wird, dass Freiheit keine Zustandsbeschreibung, sondern ein Aufgabenbegriff ist und dass keineswegs alle Handlungen des Menschen frei sind. Es geht jedoch nicht um eine bilanzielle Abwägung, was denn überwiege, Freiheit oder Unfreiheit. Vielmehr handelt es sich um die menschliche Entwicklungsfähigkeit hin zu Freiheit in Verantwortung. Und es geht um die Bedingungen, unter denen sich die Verantwortungskräfte am besten entwickeln. Das tun sie nur da, wo ihrer Betätigung nicht dauernd Hindernisse in den Weg gelegt werden oder diese ganz unterbunden wird. Die Frage nach der Freiheit in der Gesellschaft ist so betrachtet die Frage nach den Räumen, in denen individuelle Verantwortung wachsen und sich in der individuellen Lösung gesellschaftlicher Aufgaben betätigen kann.

Aus einer vielfach im herrschenden Menschenbild begründeten Freiheitsskepsis heraus ist die Gesellschaft nicht weiter als zu Teilantworten auf die Freiheitsfrage gelangt. Zwar gehen die meisten Staaten von den Grund- und Menschenrechten und damit vom Vorrang des Einzelnen im gesellschaftlichen Leben aus; sie erkennen seine Meinungsfreiheit und damit Urteilsfähigkeit an. Jedoch werden immer noch zu enge Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, dass diese Mündigkeit als Handeln aus Einsicht, d.h. als Initiative ausgelebt werden kann. Zu wenig wird anerkannt, dass überall, wo freie Verantwortungsgemeinschaften soziale Aufgaben in Eigeninitiative ergreifen und dadurch Probleme individuell regeln, die bisherige Regelung durch die Gemeinschaft zurücktreten müsste. In einer pluralistischen Gesellschaft braucht es für zahlreiche Probleme keine Einheitslösungen mehr zu geben! Wenn manche Menschen durch

die Initiativefreiheit ein Chaos befürchten, dann vergessen sie schlicht, dass ja die Initiative das Bestehende nicht einfach abschafft, sondern etwas Neues an seine Stelle setzt, also letztlich immer eine Neuordnung der Verhältnisse erbringt.

Rudolf Steiners Ansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus ist aus dem Versuch erwachsen, gesellschaftliche Strukturen zu beschreiben, die - mit der Überwindung des alten Machtprinzips - die Verhältnisse durch die Menschen selbst gestaltbar machen. Damit greift er eine Frage auf, die heute vermehrt die Reflexion sozialer Erneuerungsprozesse bestimmt. Die Befreiung des „Geisteslebens“ - ein Begriff, der verwandt, jedoch nicht ganz identisch ist mit demjenigen der „Kultur“ - stellt für eine solche Sozialentwicklung eine Schlüsselfrage dar. Über sein grundlegendes Werk „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ schrieb Steiner 1919, diese Schrift müsse „die heute wenig beliebte Aufgabe übernehmen, zu zeigen, dass die Verworrenheit unseres öffentlichen Lebens von der Abhängigkeit des Geisteslebens vom Staate und der Wirtschaft herrührt. Und sie muss zeigen, dass die Befreiung des Geisteslebens aus dieser Abhängigkeit den einen Teil der so brennenden sozialen Frage bildet“.¹

Die Frage nach dem geistigen Leben - Leib, Seele und Geist

Wie aber ist der Inhalt des Begriffs „Geistesleben“ zu bestimmen? Lässt sich die Qualität dieser Sphäre der Sozialität bis in das Sozialempfinden hinein von der anderer Bereiche der Gesellschaft unterscheiden? Solche Fragen sind ja keineswegs nur theoretischer Natur. Denn das Unterscheidungsvermögen für die differenzierten Lebensbedürfnisse gesellschaftlicher Sphären ist ein Bestandteil jener Sozialkompetenz, von der in einem Zeitalter, das bewusstes soziales Wirken verlangt, so vieles abhängt. Ist doch das Bewusstsein der Menschen über ihre sozialen Beziehungen nicht Widerspiegelung einer unabhängig von den Menschen existierenden Objektivität, sondern Teil der gesellschaftlichen Realität selbst, deren Weiterentwicklung von diesem Bewusstsein mitbestimmt wird.

Im Begriff des Geisteslebens steckt der Begriff des Geistes, und mit diesem hat unser Zeitalter so seine Schwierigkeiten. Man wirtschaftet mit diesem Begriff, indem man einen Menschen geistreich nennt, eine Musikdarbietung begeisternd, eine Rede geisttötend. „Es ist der Geist, der die Welt bewegt“, textete einst eine große Autofirma im Anschluss an Antoine de Saint Exupéry in einer Anzeige, wobei hier Geist als Quelle der technischen Innovation angesprochen wurde.² Aber die Frage, was denn Geist „eigentlich“ sei, erzeugt eher Ratlosigkeit. So wie „Gott“ für den positivistischen Wissenschaftstheoretiker ein bloßes Wort geworden ist, so sinnlos wie das Wort „babig“ (Rudolf Carnap), so gerät auch das Wort „Geist“ leicht unter Metaphysik- und Ideologieverdacht. Es ist, als hätte manche Wissenschaftler sich entschlossen, den Beschluss jenes Kon-

zils von Konstantinopel 869/70 zu exekutieren und zu radikalisieren, der - im Kern - die Trichotomie von Leib, Seele und Geist durch die Dichotomie von Leib und Seele ablöste.³ Die Herausbildung einer Psychologie ohne „Seele“ (durch den Behaviorismus eines Watson und Skinner) erscheint so betrachtet als logisches Endglied einer langen Entwicklung, die zugleich zu einer tiefen kulturellen Spaltung zwischen Wissenschaft, Kunst und Religion geführt hat.

Es war Steiner, der in seinem Buch „Theosophie“ die trichotomische Betrachtung des Menschen nach Leib, Seele und Geist neu zu ihrem Recht kommen ließ und dem Wort Geist wieder eine nachvollziehbare Bedeutung verlieh, indem er eine dreifache Verwobenheit des Menschen mit der Welt konstatierte: Mit meinem *Leib* gehöre ich der dinglichen Welt, der Welt des Gegebenen, an, die ich sinnlich erfahre. Diese Welt hat eine Bedeutung für mich, sie gefällt oder missfällt mir, ich entwickle an ihr innere Erlebnisse, ich verhalte mich zu ihr - und bin hierbei mit meiner *seelischen* Subjektivität das Maß aller Dinge. Denkend kann ich mich aber auch zu einer Wirklichkeitsauffassung erheben, bei der ich erkennenden Anteil gewinne an der inneren Dynamik, die in der Welt gesetzmäßig wirkt und das sinnlich Erfahrbare an die Erscheinungsoberfläche treibt. Dasjenige im Menschen, durch das er seine irdisch-leibliche und seelische Existenz übersteigt, und sich mit dem innersten Wesen der Dinge verbindet, können wir den Geist des Menschen nennen. Das innerste Wesen der Dinge aber ist göttlicher Natur. Insofern sind Gottesbegriff und Geistbegriff für eine spirituelle Betrachtung innig verwandt, und gerade das mag die Schwierigkeiten erklären, die unser Zeitalter mit dem Geistbegriff hat. Aus dem schaffenden Geist ist alles Gewordene geworden, noch die Materie („Natur“) ist als das „Ende der Wege Gottes“ Geist im Modus seines „Anderseins“ (Hegel), in einer Art existierend, dass er von außen, durch die Sinne, angeschaut werden kann (Steiner).⁴ Das ist das Credo einer spirituellen Auffassung der Welt.

Wenn wir über den sozialen Organismus sprechen - als Inbegriff des Lebenszusammenhangs der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen genommen -, haben wir es nun aber ausdrücklich nicht mit dem Geistigen als solchem, sondern mit dem „irdischen Geistesleben“ (R. Steiner) zu tun, mit der Art, wie der Geist im sozialen Gefüge lebt. „Im irdischen Sinne ist das menschliche Geistesleben nicht das Leben der geistigen Wesenheiten, sondern dasjenige, was die Menschen in ihrem Zusammensein als geistiges Leben durchmachen.“⁵ Dieses so verstandene irdische Geistesleben muss sich jedoch immer wieder neu seine Anregungen aus dem überirdischen holen.

Altes und modernes Geistesleben

In alten Kulturen „wusste“ man, dass Welt und Mensch im Göttlich-Geistigen urständen. Analog zum oben Ausgeführten könnte man hier von einem „überirdischen

Geistesleben“ sprechen. „Wusste“ ist synonym mit: „Man lebte im Bewusstsein“. Das es so war, wird auch derjenige zugeben müssen, der dieses Überirdische nicht als „objektiv“ geistige Realität gelten lassen mag, sondern für den es allenfalls eine kollektiv-psychische Wirklichkeit darstellt.⁶

Dieses überirdische Geistgebiet wurde nicht als „jenseitig“ erlebt, sondern als etwas alles Irdische Durchprägendes und Tragendes. In jenen Kulturen versuchte man, die Verbindung mit diesem überirdischen Geistesleben - durch die Mysterien und Religionen - zu kultivieren. Und eben dadurch suchte man die soziale Hülle zu schaffen, in welcher der noch unselbständige Menscheng Geist sich entwickeln konnte und wo er aus der „geistigen Welt“ für diese Entwicklung die Nahrung erhielt - letztlich in Gestalt von „Imaginationen“ - Wahrbildern, Mythen usw. - und „Inspirationen“, die in das irdische Leben einfließen.

Das heißt nun, dass wir es in diesen alten Zeiten mit einem irdischen Geistesleben zu tun haben, das noch überhaupt nicht abgenabelt ist vom „überirdischen“. Seine Repräsentanten „führen“ aus spirituellen Impulsen heraus die jeweiligen Menschengemeinschaften, und diese „geistige Führung“ bezieht sich auf alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. Solche Verhältnisse herrschen bis in die Theokratien der ägyptisch-babylonischen Kultur hinein.⁷

Verwaltung, „Recht“ - das noch mehr oder weniger identisch mit den religiösen Geboten ist - und Wirtschaft befinden sich noch ganz im Schoße dieses idisch-überirdischen „Geisteslebens“.⁸ Erst in Griechenland und Rom emanzipiert sich allmählich eine rein irdisch-rechtliche Sphäre gegenüber der geistigen, trennen sich „Jus“ und „Fas“ - d.h. irdisches und göttlich-religiöses Recht - „Sacerdotium“ und „Imperium“. Und erst in der Neuzeit wird das Wirtschaftsleben zu einer selbständiger Achse des gesellschaftlichen Lebens.

Das alte Geistesleben - in welchem Wissenschaft, Kunst und Religion noch ungetrennt eins waren - besaß eine ungeheuer kulturprägende Kraft. Jedoch war es das Gegenteil eines freien Geisteslebens: Es war durch und durch autoritär, allerdings in den älteren Zeiten weniger im Sinne des äußeren Zwanges, mehr in dem des Einklangs von spiritueller Führung und kollektivem Unbewusstem. Allerdings ist Zwang - als Ultima ratio - zugelassen, Abweichler werden verketzert und verfolgt.

Dieses Prinzip geistiger Führung musste sich in dem Maße überleben, in dem das menschliche „Ich“ auf den Plan trat und der ich-bewusste Mensch seine Freiheit und Mündigkeit beanspruchte. Mit dem Mündigkeitsprinzip der Moderne geht das geistige Führungsprinzip an den Einzelnen über. Von dessen autonom geleisteter geistiger Entwicklung, von seiner Fähigkeit, geistige Impulse frei in seinen Willen aufzunehmen, wird die Verbindung von irdischem und überirdischem Geistesleben nun abhängig. Denn der moderne Mensch kann in der alten Art keinen Anteil mehr am Geistigen der Welt haben, die sich ihm in Wahrnehmung und Denken zerlegt und deren Geistzusammenhang sich ihm folglich

nur noch durch eigene geistige Aktivität erschließt: Dadurch nämlich, dass er im Erkennen die aktiv gebildeten Begriffe mit den Wahrnehmungen vereinigt und diese dadurch erst in ihrem Zusammenhang durchsichtig macht. Imaginationen und Inspirationen werden ihm nun nicht mehr geschenkt („den Seinen gibt's der Herr im Schlaf“); er muss sie sich erarbeiten: Das selbständige Denken ist Ausgangspunkt des neuen Geistprinzips.

Das Erstarren des menschlichen Geistes durch das denkende Selbstbewusstsein führt - darin liegt eine gewisse Paradoxie - zunächst zur Verdunkelung des Bewusstseins vom Geistsprung des Menschen. Das Wachwerden für die materielle Welt ist zunächst eine Verdunkelung der geistigen. Nicht mehr die physische Welt wie der alte Inder, sondern die geistige erlebt man jetzt als „Maja“, als täuschenden Schein. Die geistige Welt ist allenfalls noch Gegenstand des von aller - ganz auf äußere Funktionserkenntnis abzielenden - Wissenschaft rigoros abgetrennten Glaubens, und die Kunst gerät in einen tiefen Gegensatz zum Leben.⁹

Das alles kann letztlich auch nicht anders sein: Freiwerden bedeutet schließlich, die Verbindungen zu kappen, die den einzelnen zum Glied eines größeren, sozialen und kosmischen, Zusammenhangs gemacht haben. Daher ist das Zeitalter der geistigen Emanzipation des Einzelnen zugleich das Zeitalter einer tiefen Krise des geistigen Lebens, in dem die reale Gefahr entsteht, dass die Menschen die Verbindung zu ihren spirituellen Wurzeln gänzlich verlieren und damit in ein soziales und geistiges Chaos geraten. Es kann der Eindruck entstehen, geistiges Leben besitze keinen eigenen Daseinswert, sei ein bloßer Reflex „materieller“ gesellschaftlicher Verhältnisse, die in der Ökonomie ihre Basis haben. Diese Ökonomie bindet die Aufmerksamkeitskräfte des geistigen Bewusstseins der Menschen immer vollständiger: In der bürgerlichen Weltbetrachtung - und auch in dem in dieser Hinsicht durch und durch bürgerlichen Weltbild der sozialistischen Bewegung des Proletariats - gilt die geistige Welt als bloßer Dunst, als eine aus den materiellen Tatsachen des Lebens aufsteigende „Nebelbildung“ (Marx).

Mit diesen Weltbildern setzt sich Steiner seinerzeit auseinander, als er in den „Kernpunkten“ den Begriff des freien Geisteslebens entwickelt. Das erste Kapitel der „Kernpunkte“, in dem es um die Bedeutung des Geisteslebens für die Lösung der sozialen Frage der damaligen Zeit geht, ist nur aus diesem Zusammenhang heraus überhaupt verständlich.¹⁰ Die Verdunkelung der Bedeutung des Begriffes „Geistesleben“ und ihre praktischen Folgen bilden „den einen Teil der so brennenden sozialen Frage“.¹¹ Die heutige Situation unterscheidet sich allerdings wesentlich von der von Steiner analysierten: Damals wirkten im Bürgertum noch kulturelle und religiöse Traditionen, die zwar erschöpft waren, aber noch einen gewissen Halt gaben. Hauptbetroffener des Problems war damals das Proletariat, welches eine auch in geistig-kultureller Hinsicht „enterbte“ Klasse darstellte. Spätestens seit den 50er Jahren ist aber der Strom kultureller Tradition für die Menschen aller Schichten praktisch endgültig versiegt.

Geistesleben im sozialen Organismus

In Steiners „Kernpunkten der sozialen Frage“, wird an zentraler Stelle der Versuch gemacht, das Geistesleben im Kontext mit der Gesamtgliederung des sozialen Organismus zu bestimmen, mit einer Begrifflichkeit, die man als „blicklenkend-charakterisierend“ bezeichnen könnte: „Als drittes Glied, das ebenso selbständig sich neben die beiden andern Glieder hinstellen muss, hat man im sozialen Organismus das aufzufassen, was sich auf das geistige Leben bezieht. Noch genauer könnte man sagen, weil vielleicht die Bezeichnung ‚geistige Kultur‘ oder alles, was sich auf das geistige Leben bezieht, durchaus nicht ganz genau ist: alles dasjenige, was beruht auf der natürlichen Begabung des einzelnen menschlichen Individuums, was hineinkommen muss in den sozialen Organismus auf Grundlage dieser natürlichen, sowohl der geistigen wie der physischen Begabung des einzelnen menschlichen Individuums.“ „Das erste System, das Wirtschaftssystem, hat es zu tun mit all dem, was da sein muss, damit der Mensch sein materielles Verhältnis zur Außenwelt regeln kann. Das zweite System hat es zu tun mit dem, was da sein muss im sozialen Organismus wegen der Verhältnisse von Mensch zu Mensch. Das dritte System hat es tun mit all dem, was hervorspringen muss und eingegliedert werden muss in den sozialen Organismus aus der einzelnen menschlichen Individualität heraus.“¹²

Man kann das auch anders wenden und sagen: Der Begriff der „Kultur“, der ja aus dem Lateinischen kommt und „Pfleger“ heißt, ist deshalb unscharf geworden und „nicht ganz genau“, weil man sich nicht genügend klar macht, was da zu hegen und zu pflegen ist: nämlich das geistige Potential der einzelnen menschlichen Persönlichkeit. Sei es, dass diese Pflege in der Ausbildung durch andere Menschen erfolgt, sei es, dass der Erwachsene seine geistigen Kräfte selber pflegt und vervollkommen und ihre Früchte der Gemeinschaft als Arbeitsfertigkeiten, als Erfindungsreichtum oder durch wissenschaftliche und künstlerische Leistungen wieder zufließen lässt.

Im Geistesleben geht es, so betrachtet, um das Verhältnis des Menschen zur eigenen, zweiten Natur seiner Individualkräfte, die aber auch als Übernatur, als „himmlischer Anteil“ betrachtet werden kann. Begabung und Befähigung ist ja gerade das, was der einzelne Mensch durch das Tor der Geburt in den sozialen Organismus hineinträgt. Woher kommt diese Mitgift? Hier gibt es einen kaum überbrückbaren Gegensatz zwischen der Auffassung, die nur die Vererbung - kombiniert mit der Prägung durch das Milieu - gelten lassen will und einer anderen, die das geistige Potential als Erbe individueller Vergangenheit, einer individuellen Entwicklung in verschiedenen Erdenleben und als Ergebnis der Umschmelzung der Früchte dieser Erdenleben in einem vorgeburtlichen geistigen Dasein ansieht. Dadurch schon, dass es Fortwirken des Vorgeburtlichen sei, stelle sich, so Steiner, das Kulturleben als etwas Selbständiges hinein in das soziale Gefüge. Es unterscheidet sich schon durch diese Qualität des Nachklings von Vergange-

nem (Vorgeburtlichem) von dem Wirtschaftsleben, das neue Verbindungen zwischen den Menschen materiell begründet - Verbindungen, die in die Zukunft, bis ins Nachtodliche hinein führen -, und von dem Rechtsleben, das die gegenwärtig-irdischen Verhältnisse der Menschen ordnen müsse.

Die geistige „Mitgift“ der Individualität

Ganz unabhängig davon, wie man zu der Frage nach der Quelle der Begabungen steht, kann man beim Neugeborenen die gattungsmäßige Begabungsausstattung betrachten und beobachten, wie Individualfähigkeiten hervortreten. Die gattungsmäßige Ausstattung ist beim Menschen im Gegensatz zu derjenigen der meisten Tiere minimal: Während das Tier meist eine beachtliche artspezifische Begabung mitbringt und bald über das entsprechende Verhaltensrepertoire verfügt, gebietet das Neugeborene nur über wenige Reflexe, wie den Atem- und Schluckreflex, den Klammer- und Saugreflex.¹³ Alles andere wird erst durch eigene Anstrengung aus der Begabungsgrundlage herausentwickelt: So werden aus Begabungen Fähigkeiten. Das Kleinkind ringt die Fähigkeit des Kopfhebens und Aufrichtens, des Gehens usw. mühsam der Leiblichkeit durch nachahmende Eigenaktivität ab.

Schon bei diesen elementaren Fähigkeiten zeigen sich individuelle Begabungsunterschiede: das eine Kind lernt schneller und leichter, das andere langsamer usw. Und je mehr das Kind sich entwickelt, um so stärker zeigen sich individuelle Differenzierungen der Begabung. Dies zeigt sich nicht nur auf der Fähigkeits-, sondern auch auf der Bedürfnisseite, denn der Mensch bringt nicht nur den Impuls mit, vorhandene Anlagen auszuleben, sondern auch denjenigen, sich zu entwickeln, zu vervollkommen und Neues hinzuzuerwerben.

Jeder Mensch hat sein ureigenes Fähigkeitsprofil: die sozialen Fähigkeiten, die Auffassungsgabe, künstlerische Fähigkeiten sind individuell unglaublich vielgestaltig. Auch durch die Einseitigkeit oder Universalität des Begabungsprofils unterscheiden sich die Menschen voneinander. Zwar gibt es hier sicherlich einen durch Vererbung und Milieu verursachten Anteil: Insgesamt ist jedoch bedenkenswert, was R. Steiner zu Goethes bekanntem Gedicht sagte: „Vom Vater hab ich die Statur, des Lebens ernstes Führen, - vom Mütterlein die Frohnatur und Lust zu fabulieren...“: „Das Genie hat er von beiden nicht.“ Vom 13-jährigen Mozart wissen wir, dass er 1769 in Rom in der Sixtinischen Kapelle einen neunstimmigen A-Capella-Chor, das Miserere von Allegri, hört, dessen Noten geheimgehalten wurden. In einem Brief meldet er froh: „Aber wir haben es schon...“ Er hatte es nach dem Hören aus dem Gedächtnis notiert. Das musikalische Elternhaus, das unentwegte musikalische Üben seit dem dritten Lebensjahr war sicher eine Voraussetzung für diese ungeheure Leistung: aber erklärt sie sich allein dadurch?¹⁴

Bei „Spitzenleistungen“ der skizzierten Art zeigt sich nur besonders deutlich, was auch schon bei elementa-

ren Tätigkeiten als Individualprofil zu bemerken ist. Schon in der einfachsten körperlichen Arbeit tritt die „Aufmerksamkeit als Substanz des Ich“ (Georg Kühlewind), die Geschicklichkeit und Begabung des einzelnen Menschen in Aktion. So gesehen ist alle Arbeit Geistesleben, ein radikaler Denkschritt gegenüber der Antike, die auf die materielle Arbeit als etwas Ungeistiges herabsieht! Steiner fasst wie Hegel den Geist vor allem als Arbeiter, setzt damit zugleich auch die körperliche Arbeit in ihren geistigen Rang ein: „Jeder Mensch ein Künstler“ (Joseph Beuys).

Arbeitsbezahlung, also die heute übliche Lohnarbeit, bedeutet daher, Geistesleben der Ökonomie zu unterwerfen und damit einen menschenunwürdigen Zustand herbeizuführen. Dass der Mensch ein Einkommen braucht, um arbeiten zu können, bedeutet keineswegs, dass die Arbeit ein käufliches Gut und um des Einkommens willen da sei! Genauso stellt es einen Übergriff der Ökonomie auf das Geistesleben dar, wenn diese sich zur Herrscherin über die menschlichen Bedürfnisse machen will, die im Geistesleben geweckt, gepflegt und veredelt werden sollten. Die Ökonomie ist für die Deckung der Nachfrage (Bedarf) da, durch die diese Bedürfnisse sich ökonomisch artikulieren. Nicht jedoch hat sie Bedürfnisse künstlich hervorzurufen, damit wirtschaftlichen Interessen gedient werde.

Produktives, konstruktives und kreatives Geistesleben

Geistesleben hat es also mit Individualität zu tun. Das ist der tiefste Grund dafür, warum wir die Zivilgesellschaft mit Nicanor Perlas primär als eine Kulturkraft betrachten. Denn das zivilgesellschaftliche Engagement lebt vom Wachwerden des einzelnen Menschen, der an menschenunwürdigen Zuständen Anstoß nimmt und nach menschlichen Verhältnissen sucht. Das Prinzip der Zivilgesellschaft ist der Kampf gegen Konformismus jeder Art, ist Vielfalt, Diversität. Diversität aber ist vor allem individuelle Diversität und damit Individualität. Wird die Individualität unterdrückt, dann hat das unheilvolle Folgen für das soziale Leben insgesamt. Denn wenn „der Mensch aus seinen individuellen Fähigkeiten etwas der Welt“ einfügt, „so wächst nicht nur ihm, sondern auch dem sozialen Leben der Gesellschaft etwas zu, was in dem Maße an Wert gewinnt, wie die Leistung individuell persönlich-unverwechselbar ist.“¹⁵

Mit Stefan Leber, der mit diesen Worten den Kerngedanken des „Geisteslebens“ formuliert, kann man nun weiterhin produktive, konstruktive und kreative Leistungen des menschlichen Geistes unterscheiden und insofern auch von drei Typen des Geisteslebens sprechen.

Produktive Fähigkeiten werden in jeder körperlichen Arbeit angewandt. Nicht einmal die einfache Reproduktion des Lebens ist ohne diese Form von Geistesleben möglich. Der soziale Organismus wäre ohne sie zum Sterben verurteilt. Der Freiheitsgrad ist hier jedoch gering („unfreies“ Geistesleben), die Arbeit hat sich den Sachgesetzmäßigkeiten des Gegenstands und des vorgegebenen Arbeitsablaufs einzuschmiegen.

Im konstruktiven Geistesleben geht der Geist nicht in der materiellen Arbeit auf, sondern der Arbeitsprozess selbst wird zum Gegenstand geistiger Arbeit gemacht. Rationalisierung und Effektivierung der Arbeit ist das Ziel. Hier handelt es sich, wenn man so will, um ein „halb-freies“ Geistesleben: Der Zweck ist vorgeben, für seine Erfüllung gibt es vielfältige Gestaltungsspielräume. Alle Erfindung, technisches Know How usw. ist hierher zu rechnen. Durch die Anwendung von Geist (R. Steiner spricht gelegentlich vom „Grizzi“) auf Arbeit wird körperliche Arbeit eingespart, die Arbeitsproduktivität gesteigert. Ohne die Innovationskraft des Geistes in dieser Form konstruktiver Arbeit gäbe es keine „erweiterte Reproduktion“, das Leben würde immer im gleichen Gleis verlaufen.

Leber hat das am schlagenden Beispiel der Entwicklung von der Sichel zum Mähdrescher erläutert. Braucht man mit der Sichel zum Abmähen von Korn auf 100 m² gut 1 Stunde, so schafft ein moderner Mähdrescher dasselbe einschließlich Drusch und Bindung in etwa 20 Sekunden.¹⁶

Die Folge dieser und anderer Innovationen ist die komplette Umwälzung der Sozialstruktur. So ging die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen in Deutschland von 1800 bis 1972 von ca. 80% auf 5% zurück.¹⁷ Die „grüne Revolution“ ließ von 1950 bis 1984 durch Mechanisierung, neue Düngemethoden und Züchtungen die Nahrungsmittelproduktion stärker wachsen als in der gesamten bisherigen Menschheitsgeschichte. Im Augenblick bereitet sich ein weiterer „Produktivitätsschub“ in der Landwirtschaft durch die Gentechnik vor. All diese Entwicklungen sind das Resultat von „Geistesleben“.¹⁸ Dass diese Entwicklungen mit großen Gefahren und Problemen verbunden sind, ist die andere Seite der Medaille. Zum Geistesleben gehört es auch, die Geister unterscheiden zu lernen.

Geistwirksamkeit ist es, die zu immer größeren Einsparungen an lebendiger Arbeit führt, die dadurch „freigestellt“ wird. Mit in der Landwirtschaft freigestellter Arbeit wuchs die Industrie, mit dort eingesparter Arbeit expandierte der Dienstleistungssektor, der allerdings jetzt an Grenzen seines Wachstums stößt. Die damit verbundenen Fragen können hier nicht weiter verfolgt werden. Festzuhalten ist aber, dass alles, was man einmal die wissenschaftlich-technische Revolution genannt hat, letztlich „Geistwirksamkeit“ im sozialen Organismus ist. Hierher gehören auch die gesamten auf die EDV gestützten modernen Kommunikationssysteme und das moderne Finanzwesen. Man trägt dieser Art von Geistwirksamkeit ja heute allgemein dadurch Rechnung, dass man gewaltige Mittel in den „Produktivitätsfaktor“ Geist investiert: In Forschung, in Aus- und Fortbildung. In dieser Hinsicht ist die *Ernährung* des sozialen Organismus - jedenfalls in unseren Breiten - heute relativ gesichert.

Neben diesen beiden Formen des Geisteslebens gibt es aber noch eine dritte, Sie macht den eigentlichen Kernbereich freien Geisteslebens aus. Leber nennt sie das *kreative Geistesleben*. Es ist der Bereich von reiner Wissenschaft, Kunst und Religion. Es ist das Gebiet, wo letztlich die Sinnfrage auch für alles andere beantwortet

werden muss. Unseren Mangel an solchem kreativem Geistesleben zeigt schon die Tatsache, dass wir nicht genügend Kreativität besitzen, freigestellte Arbeit sinnvoll zu nutzen und sie daher als „Arbeitslosigkeit“ kontraproduktiv verwalten!

Im produktiven und konstruktiven Geistesleben wurde Arbeit auf Natur und auf den Arbeitsprozess selbst gerichtet, um auf diese Weise äußere Zwecke zu erreichen. Diese Zwecke ergeben sich aus der physischen, vitalen und psychischen Konstitution des Menschen, bei der letzteren besonders aus seinem Empfindungsleben. Daher kann man, wie Steiner dies in seiner Schrift „Theosophie“ tat, von den Diensten sprechen, welche der Verstand (oder die Verstandesseele) durch die Technik der „Empfindungsseele“ leistet.

Im „kreativen Geistesleben“ geht es um die Frage nach der Förderung der geistigen Entwicklung des Menschen, um die Entwicklung der menschlichen Wesenskräfte als Selbstzweck. Gerade weil die Emanzipation des individuellen Menschengestes den Weg durch die Wüste des Materialismus erforderlich gemacht hat, ist diese zentrale, sinnstiftende Funktion des Geisteslebens heute die am schwächsten entwickelte. Viele Menschen konstatieren diesen Zustand, indem sie über eine Sinn- und Wertkrise klagen. Viele empfinden mehr oder weniger deutlich, dass die geistige Kultur veröden muss, wenn sie ihre eigentliche Aufgabe verfehlt, die Menschen mit den schöpferischen Quellen des Daseins in der Form der Religion zu verbinden, ihre Erkenntnis des geistigen Gehalts der Welt durch wahre Wissenschaft zu ermöglichen und ihr geistiges Mitschöpfertum, z.B. in künstlerischer Produktion, anzuregen. Die Frage nach dem freien Geistesleben zielt darauf hin, wie und wo dieser kreative Geist in der Gesellschaft immer wieder neu entstehen kann.

Funktionelle und institutionelle Betrachtung des Geisteslebens im sozialen Gefüge

Im produktiven Bereich wirkt „Geist“ vor allem erhaltend. Im konstruktiven zugleich erneuernd: die Wirkungen seiner Tätigkeit halten langfristig an (eine Technologie wird solange genutzt, bis ein bessere gefunden wird). Die stärksten Antriebe gesellschaftlicher Innovation erwachsen jedoch aus dem kreativen Geistesleben. Hier entstehen Werte, die zeitlos wirksam werden können. Das kreative Geistesleben ist der Ort, an dem das Bewusstsein erwächst, das die Menschen in einer Gesellschaft von sich selbst, den Werten und Maximen im Zusammenleben entwickeln. Daher kann man dieses Geistesleben soziologisch mit einem gewissen Recht auch als das Wertesystem der Gesellschaft bezeichnen. Spätestens seit Max Webers Analyse der Entstehung des Kapitalismus aus dem Geist der protestantischen Ethik („innerweltliche Askese“) wissen wir, wie gesellschaftlicher Wandel entscheidend am Wertesystem hängt, durch Einstellungen und Überzeugungen der Menschen gefördert - oder auch behindert werden kann.¹⁹

In der Entwicklung des kreativen Bereichs liegt die eigentliche Kernfunktion des Geisteslebens, durch die es kraft der in ihm wirksamen Individualfähigkeiten, des in ihm wirksamen Strebens zur Vervollkommnung dieser Fähigkeiten und zur Innovation „jenes belebende Element in der Gesellschaft“ bilden kann, „das den kulturellen Wandel bewirkt, die Zeitsignatur verändert, Überlebtes ausstößt, Neues an Werten schafft, die Art des Zusammenlebens ebenso verwandelt, wie die gesellschaftlichen Strukturen, in denen sich gesellschaftliche Prozesse ereignen.“²⁰

Allerdings wird das Verständnis der Funktion dieses freien Geisteslebens immer wieder dadurch erschwert, dass sich die geistigen Werte und ihre erneuernde Wirkung nicht eigentlich im Sinne des Aufrechnens der geleisteten bzw. ersparten Arbeit ökonomisch gewichten lassen. Was ist der objektive ökonomische Wert von Thomas a Kempis „Imitatio Christi“, von Beethovens cismoll-Quartett, von Michelangelos Pieta?²¹ So zeigt sich die heutige geistige Krise vor allem darin, dass der Kernbereich geistigen Lebens zu einem Randphänomen, einem bloßen Ornament des Daseins, zu werden droht. Damit droht aber das gänzliche Versiegen des Stroms geistiger Werte, die bisher den Menschen nährten, der eben nicht vom Brot allein lebt. Gerade wenn man nicht dem Kulturpessimismus das letzte Wort geben will, muss man nach Wegen suchen, den Fluss geistiger Ernährungsströme wieder in Gang zu bringen. Nur dann wird die Sinnkrise der Gegenwart - mit ihren vielfältigen Folgen von der Zunahme der Depressionen über die verschiedenen Formen von Erlebnisrausch- und -sucht bis zur Zunahme der Gewalt, mit ihrer Verdrängung und Tabuisierung der existentiellen Grundfragen nach dem Woher und dem Wohin, nach dem Sinn von Leiden und Tod, überwunden werden können.

Geistesleben „ernährt“ die Gesellschaft

Die geschilderten Funktionen des Geisteslebens kann man zusammenfassen in dem Bild der Ernährung. Das Geistesleben „ernährt“ den sozialen Organismus. Dieses Wort ist mehr als eine Metapher: denn es ist eine reale Belebung, Dynamisierung und Erneuerung der Gesellschaft, die sich hier vollzieht. Das Geistesleben wäre also, wenn man denn Vergleiche zwischen menschlichem und sozialem Organismus anstellen will²², nicht - wie man anzunehmen versucht ist - der „Kopfpol“, sondern der Stoffwechselfol! Das was im individuellen Menschen vor allem durch die Kräfte seines Kopfes zustande kommt, das wird im sozialen Zusammenhang sozusagen umgestülpt und tritt als Ernährungs-, Regenerations-, Wachstums- und Entwicklungsprozess auf. So ist das Geistesleben der vitalste Teil des sozialen Organismus, der damit, wie Rudolf Steiner einmal sagte, „auf dem Kopf steht“. Ohne das Gestaltungsprinzip der Freiheit kann sich diese ernährende Funktion des Geisteslebens heute nicht entfalten. Sie wird vielmehr gehemmt und geschwächt, wodurch der gesamte gesellschaftliche Organismus schwer geschädigt wird.

Aus dem bisher Gesagten mag auch erhellen, dass das Geistesleben in der Gesellschaft kein räumlich aparter Bereich ist, sondern funktionell und prozessual den ganzen sozialen Organismus, alle seine Einrichtungen, als belebender Begabungs- und Fähigkeitsstrom durchzieht. Geistiges Leben gibt es in jeder Einrichtung in der Gesellschaft. In einem Kaufhaus, einer Maschinenfabrik, einer Polizeistation, einer Schule, einem Theater: überall müssen Fähigkeiten, Rechte und Pflichten, Güter und Dienstleistungen zusammenwirken und sich verweben. Die funktionelle Betrachtung darf nun allerdings nicht die institutionellen Funktionsunterschiede verwischen. Es geht bei der hier verfolgten Methode der Sozialorganik gerade um den Zusammenhang von Funktionen und Organen (d.h. Einrichtungen). Die Hauptfunktion und damit auch die gesunde Bildung eines Sinnesorgans ist eine andere als die eines Verdauungsorgans, was aber nicht heißt, dass wir im Sinnesorgan keinerlei Stoffwechsel oder im Verdauungsorgan keinerlei Nervenprozesse konstatieren. Dass ein Theater, eine Maschinenfabrik und eine Polizeistation jede für sich Gebilde darstellen, in denen Fähigkeiten, Rechte bzw. Pflichten und materielle Güter eine Rolle spielen, heißt eben nicht, dass sie sich nicht ganz wesentlich unterscheiden. Diese Unterscheidung muss man an ihrer jeweiligen Hauptaufgabe festmachen: In der Maschinenfabrik ist das die Warenproduktion, in der Polizeistation ist das die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Institutionell (strukturell) kann man diejenigen Einrichtungen als „Einrichtungen des Geisteslebens“ bezeichnen, in denen die die Hauptfunktion eine der Entfaltungsmöglichkeiten des Geisteslebens ist. Und das heißt: In ihnen ist die Entfaltung des menschlichen Fähigkeitswesens auf sich selbst gerichtet, stellt insoweit eine sich selbst tragende Wirklichkeit dar. Die Fähigkeiten richten sich nicht bloß stützend und ermöglichend auf etwas anderes (Recht, Warenerzeugung usw.), das dabei aber dominant bleibt. In einer Schule beispielsweise sind die arbeitsrechtlichen und anderen rechtlichen Aspekte genauso wie Finanzierung und sonstige materielle Versorgung auf die Ermöglichung eines Kernprozesses gerichtet, bei dem Lehrer ihre Fähigkeiten einsetzen, um die Fähigkeiten von jungen Menschen, deren geistiges Potential, zu entwickeln und zu fördern.

In institutioneller Hinsicht gehört zum Geistesleben also alles das, was Wissenschaft, Kunst und Religion umfasst. Es gehört aber zu dem geistigen Leben auch alles das, was Schule und Erziehung betrifft. Wenn vom „freien Geistesleben“ gesprochen wird, dann ist primär an diesen Kernbereich zu denken: an „[...] alles Schulwesen, alles Erziehungswesen, alles wissenschaftliche, künstlerische literarische Leben und so weiter“, das „eine abgesonderte soziale Gestaltung für sich bilden muss.“²³

Man kann diese Gliederung noch verfeinern, wie es Heinz Kloss tat. Er unterschied den „Kernbereich“ von Forschung (worunter er auch den Gesamtbereich der Technologie fasst), Kunst und Religion, - den „Dienstbereich“ von Bildung (darunter auch die universitäre Lehre), Heilwesen und Rechtsprechung, - und den „Stützbereich“ von Entstehungsstützen (Verlagsanstalten und

Zeitschriftenredaktionen), Verbreitungsstützen (Medien, Buchhandel, Galerien usw.) und Bewahrungsstützen (Museen, Bibliotheken, Archive).²⁴ Wir haben es hier insgesamt mit einem auch quantitativ wachsenden Gebiet des sozialen Organismus zu tun.²⁵

In einer der nächsten Nummern:

Geschichtliche Ursachen staatlicher Vormundschaft und die Frage nach der modernen Sozialgestaltung der Kultur - Symptome gegenwärtigen Geisteslebens, New Public Management und ökonomische Fremdbestimmung der Kultur - Freiheit als Lebensbedingung der Kultur - Selbstverwaltung als Realisierungsbedingung eines freien geistig-kulturellen Lebens - Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen - Übergreifende Selbstverwaltung - Die Finanzierung des Geisteslebens - Geistesleben und Wirtschaftsleben - „Kampf der Kulturen“ oder kulturelle Koexistenz in Diversität - Zu Freiheit und Selbstverwaltung gibt es keine vernünftige Alternative - Freiheit der Kultur und Spiritualität

Anmerkungen

1 Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. GA 23, Taschenbuchausgabe, Dornach 1984, S. 9.

2 Im Magazin der „FAZ“ vom 6.9. 91 findet sich ein doppeelseitiges Inserat der Daimler-Benz AG mit dem Zitat von Antoine de Saint-Expupéry als Überschrift: „Es ist der Geist, der die Welt bewegt“. In Fotos und Text wird auf die Leistungen der Forscher und Ingenieure im Strassen- und Eisenbahnverkehr sowie der Schiff-, Luft- und Raumfahrt verwiesen.

3 Der Mensch bestehe seither aus Leib, Seele und Kirche, lautet ein Aperçu Steiners hierzu.

4 In diesem Sinne sagte R. Steiner von dem Projekt Anthroposophie, dass es ein Erkenntnisweg sei, der das Geistige im Menschen mit dem Geistigen im Weltall verbinden wolle.

5 GA 193/1968, S. 25. (Der innere Aspekt des sozialen Rätsels, 1919).

6 Diese Auffassung ist nicht unsere. Die Bemerkung mag aber verdeutlichen, dass eine Betrachtung über überirdisches und irdisches Geistesleben zunächst auch unabhängig von den Auffassungen, die unterschiedliche Menschen über Spiritualität haben, anregend sein kann.

7 Steiner bezeichnet sie auch als „dritte nachatlantische Kulturepoche“.

8 Eine klassische historische Darstellung solcher Verhältnisse gibt Hartmut Schmökel: Das Land Sumer, Die Wiederentdeckung der ersten Hochkultur der Menschheit, Stuttgart 1955.

9 Vgl. Karl Martin Dietz: Das freie Geistesleben und die Zukunft der Zivilisation. Das Goetheanum, Nr. 4, 28. April 1996.

10 Kernpunkte, a.a.O., S. 24ff. An anderer Stelle heißt es im gleichen Sinne: „Durch die neuzeitliche Entwicklung ist doch dieses geistige Leben, das sich unter dem Einfluss des Bürgertums, der Intellektuellen des Bürgertums zu einer bloßen Ideologie abgelähmt hat, das daher die Proletarier in ihrer Weltanschauung wie eine bloße Ideologie übernommen haben, [...] ein solches, das uns nicht bloß aufsteigt aus dem wirtschaftlichen Leben.“ (GA 193, S. 25.)

11 Kernpunkte, a.a.O., S. 9

12 Kernpunkte, a.a.O., S. 51f.

13 Vgl. zu dem ganzen Komplex „Geistesleben und Fähigkeiten“: Leber, Stefan: Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität. Eine Einführung in die Dreigliederung des sozialen Organismus. Stuttgart 1978, Kapitel „Die Funktion des Geisteslebens als Beispiel für den analytischen Ansatz der Dreigliederungsidee“.

14 Das ist die Stelle, wo sich für manche Menschen der Reinkarnationsgedanke als Folge des Entwicklungsgedankens geradezu aufdrängt.

15 Stefan Leber, Selbstverwirklichung, a.a.O., S. 54.

16 Vgl. Stefan Leber, a.a.O., S. 61.

17 1993 lagen die Beschäftigungszahlen in der Landwirtschaft bei 3% in den USA, 2,1% in Großbritannien, 6,7% in Frankreich, 8% in Japan, 9,1% in Italien. (Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt 1993, S. 104.) Die „grüne Revolution“ ließ von 1950 bis 1984 durch Mechanisierung, neue Düngemethoden und Züchtungen die Nahrungsmittelproduktion stärker wachsen als in der gesamten bisherigen Menschheitsgeschichte, während die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen durch sie permanent gesenkt wurde. In Asien z.B. führten resistenter Reissorten („Wunderreis“) zu enormen Ertragssteigerungen. Die weltweite Reisproduktion stieg von 257 Tonnen im Jahre 1965 auf 468 Millionen Tonnen im Jahre 1984. (Vgl. Kennedy, a.a.O.)

18 Leber, a.a.O., S. 76, schreibt: „Der Nordamerikaner [...] hat täglich 255 kWh zur Verfügung, also hundertmal so viel, wie ein Mensch für sein nacktes Leben braucht (2,8 kWh = 2400 Nahrungskalorien pro Tag, CS). Der tägliche Energieeinsatz des Nordamerikaners entspricht der Kraft, für die in früheren Zeiten 100 Sklaven nötig gewesen wären.“

Der Prozess der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist jedoch, so wie er sich heute vollzieht, auch mit einer gewaltigen Ausplünderung der Ressourcen, der Vergeudung von Energie, mit Umweltbelastungen und sozialen Problemen größten Ausmaßes verbunden. Die durch die Arbeitsproduktivitätssteigerung frei werdenen Wachstumskräfte wollen eben erst beherrscht sein.

19 Vgl. Leber 1974, a.a.O.

20 Leber 1974, a.a.O., S. 17.

21 Dass die subjektive Wertschätzung Kunst zum Spekulationsobjekt machen kann, widerspricht dieser Aussage nicht. Die Subjektivität dieser Bewertung mag man sich an van Gogh verdeutlichen: Ein japanischer Versicherungskonzern ersteigerte vor einigen Jahren ein Bild des Meisters für 72 Mio. DM. Der Meister hat jedoch zu seinen Lebzeiten außer an seinen Bruder kein einziges Bild verkaufen können.

22 Vgl. C. Strawe: Dreigliederung und Neungliederung - Versuch einer begrifflichen Klärung, in Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Nr. 4/2000. Dort vor allem der Absatz „Welchen Sinn hat der Vergleich von menschlichem und sozialem Organismus?“. Dort habe ich gegen biologistischen Reduktionismus und Analogiedenken argumentiert und den Versuch einer Rekonstruktion des Sinns des Steinerschen Vergleichs zwischen natürlichem menschlichem und sozialem Organismus gemacht. Es heißt dort u.a. „Der Vergleich wird in blicklenkender Absicht angestellt. Am kompliziertesten natürlichen Organismus soll der Blick für das Lebendige herangeschult werden: Um nicht in ein mechanistisches Verständnis des Sozialen zu verfallen, muss dieses als ein spezifisches Geflecht von Lebensbezügen erkannt werden. Dass gerade der menschliche Organismus herangezogen wird, hat seine Ursache vor allem darin, dass es der Dreigliederungsbewegung darum geht, die Sozialstrukturen so zu gestalten, dass sie dem freien Menschen als eine Art sozialer Leiblichkeit dienen können. Diese Leiblichkeit wird ihm nicht einfach geschenkt wie die physische, sondern bildet sich immer neu in der Art, wie Menschen miteinander umgehen. Diese Menschen müssen heute ein Verständnis des Sozialen entwickeln, weil sie im Zeitalter der Mündigkeit zu Gestaltern ihrer sozialen Verhältnisse werden wollen und müssen. Deshalb brauchen sie ein Empfinden für lebensmögliche gestaltbare Strukturen. Sie müssen verstehen lernen, wie ein innerer notwendiger Zusammenhang besteht zwi-

schen - anatomischer bzw. sozialer - Form-, Struktur- und Organbildung und den Prozessen, den Funktionen für das Ganze, die sich auf diese Strukturen abstützen. Es handelt sich dabei um eine Fragestellung, die - wenn auch unter teilweise anderen Perspektiven - in der modernen Soziologie als Ansatz der strukturell-funktionalen Analyse wohlbekannt ist.“

23 GA 193, S. 25. Zu denken wäre aber auch, was hier nicht weiter verfolgt werden kann, an „[...] dasjenige, was sich bezieht auf die Verwaltung des Privat- und Strafrechtes.“ (GA 193, S. 46).

24 Vgl. Heinz Kloss, Die Selbstverwaltung des Geisteslebens. Die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverwaltungsland. Ein Programm. Band 5. Frankfurt 1981, S. 10 - 13.

In loser Anlehnung an Leber und Kloss kommt Latrille zu folgendem Bild:

1. Kernbereich des Geisteslebens:

- a) Schul- und Bildungswesen (vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule)
- b) Wissenschaften (Forschung durch Universitäten und Forschungsinstitute, auf technischem Gebiet auch durch die Industrie)
- c) Kunstschaffen
- d) Religion (Kulte und Lehrer der Kirchen und ähnlicher Institutionen)

2. Ergänzende Bereiche des Geisteslebens:

- a) Kunstdarbietungen (Theater, Konzert- und Opernhäuser usw.)
- b) Information (Verlage, Presse, Nachrichten, Rundfunk, Fernsehen, Bibliotheken, Museen)
- c) Religiöse Einrichtungen
- d) Fach- und Berufsausbildung (heute auch in der Wirtschaft)
- e) Fortbildung (Volkshochschule, Freizeitgestaltung, Sport usw.)
- f) Politische Parteien, soweit es sich um die Ideenbildung handelt. Die politische Willensbildung gehört ins Staatsleben. g) Schaffung der Rechtssubstanz durch die Rechtswissenschaft
- h) Rechtsprechung im Privat- und Strafrecht, Resozialisierung (heute im Staatsleben)
- i) Gewisse Aspekte der Kapitalverwaltung (heute in der Wirtschaft)
- j) Heilwesen (Arztpraxen, Krankenhäuser usw.)

(Wolfgang Latrille, Assoziative Wirtschaft. Ein Weg zur sozialen Neugestaltung. Die pragmatischen Aspekte der sozialen Dreigliederung. Stuttgart 1985, S. 44ff.)

25 Das zeigt bereits das regelmäßige Auftreten von Schlagwörtern wie „Schülerberg“, „Studentenberg“ usw. in den öffentlichen Debatten. „Mehr als 1,83 Millionen Studenten drängeln sich auf weniger als 900.000 Studienplätzen“ („Ende der Wissensvöllerei. Nicht nur die Hörsäle, auch die Köpfe der Studenten sind überfüllt“. Focus Nr. 17, 26.4. 93, S. 40f.)

Europa - in guter Verfassung?

DER EU-KONVENT HAT SEINE ARBEIT BEEENDET

Christoph Strawe

Ende 2001 hatte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs in Laeken einen „Konvent für die Zukunft Europas“ ins Leben gerufen, der die Aufgabe hatte, Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der Verträge auszuarbeiten und Reformen vorzubereiten, an deren Ende ein europäischer Verfassungsvertrag stehen sollte. Die Initiative Netzwerk Dreigliederung hatte sich wie auch zahlreiche andere Organisationen der Zivilgesellschaft mit eigenen Vorschlägen in die Debatte eingemischt.¹ Wir haben uns für die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft für ein besseres Europa eingesetzt, unter anderem, indem wir auf unseren Internetseiten „Zivilgesellschaftliche Forderungen im Zusammenhang mit dem EU-Konvent“ dokumentiert haben.

Allen skeptischen Stimmen zum Trotz konnte Konventspräsident Giscard d'Estaing nach 16 Monaten gemeinsamer Arbeit am 20. Juli im griechischen Thessaloniki dem Rat den Entwurf einer Verfassung vorlegen, der zuvor - mit dem Vorbehalt, dass im Konvent noch eine abschließende Redaktion stattfinden müsse - in diesem Gremium verabschiedet worden war. Der Verfassungsentwurf muss nun noch von einer Regierungskonferenz, die im Oktober 2003 beginnt, abgesegnet werden und bedarf der Ratifizierung durch die einzelnen Staaten.

Der erste Teil behandelt die Definition und Ziele der Union, den Hinweis auf die Grundrechte und die Bestimmungen über die Unionsbürgerschaft, Zuständigkeiten der Union, die Institutionen der EU, das demokratische Leben der Union, die Union und ihre unmittelbaren Nachbarn sowie die Mitgliedschaft in der EU. Der zweite Teil enthält die Charta der Grundrechte, die durch ihre Integration in das Verfassungswerk einen verbindlicheren Charakter annimmt - die einzelnen Rechte werden einklagbar. Der dritte Teil behandelt die Politiken und die Funktionsweise der Union, er ergänzt damit das in Teil I dazu Ausgeführte. Teil IV enthält die Schlussbestimmungen.

Im einzelnen sind die bemerkenswerten Punkte, neben der schon erwähnten Integration der Grundrechtecharta, die Folgenden:² Aus den bisherigen „Europäischen Gemeinschaften“ - zu denen als eine die EU ge-

hörte - wird eine einheitliche Rechtspersönlichkeit „Europäische Union“. Zweitens - und das dürfte der wichtigste Punkt sein - werden die Zuständigkeiten der Union gestärkt - die EU bekommt schlicht gesagt mehr Macht als bisher. So soll die Zahl der mehrheitlich und nicht mehr im Konsens zu entscheidenden Sachgebiete von 37 auf 80 steigen. Allerdings bleiben noch eine Reihe von Themenbereichen, in denen weiterhin Einstimmigkeit im Ministerrat erforderlich ist. Doch es ist klar, dass mit der weiteren Entwicklung der Trend dahin gehen wird, aus Effizienzgründen diesen „Schönheitsfehler“ nach und nach zu beseitigen. Zur Stärkung der Zuständigkeit der EU soll auch die Schaffung des Amtes eines Europäischen Außenministers beitragen. Die Mitwirkung des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung wird ausgeweitet. Auch wird es - was eine echte Überraschung darstellt - ein sogenanntes europäisches Bürgerbegehren geben (siehe Kasten). Verständlich, dass Organisationen, die sich seit Jahren für mehr Demokratie in Europa eingesetzt haben und ohne deren ganz konkretes Engagement gegenüber dem Konvent dieser bis zuletzt gefährdete Schritt nicht zustande gekommen wäre,

von einem großen Erfolg und einem Schritt in die richtige Richtung sprechen.³ Für Euphorie gibt es dennoch keinen Anlass. Nicht nur, weil das Bürgerbegehren nur zur Befassung des Europäischen Parlaments mit den entsprechenden Anliegen führt, nicht jedoch zu einer Volksabstimmung. Man muss auch befürchten, dass die Ausweitung der Macht der EU Demokratie eher abbaut, als dass sie erweitert würde.

Verstärkung supranationaler staatlicher Strukturen ohne gleichzeitige Stär-

kung auch der „horizontalen Subsidiarität“, d.h. ohne den Raum für Selbstverwaltung im weitesten Sinne, birgt vielfältige Gefahren. Zwar wird das Subsidiaritätsprinzip im Entwurf noch einmal bekräftigt. Bei der Kontrolle

Erfolg in Brüssel: EU-Bürgerbegehren eingeführt!

In letzter Sekunde und zu unserer großen Überraschung hat der „Konvent für die Zukunft Europas“ in Brüssel am 12. Juni ein „EU-Bürgerbegehren“ in den Entwurf der europäischen Verfassung aufgenommen. In Zukunft können mindestens 1 Million Unionsbürger die EU-Kommission auffordern, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Es ist vor allem der intensiven Arbeit von Mehr Demokratie e.V., „democracy international“ und dem „Initiative & Referendum Institute Europe“ sowie Prof. Jürgen Meyer (SPD) zu verdanken, dass die Europäische Union den Einstieg in die direkte Demokratie wagt. Mehr als ein Einstieg ist es allerdings nicht. Denn das EU-Bürgerbegehren führt nur zu einer Befassung des Europäischen Parlaments. Es führt nicht zu einer Volksabstimmung.

Thomas Mayer, Newsletter des Omnibus für direkte Demokratie, Ausgabe August 2003

der „Subsidiarität“ sollen z.B. die nationalen Parlamente eine Rolle spielen. „Subsidiarität“ wird allerdings weitestgehend nur als „vertikales“ Prinzip verstanden: die jeweils höhere Ebene soll keine Zuständigkeiten für Fragen an sich ziehen, die auf unterer Ebene gelöst werden können. Aber selbst hier ist die Ausgestaltung des Prinzips keineswegs konsequent.

Eines der ernstesten Probleme in diesem Zusammenhang ist die Ausweitung der bereits zuvor schon überdimensionierten Zuständigkeit der Europäischen Union für die Handelspolitik. Auf diese gefährlichen Tendenzen macht zu Recht Annette Groth, Mitarbeiterin von „Brot für die Welt“, in ihrem im Juli entstandenen Artikel „Quo vadis Europa“ in diesem Heft aufmerksam.

Durch die Hintertür der Handelspolitik wird eine Entwicklung möglich, die die Gestaltungskompetenz der unteren Ebenen immer mehr zurückdrängt, weil bei immer mehr Bereichen die „WTO-Kompatibilität“ oberstes Gebot wird. Der marktfundamentalistische Ansatz der Welthandelsorganisation WTO ist aber selbst inkompatibel mit den im Verfassungsentwurf beschworenen Werten der Solidarität und Gerechtigkeit. Es wird daher eine große Frage sein, ob positive Ansätze im Text von der Zivilgesellschaft für wirkliche Fortschritte auf dem Weg zu mehr Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Europa genutzt werden können. Denn es besteht auch die Gefahr, dass die punktuell als Fortschritte zu bewertenden Elemente der Verfassung als Legitimationsargument für eine ganz und gar nicht fortschrittliche EU-Politik missbraucht werden.

Anmerkungen

1 Die Vorschläge sind zu finden im Märzheft 2003 des Rundbriefs Dreigliederung des sozialen Organismus und im Internet unter http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/verfassungsvertrag.htm

2 Vgl. zum Inhalt des Entwurfs auch die Darstellung von Jürgen Erdmenger in „Das Goetheanum“ Nr. 26 vom 29. Juni 2003.

3 Vgl. den beeindruckenden Bericht von Michael Efler: „Wie das Bürgerbegehren in die EU-Verfassung kam“, nachzulesen auf den Internet-Seiten von „Mehr Demokratie e.V.“ (<http://www.mehrdemokratie.de>)

QUO VADIS EUROPA?

Annette Groth

Ist der Entwurf der EU-Verfassung ein „Freibrief zur Tyrannei“ wie der Daily Mirror kommentierte? Wird die Arbeit an Stammzellen, die in Deutschland verboten ist, aber von der EU-Kommission kürzlich sanktioniert wurde, aus deutschen Steuermitteln finanziert werden?

Diese Diskussion rückt die EU-Politik jetzt etwas mehr ins Bewusstsein, allgemein wird aber die Brüsseler Politik und ihre Finanzpolitik von den Medien weithin vernachlässigt. Wer weiß schon, dass laut Statistischem Bundesamt die Bundesrepublik 2003 trotz leerer Kassen voraussichtlich 22,3 Milliarden Euro an die EU überweisen wird? Das sind ca 9% der Gesamtausgaben

des deutschen Haushaltsplans für 2003 und 22,7 % des EU-Haushalts. Da etwa 7,6 Milliarden Euro nach Deutschland zurückfließen, ergibt sich eine Nettozahlung von 14,7 Milliarden Euro. Damit bleibt die Bundesrepublik mit Abstand größter Nettozahler der EU.

Schlagzeilen machten auch die ungeheuerlichen Beschimpfungen und Äußerungen italienischer Politiker in den ersten Tagen ihrer EU-Präsidentschaft. Man kann gespannt sein, wohin die EU unter der Präsidentschaft von Italiens Premierminister Berlusconi „driftet“. Denn „demokratische Prinzipien, Gewaltenteilung und Pressefreiheit sind dem Premier nur hehre Worte“, wie die SZ am 1.7. schrieb.

„Gemeinsame Handelspolitik“ mit Tücken

Nach der Unterzeichnung durch den Konvent im Juli ist auch der EU-Verfassung etwas Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Wenn die Europäer kein Mitbestimmungsrecht an dieser Verfassung erhalten, wird das ohnehin schon große Demokratiedefizit in Europa wachsen. Nach dem Motto, wir haben das ja nicht gewusst, könnte den europäischen Bürgern und Bürgerinnen dann ein unsanftes Aufwachen beschert werden. Denn durch die EU-Verfassung wird Europa in vielen Sektoren kommerzialisiert werden: „Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für [...] den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen betreffend den Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie die Handelsaspekte des geistigen Eigentums, die ausländischen Direktinvestitionen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen...“ (Artikel III-212, 1)

Nach vielen Diskussionen und Änderungsanträgen wurde am 9.7. folgender Zusatz gemacht:

4) „In Bezug auf die Aushandlung und den Abschluss eines Abkommens im Bereich des Dienstleistungsverkehrs, der mit einer Entsendung von Personen verbunden ist und Handelsaspekte des geistigen Eigentums berührt, beschließt der Ministerrat einstimmig, wenn das Abkommen Bestimmungen enthält, die für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit erfordern. Der Rat beschließt ebenfalls einstimmig über die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen im Bereich des Handels mit kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen, wenn diese die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union beeinträchtigen können.“ (Conv 848/03, S.113)

Dieser Zusatz ist zwar eine Schutzklausel für die kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen sowie für die Handelsaspekte des geistigen Eigentums, enthält aber keinerlei Aussagen über den Handel mit anderen Dienstleistungen wie Printmedien, Gesundheit, Transport und Bildung. Soll das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) klammheimlich in der EU-Verfassung verankert werden, wie einige Kritiker befürchten?

Unrühmliche Rolle ...

Schon jetzt spielt die EU in vielerlei Hinsicht eine höchst unrühmliche Rolle: die hohen Agrarsubventionen zum Schaden der Entwicklungsländer (EL); in den GATS-Verhandlungen fordert die EU von 72 Ländern die Öffnung ihrer Wassermärkte; Korruption und Finanzskandale in Brüssel ohne Ende.

Die Verletzung demokratischer Prinzipien lässt sich am besten anhand der gegenwärtigen GATS-Verhandlungen veranschaulichen. Gegenüber der Welthandelsorganisation (WTO) spricht die EU-Kommission mit einer Stimme. Die Verhandlungen werden im sogenannten 133er Ausschusses der EU geführt. Dieser Ausschuss koordiniert die europäische Außenhandelspolitik. Zugang zu den Sitzungen haben Vertreter von zwei Interessenverbänden privater Dienstleistungskonzerne, das European Services Forum (ESF) und die European Services Leaders Group (ESLG), aber NICHT die Mitglieder des Europäischen Parlaments. (Diese beiden Dienstleistungsunternehmen sind übrigens unter der Ägide der letzten EU-Kommission gegründet worden!) Durch ihre Präsenz in dem 133er Ausschuss nimmt die Industrie Einfluss auf die GATS-Verhandlungen, denn die Unternehmen haben ein großes Interesse an der Liberalisierung von Dienstleistungen in den profitablen Sektoren wie der Wasserversorgung, der Gesundheit, des Tourismus, des öffentlichen Verkehrs und der Medien, um nur einige zu nennen.

„Die heutige Situation, dass beispielsweise im Falle der GATS-Verhandlungen der WTO ein einzelner EU-Kommissar (Pascal Lamy) - unterstützt durch ein demokratisch faktisch nicht kontrolliertes Komitee (das Komitee 133) - quasi im Alleingang Entscheidungen oder zumindest Vorentscheidungen mit allergrößter Tragweite für den Grundrechtsbestand in der EU trifft, ist vollständig unhaltbar und muss für die Zukunft strukturell ausgeschlossen werden.“ (Initiative Netzwerk Dreigliederung, Vorschläge zum Vertrag über eine Verfassung für Europa im Rahmen des Diskussionsforums des Konvents für die Zukunft Europas, Stuttgart, 28. Februar 2003, Gerald Häfner, Christoph Strawe, Robert Zuegg, www.sozialimpulse.de/Texte_html/verfassungsvertrag.htm)

Die GATS-Verhandlungen werden größtenteils hinter verschlossenen Türen geführt, die nationalen Parlamente haben kein Mitspracherecht bei der Formulierung von Liberalisierungs-Forderungen und -Angeboten. In Großbritannien fordern 262 Parlamentsabgeordnete schon seit 2 Jahren ein GATS- Moratorium und unabhängige und umfassende Untersuchungen über die Auswirkungen von GATS.

Die Geheimverhandlungen haben offensichtlich auch den deutschen Bundestag erschreckt, der Mitte März einen

Antrag der Koalitionsfraktionen angenommen hat, in dem „schwerwiegende Bedenken“ und „Klärungsbedarf“ gegenüber dem im Februar vorgelegten Angebotsvorschlag der EU-Kommission laut geworden sind.

Trotz dieser „schwerwiegenden Bedenken“ wird in Brüssel und Genf weiter verhandelt, denn das vervollständigte GATS-Abkommen soll Anfang 2005 in Kraft treten. Die EU ist in den GATS-Verhandlungen ein entscheidender Motor, denn „zu Gunsten europäischer Konzerne verlangt die EU von den Entwicklungsländern einen drastischen Abbau staatlicher Regulierungen. Das GATS ist darauf angelegt, dass für alle Formen von Investitionen die Inländerbehandlung gelten soll, das heißt, ausländische Anbieter müssen genau den gleichen Marktzugang haben wie inländische.“ (Thomas Fritz, WTO-Experte von Attac)

Bedrohung der Demokratie

Susan George bezeichnet die WTO und GATS als die größten Bedrohungen für die Demokratie, insbesondere auch darum, weil das GATS-Abkommen völkerrechtlich bindend und irreversibel ist. Jeder Staat, der eine GATS-Verpflichtung zurückziehen möchte, muss drei Jahre ab dem Zeitpunkt der Verpflichtung warten und dann den anderen WTO Mitgliedern eine akzeptable Entschädigung anbieten, bevor die Rücknahme erfolgen kann. Das heißt, es ist praktisch unmöglich, öffentliche Basisdienste zu-

rückzufordern, nachdem sie einmal liberalisiert wurden, da niemand die Kompensationsforderungen bezahlen kann. Der ehemalige Direktor der WTO Renato Ruggiero sagte einmal: „Das Dienstleistungsabkommen GATS umfasst Bereiche, die noch nie zuvor als Handelspolitik angesehen wurden. Ich vermute, dass weder die Regierungen noch die Geschäftswelt die volle Reichweite und den Wert der eingegangenen Verpflichtungen erkannt haben.“ („Towards GATS 2000 - a European Strategy“; http://www.wto.org/english/news_e/spr_e/brussl_e.htm)

„Ohne den enormen Druck, der von dem US

Finanzdienstleistungssektor, insbesondere von American Express und Citicorp ausgeübt worden ist, wäre das GATS nicht zustande gekommen“, wird David Hartridge, ehemaliger Direktor der WTO Dienstleistungsabteilung in The Guardian vom 18.4. 2002 zitiert. „Die WTO ist fast vollständig in der Hand internationaler Privatgesellschaften“ ist auch das Fazit einer Studie, die von dem UN-Unterausschuss zum Schutz der Menschenrechte in Auftrag gegeben worden ist und deren Veröffentli-

Referendum über die EU-Verfassung: Sechs Länder stimmen ab!

Den Vorschlag für ein Referendum über die EU-Verfassung unterstützen 97 von 240 Konventsmitgliedern. Leider wurde dieser Antrag nicht mehr im Konvent behandelt. Trotzdem können wir mit dieser breiten Unterstützung gut werben. Insgesamt sechs EU-Länder - Frankreich, Spanien, Portugal, Dänemark, Irland und Luxemburg - haben bereits ein Referendum angekündigt. Mehr Demokratie e.V. hat eine Kurzstudie zum Stand der Debatte in Europa und in Deutschland erstellt. Die Studie kann bei Ralph Kampwirth bestellt werden: presse@mehr-demokratie.de oder tel. 04202-888774

Thomas Mayer, Newsletter des Omnibus für direkte Demokratie, Ausgabe August 2003

chung der ehemalige WTO-Chef Moore zu verhindern suchte. (Jean Ziegler: „Die neuen Herrscher der Welt“, S. 155).

Es nimmt einen schon Wunder, dass trotz der unzähligen Korruptionsskandale, in die die EU-Kommission in den letzten Jahren verstrickt war, kein großer Aufschrei und keine nachdrücklichen Forderungen nach grundlegenden Reformen der EU laut wurden. Zwar mußte die letzte EU-Kommission geschlossen zurücktreten; zwar gab es einen kleinen Beamten, der, als er die internen Korruptionspraktiken an die Presse weitergab, seinen Hut nehmen musste. Aber die Korruption geht munter weiter.

Der letzte EU-Skandal wurde im Mai bekannt, als der Generaldirektor von Eurostat, dem Statistischen Dienst der EU-Kommission, beurlaubt wurde. Seine Firma, die im Auftrag der Kommission statistische Dossiers erstellte und Projekte betreute, steht im Verdacht, Aufträge mehrfach abgerechnet und Bilanzen gefälscht zu haben. Auch der für Eurostat tätigen Firma Eurogramm mit Sitz in Luxemburg und Großbritannien wird zur Last gelegt, falsche Angaben über die Zahl ihrer Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und Arbeitsaufwand gemacht zu haben. Das ist umso pikanter, als Eurogramm an der Reform des umstrittenen EU-Buchhaltungssystems beteiligt ist, das Haushaltskommissarin Schreyer in die Schlagzeilen brachte und zum Zerwürfnis mit ihrer Chefbuchhalterin führte. Die TAZ kommentiert diesen Skandal wie folgt: „Die Kommission Prodi entfernt sich zunehmend von den Grundsätzen, mit denen sie vor vier Jahren ange-

treten war: Transparenz, Ehrlichkeit und rückhaltlose Beseitigung der Altlasten.“ (TAZ, 22.5.2003)

Nur wenn dem Europäischen Parlament „die vollen Parlamentsrechte gegeben werden“, hat eine wirkliche Demokratie in Europa eine Chance. „Das Parlament muss die Kommission wählen (bzw. mit konstruktivem Misstrauensvotum abwählen) und umfassend demokratisch kontrollieren können.“

Der Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs darf nicht im Sinne der Zwangskommerzialisierung öffentlicher Daseinsfürsorge und der Zerstörung solidarischer Formen ihrer Finanzierung missbraucht werden. Sowie wenig wie durch staatliche Bevormundung darf durch Kommerzialisierungszwänge die Freiheit für den Bereich der kulturell-sozialen Beziehungsdienstleistungen behindert werden.

Die Handels- und Entwicklungspolitik der Union sollte sich vom Paradigma des Neoliberalismus lösen. Das heißt auch, Abschied zu nehmen von der pauschalen Forderung nach dem Abbau jeglichen Schutzes. Die EU sollte sich an der Suche nach der Schaffung geeigneter Formen des Schutzes von Entwicklung beteiligen, welche dem Charakter der auf Arbeitsteilung und Zusammenarbeit basierenden Weltwirtschaft entsprechen und der Verwirklichung der Grundrechte der beteiligten Menschen dienen.“ (Initiative Netzwerk Dreigliederung, Vorschläge zum Vertrag über eine Verfassung für Europa im Rahmen des Diskussionsforums des Konvents für die Zukunft Europas, S.9)

Betrachtungen und Berichte

ZEHN GLOBALE GEFÄHRDUNGEN DER MENSCHHEIT UND IHRER ZIVILISATION

Wilhelm Neurohr

Die Geschehnisse vor, während und nach dem Irak-Krieg haben während vieler Monate andere weltbewegende Themen und Ereignisse überlagert oder in den Hintergrund gedrängt. Nie zuvor war es jedoch so wichtig, alle globalen Ereignisse und Entwicklungen gedanklich und spirituell zu begleiten und zu durchdringen. „Wer das reale Leben ergreifen will, der muss sich ein Verständnis davon verschaffen, wie die heutige Lage herbeigeführt worden ist und wie die zukünftige Entwicklung in heutiger Zeit vorbereitet wird“ (R. Steiner, GA 186).

Was sich im Schatten des Irak-Krieges mit Blick auf eine neue Weltordnung sonst noch aktuell abspielte im Labyrinth der Gegenwart, ist wert, ins Bewusstsein ge-

hoben zu werden - um so zu handeln, wie diejenigen wachen Weltbürger, die sich an einem einzigen Tag mit 18 Millionen anderen Menschen in 660 Städten der Erde bereits zu einer weltweiten Protestbewegung gegen den Irak-Krieg zusammenfanden. Die individuelle Auseinandersetzung mit den übrigen vielfältigen großen Zukunftsfragen der Menschheitszivilisation und mit der virulenten ökologischen und sozialen Frage ist jetzt umso wichtiger, nachdem - ebenfalls an einem einzigen Tag - im Irak Zeugnisse und Belege von 5000 zurückliegenden Jahren der Zivilisation an deren Wiege in Mesopotamien geplündert und zerstört wurden.

Ein völliger Neubeginn der Menschheit als Selbstgestalter ihres Schicksals erscheint nun vonnöten, seitdem neue globale Gefährdungen die Menschheitszivilisation bedrohen, derweil die Ökonomie das gesamte Leben global und total beherrscht und damit vorneweg die Zivilisation gefährdet. Aus der Reihe der Gefährdungen, die aber zugleich auch Herausforderungen

darstellen, seien zehn als aktuelle Beispiele herausgegriffen. Sie ließen sich vermehren. Zugleich können sie auch die Hoffnung wecken, dass sie zehn globale Initiativen beherzter Menschen zum geistigen Kampf gegen diese Gefahren und für ihre Überwindung und Verwandlung wachrufen.

I. Gefährdet: Trinkwasserversorgung der Menschheit und ihrer Lebensräume durch Verstädterung

Anknüpfend an die Johannesburg-Konferenz des Vorjahres zur nachhaltigen Entwicklung und an das Kyoto-Abkommen über Klima und Umweltschutz fand im diesjährigen „internationalen Jahr des Süßwassers“ ein internationales „Weltwasserforum“ statt. Diese große Weltkonferenz befasste sich mit der weltweiten Wasserknappheit und ihren drohenden Auswirkungen. Derzeit sind bereits an die 2 Mrd. von insgesamt 6 Mrd. Menschen weltweit ohne sauberes Trinkwasser. Es gibt Schätzungen, denen zufolge jährlich über 2,2 Mio. Menschen an den Folgen verschmutzten Wassers sterben und 80% aller Krankheiten in Entwicklungsländern auf die Nutzung von verschmutzten Wassers zurückzuführen sind. Die Wasservorräte sind weltweit gefährdet.

Auch die allgemein für herausragend gehaltene Trinkwasserqualität in Deutschland erwies sich als Trugvorstellung, denn sie gehörte im weltweiten Vergleich eher zu den Schlusslichtern. Die Abhängigkeit der menschlichen Existenzbedingungen von lebendigem Wasser als Lebensgrundlage ist aber bislang nur ein Randthema, noch hinter dem Klimaschutz, dem Artenschutz, der Ernährungskrise und den leergefischten und verschmutzten Weltmeeren. Prophezeit werden die nächsten Kriege nicht um den Rohstoff Öl, sondern um den Zugang zu sauberem Wasser, also um das blanke Überleben, denn Wasser ist lebensnotwendig. Das gilt übrigens auch für den Durst nach geistiger Nahrung.

Die natürlichen Wasserkreisläufe sind auch gefährdet durch den Verschmutzungs-, Versiegelungs- und Zersiedelungsprozess mit der Konzentration der Weltbevölkerung in städtischen Ballungsräumen entlang der Verkehrsachsen, in wachsenden und ausufernden Metropolen und Mega-Städten zwischen 10 und 30 Millionen Einwohnern auf engstem Raum, mit all den Versorgungsproblemen und Zerfallerscheinungen: Fast zwei von drei Weltbürgern leben demnächst im Zuge der Armutswanderung in großen Städten mit hoher Kriminalitätsrate, in deren Elendsvierteln und Slums der eigentliche Zusammenprall der Kulturen stattfindet und der alltägliche Kampf ums Dasein. Dort konzentrieren sich die Verlierer der Globalisierung.

II. Gefährdet: Bekämpfung von Drogenkonsum und -handel

In Wien ging ein Kongress der UN-Drogenkommission zu Ende, mit einer ernüchternden Bilanz: Das Ziel einer Welt ohne Drogen ist pure Illusion. Trotz des stagnierenden Absatzes von Kokain und Heroin boomen weltweit die Amphetamine. Die Produktion von Opium und Heroin ist konstant geblieben; die Verbreitung von Cannabis und synthetischen Drogen weltweit im Ansteigen. Lediglich die

Anbauflächen des Cocastrauches sind leicht rückläufig. Dem Siegeszug von Ecstasy und anderen Amphetaminpillen, die in Labors hergestellt werden können, haben die Drogenbekämpfer wenig entgegenzusetzen.

Nachdem die UNO in Zusammenarbeit mit den fundamentalistischen Taliban in Afghanistan den Anbau von Mohn für die Opium- und Heroinproduktion weitgehend verboten hatte, säten die Bauern sofort nach Bushs Feldzug wieder Schlafmohn aus und ernteten in 2002 mit 3.400 Tonnen Opium zwanzigmal soviel wie im Jahr zuvor. Das Land liefert drei Viertel des in Europa konsumierten Heroins. Hinsichtlich der internationalen Drogenkonventionen liegen Theorie und Praxis weit auseinander. Das Ziel, den Kokain- und Heroinkonsum von Jugendlichen z.B. in Großbritannien bis 2008 zu halbieren, ist nicht realistisch. Somit wird die Menschheit weiterhin mit diesen und anderen Drogen in die Zukunft gehen, mit schwerwiegenden Folgen einschließlich Bewusstseinsstörungen und -veränderungen.

III. Gefährdet: Biologische Landwirtschaft und Alternative Medizin

Die Überwindung der Ernährungs- und Gesundheitskrise der Menschheit mit Blick auf lebendige Nahrung und menschengerechte Medizin wird durch weitere Hürden behindert: In der Diskussion um die Gentechnik in der EU fiel kürzlich der Schutz für die Bio-Bauern, nachdem bereits für die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ein relativ hoher Grenzwert festgelegt wurde. Auch die Herstellungsmethoden speziell der biologisch-dynamischen Landwirtschaftspräparate werden durch die BSE-Verordnungen der EU behindert, so dass Demeter sich gezwungen sah, ein Brüsseler Büro einzurichten, das sich dort für die biologisch-dynamische Landwirtschaft einsetzen soll (s. Goetheanum Nr. 18/2003). In der Medizin sind anthroposophische Therapie-Methoden und Heilmittel einmal mehr in Frage gestellt worden, auch im Zusammenhang mit Detailfragen der anstehenden Gesundheitsreform. In den Niederlanden musste erst durch ein Gerichtsurteil die Entscheidung des Ministers für Volksgesundheit aufgehoben werden, nichtregistrierte anthroposophische Heilmittel vom Markt zu nehmen.

Immer mehr drängen die Anhänger eines materialistischen Welt- und Menschenbildes in Wissenschaft, Medizin und Nahrungsmittelproduktion sowie Politik alle Alternativen beiseite, bis hin zum Vorwurf des US-Botschafters Tony Hall an die afrikanischen Länder, dass ihre Verweigerung genmanipulierter Nahrungsmittel ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sei; auch die Europäer wurden aufgerufen, Druck auf Afrika auszuüben. Große Nahrungsmittelkonzerne sowie Chemie- und Pharmaziekonzerne verabreichen der Menschheit tote Nahrung und schädliche Medizin; willfährige oder unaufgeklärte Politiker betreiben deren Geschäft im Namen des Rechtes, aber nicht für die Verbraucher oder Patienten. Diese müssten sich nun in Bewegung setzen, soll nicht unsere gesamte Zivilisation erkranken, weil sie ohne geistige Ernährung auskommen muss.

IV. Gefährdet: Leben und Gesundheit durch Seuchen wie SARS und AIDS

Nachdem sich seit zwei Jahrzehnten die AIDS-Epidemie mit weltweit 42 Mio. HIV-Infizierten als eine der großen Bedrohungen der Menschheit erwiesen hat und in Afrika zu einer der häufigsten Todesursachen geworden ist, tritt nun die rätselhafte Lungenkrankheit SARS auf. Dass ein bislang harmloses Hühnervirus gerade jetzt auf den Menschen überspringen konnte und die Drohung einer weltweiten Seuche heraufbeschwört, weckt das Bewusstsein dafür, wie gefährdet menschliches Leben immer schon war und ist: „Auch im Zeitalter von Börse und Internet teilen wir unseren Lebensraum mit Bazillen und Mikroben, hängt unser Überleben am Ausgang der unsichtbaren Schlacht zwischen unserem Immunsystem und dessen Angreifern“ (Publik-Forum Nr. 9/2003).

Der Zusammenhang von Armut und Erkrankung wird deutlich an der Ausbreitung der Seuchen vor allem in den armen Ländern und Elendsvierteln. Ähnlich wie in dem Roman „Die Pest“ von Camus erinnert jetzt die Seuche SARS als Sinnbild der Unsicherheit menschlicher Existenz daran, wie sterblich Menschen sind - und wie wunderbar. Ohne eine spirituelle Sicht der menschlichen Lebens- und Überlebensbedingungen, der Gesundheit und Ernährung und eines gesunden Sozialverhaltens, geschehen aber keine Wunder.

V. Gefährdet: Entschuldung armer Staaten

Auf der Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank Mitte April in Washington, die diesmal nicht von den üblichen Gegendemonstrationen der Globalisierungskritiker begleitet wurde, wurde das geplante Insolvenzrecht für überschuldete Staaten - trotz des noch nachwirkenden Schreckens über die plötzliche Zahlungsunfähigkeit Argentiniens - ad acta gelegt. Dies ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die massive Lobbyarbeit privater Finanzinstitute, deren Macht durch das geplante Konkursgericht beschnitten zu werden droht. Das Thema Schuldenerlass wurde dem Thema Irak-Krieg geopfert, wobei jetzt nur noch die Auswirkungen des Krieges auf die Weltkonjunktur und die Finanzierbarkeit des Wiederaufbaus im Irak interessierte. Inzwischen hat der US-Baukonzern Bechtel, in dem der frühere US-Außenminister Shultz im Verwaltungsrat sitzt, einen Großauftrag bis zu 680 Mio. Dollar für die Wiederherstellung der Infrastruktur (Reparatur der Wasser- und Stromnetze und der Abwassersysteme) erhalten. Die USA verfügen allein über 17% der Stimmen im IWF und damit über ein Veto-Recht.

Zwar beriet anschließend der UN-Wirtschafts- und Sozialrat über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Neue Entschuldungsverfahren“, in dem alle Betroffenen einschließlich Regierungen, internationale Finanzinstitutionen, Privatgläubiger und zivilgesellschaftliche Organisationen mit am Tisch sitzen sollten. Deren Erfolgsaussichten werden aber bezweifelt. In den letzten 30 Jahren sind die Schulden der 187 Entwicklungsländer, die sich in der Schuldenfalle befinden, auf das 35fache angestiegen, obwohl sie in den zurückliegenden 20 Jahren 4.500 Mrd. Dollar zurückgezahlt haben. Die Schuldenlast der Entwicklungsländer stieg gleich-

wohl in den letzten 10 Jahren um 34% auf 2,5 Billionen Dollar, obwohl sie eigentlich um die Hälfte gesenkt werden sollte, denn nur „Teilen macht alle reich“.

Auch wenn die reichen Industrieländer, allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika mit 7.300 Mrd. Dollar öffentlicher Schulden selbst tief verschuldet sind, wirken sich die existenziellen Folgen für die abhängigen Entwicklungsländer verheerend aus und führen in die Ausweglosigkeit, nachdem die Zinssätze drastisch angehoben wurden und ein Schuldenerlass oder Insolvenzverfahren abgelehnt wird. Wenn die Spaltung der Welt in reiche Gläubigerländer und arme Schuldnerländer nicht durch das christliche Prinzip der Schuldvergebung gemildert wird, und wenn es in Vergessenheit gerät, dass die Reichen ihren Segen durch die Armen empfangen, wird sich weltweit unübersehbarer sozialer Sprengstoff anhäufen, der eine friedliche Welt, die zum sozialen Frieden durch Gerechtigkeit und durch die Macht der Menschlichkeit fähig ist, in weite Ferne rücken lässt. Ein Indikator dafür ist auch die stagnierende Entwicklungshilfe, die sich unverändert bei beschämenden 0,22 bis 0,23 % des Brutto-sozialproduktes der reichen Industrieländer bewegt.

VI. Gefährdet: Abrüstung und Frieden in der Welt

Die Hoffnung, dass sich nach Beendigung des Kalten Krieges der polaren Machtblöcke in der Welt die Abrüstung fortsetzen und eine friedliche Welt möglich werden würde, hat sich nicht erfüllt. Nach dem 2. Weltkrieg sind mehr Menschen weltweit durch kriegerische Auseinandersetzungen und deren Folgen umgekommen als im großen Weltkrieg selber. Über 22 Millionen Menschen arbeiten als Soldaten oder Zivilisten für die militärischen Streitkräfte und noch mehr in der weltweiten Rüstungsindustrie. Weltweit werden 850 Mrd. Dollar für Rüstung ausgegeben, ein Vielfaches der verschwindend geringen Entwicklungshilfe. Allein die Militärausgaben der USA liegen mit fast 400 Mrd. Dollar so hoch wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt Russlands. Weit über die Hälfte der hohen öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in den USA fließt in den Rüstungsbereich. Der Waffenhandel und -export blüht wie nie zuvor. Der Handel deutscher Firmen mit dem Irak auch in Bereichen, wo die Güter für die Herstellung von Giftgasanlagen und Raketen eingesetzt werden könnten, wurde bis 1990 mit Hermesbürgschaften in Höhe von fast 2 Mrd. Euro von deutschen Steuerzahlern subventioniert. Die Trennung von Geschäft und Moral untergibt die Friedensfähigkeit.

VII. Gefährdet: Menschenrechte und Menschenwürde in zivilisierten Staaten

Angesichts einiger grausamer Verbrechen entbrannte in Deutschland kürzlich eine ernsthafte öffentliche Debatte um die legale Einführung von Foltermethoden bei polizeilichen oder staatsanwaltlichen Verhören, für die sich laut Umfragen eine Mehrheit der Bevölkerung aussprach. Auch einzelne Politiker und manche Fernseh- oder Pressekommentatoren schlossen sich diesen Auffassungen an oder führten ernsthafte Diskussionsrunden dazu durch. Zuvor hatte es Disziplinar- und Strafverfahren gegen

Polizisten z.B. in den Städten Hamburg und Hagen gegeben, weil dort Ausländer auf der Polizeiwache gefoltert worden waren. In Amerika gaben Vertreter von Geheimdiensten, Polizei und Militär in der Presse unumwunden zu, bei politischen Kriegsgefangenen wie z.B. den in Käfigen eingesperrten afghanischen Taliban oder jüngst im Irak bei Verhören bis an die Grenze der Folter gegangen zu sein, oder Gefangene auch schon einmal an die Geheimdienste von Folterländern übergeben zu haben, um dort die nach amerikanischem Recht unzulässigen Folterhandlungen zur Erpressung von Aussagen oder Geständnissen, vornehmen zu lassen, ohne sich selber „die Finger schmutzig zu machen“.

Wenn in zivilisierten demokratischen Staaten der westlichen Welt und des christlichen Abendlandes solche Methoden und Verstöße gegen die allgemeinen Menschenrechte und Konventionen auf Duldung in der Bevölkerung, in den Medien und bei Vertretern von Justiz und politischem Rechtsleben stoßen, dann ist dieses veränderte Rechtsempfinden der Menschen ein Alarmzeichen für die gesamte Zivilisation in einer Welt, in der zunehmend das Recht des Stärkeren gilt, vom Irak-Krieg bis zum Wirtschaftsleben und zu einem menschlichen Zusammenleben, in dem immer mehr Menschen von der Teilhabe am kulturellen Gemeinschaftsleben ausgeschlossen werden. Auch das kulturelle Niveau unserer Menschengemeinschaften spiegelt sich in deren marodem Rechtsleben.

Wenn nicht einmal mehr die alltägliche Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde durch ein inhumanes und verantwortungsloses Wirtschaftssystem den Seelenfrieden der Menschen stört; wenn die allgemeine Anerkennung des Rechts des Stärkeren, die auch die Politik und die Kultur erfasst hat und Egoismus, Habgier und Machtgelüsten freie Bahn gibt, nicht als Unrecht empfunden wird, obwohl die wirtschaftspolitischen Entscheidungen wie ein Todesurteil für viele Menschen auf der südlichen Erdhalbkugel wirken, dann ist das Rechts- und Unrechtsempfinden der Welt gestört. Seelische Abgestumpftheit und Brutalisierung sind aber Krankheitssymptome einer niedergehenden Zivilisation.

VIII. Gefährdet: Kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge

Je mehr die Globalisierung mit zunehmender Bedeutungslosigkeit der staatlichen Grenzen, Funktionen und Einflussmöglichkeiten voranschreitet, desto bedeutender wird weltweit die lokale und regionale Ebene der demokratischen Politikgestaltung und des örtlichen Gemeinwesens, weil sich hier mit Eigenverantwortung in überschaubaren, aber weltweit vernetzten Gemeinschaften soziale und kulturelle Gestaltungsräume eröffnen (vgl. Dreigliederungsrundbrief 1/2003). So bemühen sich weltweit über 4000 Gemeinden in vielen Ländern rund um den Globus im Rahmen der Lokalen Agenda 21 an runden Tischen um eine nachhaltige Entwicklung in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht. Diese positiven Bemühungen drohen nun zunichte gemacht zu werden durch eine „Globalisierung von oben“, mit der ab 2005 eine weltweite Kommerzialisierung aller öf-

fentlichen und kommunalen Dienstleistungen durch das Welthandelsabkommen für den Handel mit Dienstleistungen (GATS) erzwungen wird.

Das wird auch das Ende der kommunalen Selbstverwaltung einläuten. In Deutschland und vielen anderen Ländern ist diese bereits akut gefährdet durch die inzwischen aussichtslose Finanzsituation und -ausstattung der örtlichen und regionalen Selbstverwaltungsebene. Schließung und Ausverkauf kommunaler Infrastruktur sowie Privatisierung kommunaler Dienstleistungen sind bereits in Gang gesetzt und drohen unumkehrbar zu werden.

Damit sind die örtlichen Gemeinschaften verfassungswidrig ihrer Handlungs- und Gestaltungsspielräume beraubt und noch hoffnungsloser verschuldet als z.B. Bund und Länder in Deutschland. Das Gesamtdefizit aller kommunalen Haushalte in Deutschland beträgt in diesem Jahr nach dem Wegfall von 30 Mrd. Steuereinnahmen über 11 Mrd. Euro, so dass bereits 150 Kommunen in ihrer Verzweiflung durch dubiose Steuertricks mit amerikanischen Firmen im Rahmen des sogenannten „Cross-Border-Leasing“ ihre Infrastruktur verleasen, sich aber dabei in riskante Abhängigkeiten begeben.

Nunmehr steht der Übergang zum „virtuellen Rathaus“ bevor, bis hin zur Gefahr der digitalen Auflösung der kommunalen Selbstverwaltungsebene und des Föderalismus in kommerzialisierten Netzwerken.

IX. Gefährdet: Informations- und Kommunikationsfreiheit, Demokratie und Persönlichkeitsschutz

Unter dem Begriff „E-Government und E-Demokratie“ wird derzeit mit kommerziellen Dienstleistungs- und Netzanbietern „virtuelles Regieren und Verwalten im digitalen Zeitalter“ mittels Internet mit Nachdruck eingeleitet. Das ist der Beginn einer neuen Ära in der elektronischen Informationsgesellschaft nach einem technokratischen Verwaltungs- und Demokratiemodell, mit dem die Fragen nach dem Beginn oder Ende von Demokratie und Freiheit, von neuen Abhängigkeiten, von Überwachung und Persönlichkeits- und Datenschutz sich stellen - bis hin zur Frage der weltweiten sozialen Spaltung der Menschen im digitalen Zeitalter nach ihren Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten.

Werden die Sozialkontakte und demokratischen Entscheidungsprozesse durch E-Government erleichtert, erschwert oder beendet? Wie öffentlich und demokratisch wird E-Government sein und wie werden zivilgesellschaftliche Komponenten gestärkt? Wie verändert das Internet den öffentlichen Raum und die Informationsfreiheit sowie die Arbeitswelt? Bleiben Datensicherheit und vertrauliche Kommunikation sowie informationelle Selbstbestimmung der Bürger gewahrt? Verbergen sich hinter den öffentlichen Portalen kommerzielle Unternehmen? Wie wird mit dem neuen Urheberrecht gewährleistet, dass der Zugang zu Werken in öffentlichen Bibliotheken im digitalen Zeitalter erhalten bleibt?

Wie wird verhindert, dass gesellschaftliche Gruppen ohne Medienkompetenz ausgegrenzt werden? Immer-

hin sind 875 Mio. Menschen weltweit Analphabeten, zwei Drittel davon Frauen, vor allem in bevölkerungsreichen Entwicklungsländern (bis zu 75% auf dem Lande), die sich keinen Internet-Zugang leisten können. Der Zugang zum Internet, das einmal als demokratisches Zukunftsmedium große Hoffnungen geweckt hat, bleibt bislang einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung vorbehalten. Die Software als Kulturgut und die Macht über die Netze erfordert gesamtgesellschaftliche Ziel Diskussionen über dieses gigantische Vorhaben mit seinen Weichenstellungen. Eine solche Diskussion wird erstmals im Dezember 2003 auf einem UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft unter Beteiligung der Zivilgesellschaft stattfinden. Ergänzt werden müsste die Diskussion um die Gefährdung der Demokratie durch den Vorrang des Wirtschaftlichen über das Politische auf allen Ebenen, mit der Tendenz zu einer heimlichen zentralistischen Weltregierung aus Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) unter der Regie der Weltmacht Amerika.

X. Gefährdet: Sozialer Ausgleich und sozialer Frieden

Die heftigen und kontroversen Diskussionen, die in diesen Monaten in Deutschland um Sozialabbau, Sozialreform und soziale Gerechtigkeit geführt werden, sind als eine Art Stellvertreterdiskussion zu verstehen für die weltweiten Probleme einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung, die ihre Ideologie im Zuge der Globalisierung der ganzen Welt überstülpen will. Die Politik der Parteien scheint am Ende zu sein und der Begriff der Reformen steht nicht mehr für Fortschritt und Gesellschaftsveränderung, sondern sinnentleert für die beliebige Änderung einzelner Gesetzesparagrafen oder abzubauen Sozialleistungen im Zuge gesellschaftlicher Umverteilungen, bei Verabschiedung von der Sozialstaatsidee.

„Der Staat wird abgeschafft - nicht zugunsten freier Assoziationen von Menschen, sondern zugunsten öffentlich entpflichteter, hierarchisch organisierter und global operierender Wirtschaftsorganisationen, die als transnationale Unternehmen auf dem besten Wege sind, eine global organisierte private Planwirtschaft zu etablieren“ (Hermann Scheer, Träger des alternativen Nobelpreises), also zum eigenen Nutzen und ohne Rücksicht auf die übrigen Teilnehmer an einem Wirtschaftsprozess, der von Brüderlichkeit nichts weiß und damit seinen Sinn verliert und unseren Traum vom Weltbürger zerstört.

Die totale Marktfreiheit der Unternehmen erschreckt diejenigen Menschen, die im Sinne der allgemeinen Menschenrechte auf globale und soziale Gerechtigkeit und Solidarität vertrauten, nun aber auch in den reichen Industriestaaten und Dienstleistungsgesellschaften die zunehmende Spaltung in Wohlhabende und Almosenempfänger erleben oder befürchten müssen, solange privater Reichtum mit öffentlicher Armut erkaufte wird. Hilfreiche Reformvorschläge, wie sie von Anthroposophen aus der Dreigliederungsbewegung vor spirituellem Hintergrund mit sozialer Phantasie eingebracht und von einzelnen Politikern oder Gewerkschaften aufgegriffen wurden - wie z. B. ein über Verbrauchssteuern finanziertes Sozialsystem,

eine Heranziehung aller Einkommensarten und nicht nur des Erwerbseinkommens sowie eine Reform des Boden- und Eigentumsrechtes und von Arbeit und Einkommen - werden von Regierungspolitikern verworfen, die ihre eigenen unzureichenden Vorschläge als „alternativlos“ mit Macht durchsetzen wollen.

So wird der berechtigte Ruf der Politik nach mehr Eigenverantwortung der Bürger zur scheinheiligen Flucht der Politik aus der Verantwortung für das soziale Gemeinwesen, mit bedrückenden Folgen für die Menschen. So führt die Globalisierung nicht zur Einen Welt, sondern lässt die Welt auseinanderbrechen in Gewinner und Verlierer, weil der Markt zur Religion erhoben und die Habgier der Reichen zum Götzendienst gemacht wird. Nur die gerechte Teilhabe aller Menschen am gemeinsam erarbeiteten gesellschaftlichen Wohlstand schafft den sozialen Frieden und Ausgleich, der die Menschen in der Weltwirtschaft brüderlich vereint. Ohne eine gemeinsame geistige Weltanschauung und ohne gelebtes Verständnis für die Bedürfnisse der anderen wird das nicht gelingen. Die soziale Frage ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Schlüsselfrage für das Überleben der Menschheit.

EINE ENTSCHEIDENDE FRAGE*

Bettina Kalambokis

Die Möglichkeit der Gestaltung einer neuen, humanen Wirtschaft, die viele Menschen in der Welt bewegt, hat eine bedeutende Voraussetzung, der im Folgenden mit ein paar Gedanken nachgegangen werden soll.

Als erstes sei festgehalten, dass dem weltweiten Engagement der Menschen für eine gerechtere Wirtschafts- und Weltordnung zweifellos eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung zukommt, - äußert sich darin doch das Bewusstsein von der Zusammengehörigkeit aller Menschen sowie das Bewusstsein von der sich daraus ergebenden gegenseitigen Verantwortung.

Weiter ist aber ebenso notwendig einzusehen, dass das in diesem Engagement zum Ausdruck kommende Bewusstsein, sofern es nur auf den wirtschaftlichen Bereich des menschlichen Lebens beschränkt bliebe, für die Gestaltung einer Welt, der der Name des Menschlichen im umfassenden Sinne zukäme, gleichwohl nicht ausreichte - und zwar auch dann nicht, wenn eine gerechte Verteilung des wirtschaftlich Produzierten gelänge. Im Gegenteil! Denn bliebe das Bewusstsein auf diese Ebene beschränkt, verewigte es - ohne es zu ahnen oder auch bewusst zu wollen - eine Welt, in der der Mensch bloß als Wirtschaftsfaktor vorkommen kann, indem es von der stillschweigenden Annahme ausgeht, darin den ganzen Menschen zu sehen. Anders ausgedrückt: Im Menschen nur den Träger von Bedürfnissen und darüber hinaus von gleichsam beliebig steuerbaren Konsumbedürfnissen zu sehen, für deren Befriedigung dann - gleich Sisyphos im altgriechischen Mythos - endlos gearbeitet werden muss. Diese einseitige und daher auch

falsche Sicht ist es, die der Dominanz und der Macht des wirtschaftlichen Bereiches in unserer Welt letztlich zugrunde liegt - eine Sicht, die den Menschen zum bloßen Objekt des wirtschaftlichen Geschehens degradiert und ihn mit dem falschen Glücksversprechen „konsumparadiesischer“ Verhältnisse bei Laune hält.

Die Menschen in den wirtschaftlich hoch entwickelten Gebieten dieser Erde können indes in eigener Erfahrung bemerken, - wenn auch zunächst vielleicht nur dumpf - dass, obwohl der Befriedigung von immer neuen Konsumwünschen kaum noch Grenzen gesetzt sind, davon gleichwohl seltsam unberührt bleibt, was irgendwie als Sinn des Lebens empfunden wird.

Weshalb ist das so? Wie kommt es, dass, so sehr die vielfältigen Vertreter unserer wirtschaftsverfallenen Welt in immer neuen Anläufen den Menschen weismachen wollen, dass das höchste Glück der Erdenkinder doch in immer weiteren Konsumbedürfnissen und deren flugs gesicherter Befriedigung liege, - wie kommt es also, dass im intimen Zwiegespräch des Menschen mit sich selbst die Frage sich immer neu erhebt, weshalb das, was er als sein eigentlich Menschliches empfindet, davon letztlich wie unbetroffen bleibt?

In dieser fortwährenden Fragestellung liegt eine Chance: beim näheren Eingehen auf sie zeigt sich bald, dass in der damit ausgeübten Suche nach sich selbst weder eine theoretische, noch eine passiv von außen empfangene Antwort (wie beim Konsum) den Menschen zufriedenzustellen vermag. Vielmehr handelt es sich dabei gleichsam um eine innere Entdeckung, worin der Mensch in seinem unablässig denkenden, nach Verstehen strebenden Wesen sich plötzlich wie selbst erblickt. Im Innwerden dieser stetig von ihm betätigten Eigenaktivität, die auf nichts Äußeres zurückführbar ist, erkennt der Mensch sich erst richtig selbst als ein des Verstehens mächtigen und in diesem Verstehen mit der Welt sich verbindendes Wesen. Im Handeln gibt der Mensch durch seine Fähigkeiten dann der Welt hin, was er zuvor in sich selbst an Verstehen gestaltet hat, - in diesem Geben ausgleichend das, was er bei seiner Bedürfnisbefriedigung von der Welt und seinen Mitmenschen genommen hat.

Die Dominanz und Macht der Wirtschaft in unserer Zeit, das Ungleichgewicht in unserer Welt, ist Resultat jenes blinden Flecks im erkennenden Erleben des eigenen und des mitmenschlichen lebendigen geistigen Wesens. Deshalb kann die Wirtschaft in unserer Zeit vollgültig nur in dem Maße in ihre dem Menschen dienenden Schranken gewiesen werden, wie diese geistige Realität des Menschen von jedem Einzelnen von uns immer mehr ganz konkret ins Bewusstsein gehoben wird. Die Wirtschaft wird dadurch, anstatt sich als *Selbstzweck* zu setzen, zur *notwendigen materiellen Grundlage* für die individuelle, schöpferische Entwicklung eines jeden Menschen

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

DEMOKRATIEBEWEGUNG*

Berlin: Auflösung der Bankgesellschaft

„Schluss mit dem Berliner Bankenskandal“ - Unter diesem Motto ist in Berlin ein Volksbegehren gestartet worden. Die Initiative um den Politik-Professor Peter Grottian will erreichen, dass das Land Berlin seine Risikobürgerschaft in Höhe von fast 22 Milliarden Euro für die Berliner Bankgesellschaft zurücknimmt. Außerdem soll die Landesbank Berlin aufgelöst werden. Zur Beantragung des Volksbegehrens sind zunächst 25.000 Unterschriften erforderlich. <http://www.berlinerbankenskandal.de>

Sachsen-Anhalt: Kita-Volksbegehren

Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt hat grünes Licht für ein Volksbegehren gegeben, dass sich gegen die geplanten Kürzungen bei der Kinderbetreuung in Höhe von 45 Millionen Euro wendet. Das „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ muss innerhalb von sechs Monaten die erforderlichen 250.000 Unterschriften sammeln. <http://www.gew-lsa.de/Buendnis.htm>

15 Jahre Mehr Demokratie

Im Juli hat Mehr Demokratie e.V. seinen 15. Geburtstag gefeiert. Ex-Greenpeace-Chef Thilo Bode bezeichnet Mehr Demokratie anerkennend als das „Reserverad der Demokratie“. Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer schreibt: „Mehr Demokratie hat das demokratische Bewusstsein in Deutschland gestärkt.“ Und der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel bedankt sich, weil „Mehr Demokratie erfolgreich dafür gekämpft hat, dass die Bürger ihre Angelegenheiten auf Landes- und auf kommunaler Ebene selbst in die eigenen Hände nehmen können.“ Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Broschüre: Acht Beispiele für erfolgreiche Bürgerentscheide

„Hände weg vom Wasser“, „Bürgerentscheid stoppt riskanten Steuertrick“, „11 Begehren gegen Stromkauf vom Schrottreaktor Temelin“. Das sind nur drei von acht Beispielen erfolgreicher Bürgerbegehren, die in einer neuen Broschüre von Mehr Demokratie vorgestellt werden. Mit Interviews, Farbfotos, Praxistipps und vielem mehr macht das 48seitige Heft Lust auf direkte Demokratie. Preis: 3 Euro. Bestellungen an Susanne Wenisch, beratung@mehr-demokratie.de (Adresse siehe unten).

Bayern: Bericht zu sieben Jahren Bürgerentscheid

Fast 1.100 Bürgerbegehren und 650 Bürgerentscheide - dass ist die stolze Bilanz nach sieben Jahren Bürgerentscheid in Bayern. Im letzten Jahr nahm die Zahl der Begehren leicht ab, doch in 2003 ist die Tendenz wieder steigend. Über Themen, Erfolge, Beteiligung und vieles mehr lesen Sie im Bürgerentscheids-Bericht von Mehr

Demokratie. http://www.mehr-demokratie.de/jahresbericht2003_bayern.pdf

* Die Meldungen sind entnommen aus dem Newsletter des Omnibus für direkte Demokratie und dem Newsletter von „Mehr Demokratie e.V.“. Adressen: Thomas Mayer, Omnibus gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. 0831-5707689, Fax 0831-5859202, Email info@omnibus.org, Homepage www.omnibus.org // Mehr Demokratie e.V., Fritz-Berne-Str. 1, D - 81241 München, Tel. 089 / 82020346, Fax: 089 / 82020348, E-Mail: presse@mehr-demokratie.de

EINSAM STATT GEMEINSAM?

Regional-Großhändler nehmen Stellung

„Die von uns garantierten, langfristigen Lieferbeziehungen bieten unseren Partnern neue Zukunftschancen und unseren Kunden eine hohe Bioqualität.“ Dass sich dieser von Rapunzel formulierte Anspruch an faires Handeln nicht auf die Zusammenarbeit mit dem Naturkostgroßhandel bezieht, mussten auch die Regional-Großhändler durch die Kündigung der Geschäftsbeziehung von Rapunzel schmerzhaft erfahren. Dass ein Unternehmen glaubt, die Freiheit zu haben, eine solche Entscheidung im Alleingang zu treffen, mussten wir leider feststellen. Die für den Großhandel arbeitsplatzvernichtende und teilweise existenzgefährdende Durchführung dieses Schritts grenzt allerdings an Skrupellosigkeit. Die von Rapunzel herangezogenen Begründungen für diese Entscheidung gelten für den Regional-Großhandel nicht. Der Vorwand, dass die Eigenmarken des Handels den Rapunzel-Produkten unerträgliche Konkurrenz machen und gar von Rapunzel subventioniert würden, können die Regional-Großhändler nicht nachvollziehen. [...]

Das ebenfalls aufgeführte Argument des Preisverfalls für Bio-Markenprodukte wird sich durch die Rapunzel-Entscheidung erst recht verschärfen. Die angekündigten Rabatte, die Rapunzel bei einer Direktbelieferung einräumen wird, fordern den Wettbewerb heraus, um bei dieser neuen Runde der Wertevernichtung nicht nur tatenlos zuzusehen. Davon wird der Einzelhandel allerdings nicht wirklich profitieren können. Durch die Kapitalbindung für die erforderliche Lagerhaltung von Rapunzel-Produkten und einen erhöhten Personalaufwand werden die Rabattvorteile schnell aufgezehrt. Denn verbindliche Liefertermine und eine tägliche Belieferung, wie sie durch die Regional-Großhändler gewährleistet sind, werden durch eine Spedition nicht zu realisieren sein. Die Nähe zu den Kunden ermöglicht es dem Regional-Großhandel, schnell zu reagieren und dem Einzelhandel die Lagerhaltung abzunehmen. Regelmäßige Lieferungen zu vereinbarten Zeiten ermöglichen eine effiziente Personaleinsatzplanung und ermöglichen dadurch ein kostengünstiges Einräumen der gelieferten Ware.

Die Regional-Großhändler: Bodan GmbH // Chiemgauer Naturkosthandel GmbH // Gebr. Franz

GmbH // Grell Naturkost GmbH & Co. KG // Naturkost Elkershausen GmbH // Naturwaren Zaich & Woar GmbH // pax an GmbH // Phönix GmbH // Terra Naturkost Handels GmbH // Naturkost West GmbH // Handelskontor Willmann GmbH // Rinklin Naturkost GmbH // Kornkraft Naturkost und Naturwaren. Kontakt: Marketing für Naturkost, Gradestraße 92, 12347 Berlin, info@mfnberlin.de, Tel. 030 / 44 35 81 20, Fax: 44 35 82 22

„WIE ES DER PRESSESPRECHER DER WTO NICHT SCHÖNER KÖNNTE...“

Ein ungedruckter Leserbrief an die Zeitschrift „Das Goetheanum“

Gerhard Herz

Vorbemerkung: In der Nr. 28 vom 13.7. 2003 der Wochenschrift „Das Goetheanum“ erschien ein ProGATS-Artikel von Detlev Hardorp mit heftigen persönlichen Angriffen auf C. Strawe und W. Neurohr (Titel: GATS - Chance oder Gefahr für das Bildungswesen?) In der ersten Augustnummer druckte die Wochenschrift Stellungnahmen der beiden Angegriffenen und von Martin Britsch ab. In einer folgenden Nummer gab sie Hardorp das letzte Wort. Der folgende Leserbrief wurde wie es hieß „aus Platzmangel“ nicht gedruckt und sei deshalb hier dokumentiert:

Am Beginn des o.g. Artikels schreibt D. Hardorp „...GATS ist viel zu komplex, um es pauschal einseitig zu beurteilen...“ Damit hat er recht, leider scheint dieses Urteil nur für die anderen erwähnten Autoren, nicht für ihn selbst zu gelten! Ginge es nur um die private Meinung eines kompetenten Menschen in einer komplexen Angelegenheit, könnte ja eine dezidierte oder provokante Position sehr fruchtbar sein. Wenn aber Herr Hardorp „federführend für die Lobbyarbeit bei der EU zuständig“ ist, gelten andere Kriterien: Da tritt ein von vielen Eltern- und Sympathisantenbeiträgen finanzierter Waldorf-Funktionär auf und argumentiert mit einer Mischung aus Nonchalance und Arroganz, wie es der Pressesprecher der WTO nicht schöner könnte. Als langjähriger, ehrenamtlich für die Waldorfpädagogik und ein freies Schulwesen Tätiger wünsche ich mir von denjenigen, die die Übertragung dieser Aufgabe an Herrn Hardorp verantworten, sie mögen prüfen, ob diese naiv-relativistische Position die Basis für eine europäische „Lobbyarbeit“ des Bundes der Freien Waldorfschulen sein - und bleiben kann!

Dr. Gerhard Herz, Institut für Betriebliche Bildung und Unternehmenskultur - IBU, Augsburgstr. 31a - D-82182 Gröbenzell, Fon: +49 (08)142 570770, Fax: +49 (0)8142 58833, e-mail:info@ibuibu.com, Internet: www.ibuibu.com

Ankündigungen

EINLADUNG AN ALLE ZUR BETEILIGUNG AN EINER „OFFENSIVE FÜR ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT“

Die bestehenden Finanzierungssysteme bringen den sozialen Sicherungssystemen, dem Bund, den Ländern und Gemeinden nicht mehr die Einnahmen, die sie benötigen, damit sie ihre Aufgaben angemessen erfüllen können. Sparen und neue Staatsschulden können zwar kurzfristig helfen, um Finanzlöcher provisorisch zu stopfen. Doch die Aufgaben können nicht mehr so gut wie früher erfüllt werden.

Auch die vom Kanzler am 14.3. 2003 vorgestellte „Agenda 2010“ zeigt wieder, die Regierung ist in der Defensive. Sie versucht - ebenso wie auch die heutige parlamentarische Opposition - bei der Finanzierung der Sozialsysteme zu sparen, weil sie keinen anderen Weg kennt, um die Finanzierung des Staatshaushaltes und der Sozialsysteme auf eine solide Basis zu stellen. Das zeigt, die Hoffnung, dass Rot-Grün mehr als die vorherige Regierung hilft, Arbeit zu schaffen und den Sozialabbau zu stoppen, war trügerisch.

Ist es jetzt nicht notwendig, dass alle arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten, alle heute oder später auf eine Alterssicherung angewiesenen und alle von einem gut funktionierenden Gesundheitswesen abhängigen Bürger/innen selbst aktiv werden? *Ist es jetzt, wenn die Politiker aller Couleurs nur defensive Konzepte realisieren wollen, nicht die höchste Zeit, dass wir selbst offensiv werden für den Erhalt des „inneren Friedens“?*

Wir alle sollten uns jetzt gemeinsam stark machen für Arbeit und soziale Sicherung. Die Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit ruft deshalb alle betroffenen Bürger/innen zu einem großen gemeinsamen Projekt auf:

Beteiligt Euch! - Werdet offensiv! Beteiligt euch aktiv an der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“!

Auch unter der Kohl-Regierung wurde der Einkommensabstand zwischen Gering-, bzw. Normalverdienenden und „Besserverdienenden“ immer größer, die sozialen Sicherungssysteme wurden ausgehöhlt, im Gesundheitswesen wurden Leistung und Qualität schlechter, die Sicherheit der Renten war in Gefahr, die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Wer wurde als Schuldiger genannt? Die Globalisierung!

Vor der Bundestagswahl von 1998 versprachen Rot-Grün diese von den Konservativ-Liberalen zugelassene Tendenz umzudrehen. Doch weder die Tendenzwende

insgesamt, noch die Verringerung der Arbeitslosenzahl gelang. Bei der Bundestagswahl im September 2002 gab die Mehrheit der Wähler Rot-Grün trotzdem noch einmal eine Chance, denn viele von ihnen hatten die Untätigkeit und Unfähigkeit der von Kohl geführten konservativ-liberalen Regierung, die globalisierungsverursachten Probleme zu lösen, noch gut in Erinnerung. Auch hinsichtlich des drohenden Irak-Krieges vertraute die Wählermehrheit eher der Regierung als der Opposition.

Doch Terrorismus und Kriege werden unvermeidlich, wenn das Armutsgefälle zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern nicht abgebaut wird durch den Aufbau einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung.

Außerdem zwingt das Armutsgefälle bei weltweitem Wettbewerb die Unternehmen, die Kosten zu senken, damit sie am Weltmarkt bestehen. Der Preisdruck ist die Ursache für den Sozialabbau und die steigende Arbeitslosenzahl bei uns. Wird die Globalisierung weiter „neoliberal“ gesteuert, dann zwingt sie uns zur Anpassung an die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Entwicklungsländern. Bleibt uns keine andere Möglichkeit?

Der Zustand der Weltwirtschaft ist mit einer schiefen Ebene zu vergleichen. Wie das Wasser eines Flusses durch das Gefälle von oben nach unten fließt, so führt die entfesselte Kraft des Wettbewerbs dazu, dass sich die hoch entwickelten Industrienationen an die Bedingungen der menschenrechtlich, sozial und ökologisch niedrig entwickelten, aber durch große Investitionssummen, die hohe Gewinne versprechen, industriell aufgerüsteten Entwicklungsstaaten anpassen, wenn keine „Dämme“ und „Schleusen“ in das Weltwirtschaftssystem eingebaut werden, die das verhindern. Die Schutzdämme, die seit dem Ende des 19. Jh. vor allem in Westeuropa errichtet werden konnten - zuerst durch die Gewerkschaften und die Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (dazu gehört - richtig besehen - auch die christlich-soziale/demokratische Union), später (die Ökologie betreffend) auch durch die „Grünen“ Parteien -, sind nun bedroht. Wie können wir sie sichern?

Wie ist diese Sicherung der Schutzvorrichtungen, die den entstehenden „Raubtierkapitalismus“ einhegen, realisierbar? D. h., wie ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft zu erhalten und an der Würde des Menschen orientiert weiterzuentwickeln? Und wie können „Schleusen“, die ein Anheben des Lebensstandards in den „Entwicklungs- und Schwellenländern“ ermöglichen könnten, „in den abwärtsreißenden Strom der Globalisierung“ eingerichtet werden?

Die „Offensive“ hat seit Mitte des letzten Jahres - bisher leider vergeblich - versucht, die rot-grüne Regierung zu fördern. Sie hat ihr grundlegende Reformvorschläge unterbreitet, die in dem Text: „Plädoyer für einen Paradigmenwechsel - Ein neues, zeitgemäßes und sozial gerechteres Steuer- und Sozialabgabensystem ist eine Notwendende Grundlage für Arbeit, soziale Sicherheit und den inneren Frieden“ genauer skizziert werden.

Die Offensive schlägt Maßnahmen vor, die Übergangsweise mindestens zwei Probleme - die beide durch den neoliberal gesteuerten Globalisierungsprozess entstehen - *nachhaltig* lösen. Einerseits lösen sie das Problem des Erhalts der sozialen Sicherungssysteme auf einem hohen Niveau und andererseits das Problem des Erhalts von angemessenen Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden.

Drei wichtige Maßnahmen sind:

1. Wir brauchen ein völlig neues Steuer- und Abgabensystem.

Anstelle der heute üblichen einkommens- und gewinnbezogenen Steuer- und Sozialabgaben *benötigen wir eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer- und Sozialabgabe*, weil dann die sogenannten „Lohnnebenkosten“ ganz entfallen. Auch zahlen dann nicht mehr nur die immer weniger werdenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Abgaben in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungskassen, sondern jeder Verbraucher.

Das heißt, steigt der Umsatz eines Unternehmens, so fließt mehr in die Steuer- und Sozialabgabekassen.

2. Verbesserung des sozialen Sicherungssystems und Abbau der Diffamierung dieses System!

Aufgrund einer mehrwertsteuerähnlichen Sozialversicherungsabgabe ist es möglich, das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu erhöhen. Ihre Inanspruchnahme kann erleichtert werden. Eine breite Aufklärung über die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit, macht die Diffamierungen von Arbeitslosen sinnlos. Die Renten könnten weiterhin entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst werden und dem Gesundheitswesen könnten entsprechend seiner wachsenden Aufgaben, genügend finanzielle Mittel zufließen.

3. Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen!

Auf der Grundlage eines verbesserten sozialen Sicherungssystems können die Kündigungsregeln so überarbeitet werden, dass die Unternehmen flexibel, gemäß der Auftragslage reagieren können. Mitarbeiter könnten dann kurzfristig eingestellt oder entlassen werden, ohne dass die Entlassenen ins soziale Elend stürzen oder als Faulenzer diffamiert werden. Diese Flexibilität erhöht die Chancen der Unternehmen, im Konkur-

renzkampf - der durch die neoliberale Globalisierung immer härter wird - besser zu überleben und Arbeitsplätze zu erhalten.

Maßnahmen, die eine *Senkung der Lohnnebenkosten* und etwas mehr *Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen* ermöglichen, werden schon lange von den Unternehmerverbänden, den Liberalen und der Christlichen Union gefordert - *allerdings auf Kosten der Menschen, die von den sozialen Sicherungssystemen abhängen und auf Kosten der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden.*

Die hier von der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ skizzierten Maßnahmen ermöglichen ein *völliges Verschwinden der Lohnnebenkosten, der Einkommens- und Gewinnbesteuerung* und eine weitgehende *Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen, bei gleichzeitigem Erhalt der sozialen Sicherungssysteme und der Steuereinnahmen*, die den staatlichen Aufgaben und Verantwortungen angemessenen sind.

Wenn die Kosten für das Gesundheitssystem, die Renten und die Arbeitsloseneinkommen durch eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer- und Sozialabgabe finanziert werden, könnten z. B. *im Gesundheitssystem* massenweise neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer hat noch nicht von den überlasteten Krankenhausärzten und überfordertem Pflegepersonal gehört?

Außerdem könnten in vielen anderen Branchen Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen mehr Geld für den Konsum zur Verfügung hätten. Je mehr Geld diese Einkommensschichten für den Konsum zur Verfügung hätten, desto stärker könnte die Nachfrage ansteigen. *Eine erhöhte Binnennachfrage hätte eine deutliche Produktionssteigerung zur Folge.* Mehr Menschen können dann eingestellt werden. Die Arbeitslosigkeitsrate würde sinken und die Steuereinnahmen sich deutlich erhöhen. Die heute hochverschuldeten Gemeinden könnten dann mehr Aufträge an Handwerksbetriebe geben und diese schneller bezahlen. So müssten auch die Handwerksbetriebe mehr Mitarbeiter einstellen, um die erhöhte Auftragslage bewältigen zu können.

Das zeigt: auch das heutige Geld- und Bankensystem und die heutige Einkommensgebung funktionieren noch nicht optimal. Eine der Funktionserfüllung des Wirtschaftssystems angemessene Erneuerung des Geld- und Bankensystems kann heute jedoch nur noch auf EU-Ebene in Angriff genommen werden. Auch deshalb - also nicht allein wegen einer wirklich demokratischen Legitimation der neuen EU-Verfassung - sollten die Bürger/innen sich beim EU-Verfassungsgebungsprozess durch Verfassungsgesetzesinitiativen und eine EU-weite Volksabstimmung beteiligen können. Dann könnten sie selbst, ein solches Verfassungsrecht beschließen, dass ein demokratisches Geld- und Bankensystem und eine demokratische und sozial gerechtere Einkommensgebung ermöglicht, so dass Beides zu einer wesensgemäßen Erfüllung der Funktion des Wirtschaftssystems beitragen kann.

Warum geht die Regierungskoalition nicht mit den von der „Offensive“ vorgeschlagenen Lösungen in die Verhandlungen mit der konservativ-liberalen Mehrheit im Bundesrat? Warum gehen die Gewerkschaften nicht mit diesen Lösungsvorschlägen in Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden und an den „Runden Tisch“ im „Bündnis für Arbeit“?

Sie werden es tun, wenn sich genügend viele Menschen an der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ beteiligen. Beteiligt Euch! Ihr könnt diesen Aufruf vervielfältigen und verteilen, die Informationsschriften, in denen der hier skizzierte Weg ausführlicher beschrieben wird, zum Lesen anfordern und die beschriebenen Überlegungen gründlich bedenken. Auf der Grundlage der so gewonnenen Erkenntnisse lassen sich dann - von einem eigenen starken Willen getragen - vielfältige, gemeinsame Aktionen planen und erfolgreich durchführen.

Infos

Ein Info-Blatt über mögliche und schon in Planung befindliche Aktionen kann angefordert werden. Wer das Info-Blatt (gegen Portokosten) möchte oder sich anders beteiligen will, wende sich an folgende Adresse: „Offensive“, Panoramastr. 30, 88147 Achberg; E-Mail: Herbert.Schliffka@gmx.de; Konto: IG EuroVision e.V., Volksbank Allgäu-West, BLZ 65092010, Konto-Nr.: 2929 023; Bitte Stichwort angeben: Spende für „Offensive“

VERANSTALTUNGEN MIT NICANOR PERLAS UND YESHAYAHU BEN AHARON

Globalisierung - Clash of Civilizations - Neue soziale Impulse

Tagung, Do, 25. - So, 28. September 03

Freie Waldorfschule, Rengoldshauser Str. 20, 88662 Überlingen. Donnerstag, 20 Uhr, Vortrag Nicanor Perlas: **Die Zukunft Europas im Zeitalter des US-Empire.** Freitag, 20 Uhr, Vortrag Y. Ben Aharon: **Israel zwischen westlichem und östlichem Fundamentalismus.** Samstag, 9.30 - 18 Uhr, und Sonntag 9.30 - 12.30 Seminare. Samstag, 20 Uhr: Gesprächsangebot zur aktuellen Situation der Zivilgesellschaft mit C. Bergin, J. Lauterbach und U. Morgenthaler. **Weitere Infos und Anmeldung:** Tel. 01601 - 854265, Fax 07551 - 823 0041, www.gwiz.de, E-Mail: info@gwiz.de..

Montag, 29. September 2003

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart. 17.30 bis 19.30 Uhr: **Europa im Zeitalter des US-Empire** (N. Perlas). 20.15 Uhr: **Amerikas globale Verantwortung.** Die Verantwortung der Welt für Amerika. Y. Ben-Aharon.

Dienstag, 30. September 2003

Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel. 18.00 Uhr: **Europa und das US-Empire.** (N. Perlas). 20.15 Uhr: **Israel im Brennpunkt.** Der Kampf der Kulturen und die Beziehungen zwischen Judentum, Christentum und Islam als alltägliche Herausforderung (Y. Ben Aharon)

Mittwoch, den 1. Oktober 2003

19 Uhr, München, Theatersaal, Leopoldstr. 17, **Vorträge und Gespräch** zu den gleichen Themen.

Do, 2. - So, 5. Oktober 2003

Was ist die Frage der Globalisierung und wie finden wir eine spirituelle Antwort darauf? Seminar, Starnberg. Mit Nicanor Perlas und Irene Johanson. *Weitere Infos und Anmeldung:* Haus Freudenberg, Prinz-Karl-Str. 16, 52319 Starnberg, Tel. 08151-12 379, Fax 28 262, E-Mail Haus-Freudenberg@t-online.de, Internet: www.HausFreudenberg.de

FORUM 3 STUTTGART: VERANSTALTUNGEN ZU ZEITFRAGEN

Montag, 22. September, 20.00 Uhr: **Die zwei Gesichter der USA.** Echte und unechte US-amerikanische Impulse. Vortrag und Gespräch mit John Beck, New York Open Center, USA

Dienstag, 23. September, 20.00 Uhr **Karawane für den Frieden:** Ein Friedensmarsch von Frankreich nach Jerusalem. Bericht und Gespräch mit Amit Weisberger, „Roulotte pour la paix“, Frankreich.

Freitag, 10. Oktober, 20.00 Uhr: **Die Vielfalt der Kulturen erhalten!** Auswirkungen der Globalisierung auf die Lebenswelt ethnischer Minderheiten. Vortrag und Gespräch mit Albert Recknagel, Programmkoordinator, terre des hommes Deutschland.

Freitag, 17. Oktober, 20.00 Uhr: **Brüderlichkeit. Eine notwendige Utopie im Zeitalter der Globalisierung.** Vortrag und Gespräch mit Jacques Attali, Wirtschaftstheoretiker, Gründer von PlanetFinance, Berater von Francois Mitterand, Paris. Einleitung durch Gerald Häfner, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen.

IST DIE DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS NOCH AKTUELL?

Vortrag und Gespräch mit Michael Schreyer, Pforzheim, Samstag, 1. November 2003, Rudolf Steiner Haus Stuttgart, Zur Uhlandshöhe 10. Kostenbeitrag je nach Ermessen Euro 6,- bis 12,-. Veranstalter: Arbeitsgruppe für so-

ziale Dreigliederung in der Anthroposophischen Gesellschaft Stuttgart. Auskunft: Erwin Haas, Haußmannstr. 106, 70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 26 26 225

ANTHROPOSOPHISCH ERWEITERTE PFLEGE

Berufsbegleitender Grundkurs Januar 2004 - Mai 2005 in Dresden

Der Grundkurs ist eine berufsbegleitende Zusatzqualifizierung für Menschen, die einen pflegerischen Berufsabschluss haben bzw. in der Kinder-, Kranken-Alten- und Heilerziehungspflege oder als Hebamme tätig sind. Der Kurs möchte Pflegende auf der Suche nach einem eigenen ganzheitlichen Pflegeverständnis fördern und dabei neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Pflege aufzeigen. Er wird an zwölf Wochenenden im Zeitraum Januar 2004 bis Mai 2005 stattfinden. Im Kurs werden neben anthroposophischen Grundlagen pflegespezifische Themen behandelt wie Berührung, Körperpflege, Wickel, Schlafen / Wachen, Gesprächsführung, biographische Begleitung und Sterbebegleitung. Dazu werden in Theorie und Praxis Fähigkeiten vermittelt, die den Handlungsspielraum in der alltäglichen Pflegearbeit weiten.

Ansprechpartnerinnen: Michaela Schnur, Telefon: 0351 / 847 227 96, Fax: 847 56 13 // Dorit Seipelt, Tel. und Fax: 0351 / 403 12 75. Pflegeseminar Dresden in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung eines anthroposophisch orientierten Krankenhauses Dresden e.V., E-Mail: pflegeseminar-dd@gmx.de

HAMBURGER VOLKSBEGEHREN NEUES WAHLRECHT SUCHT HELFERINNEN UND HELFER

Die Hamburger Initiative „Mehr Bürgerrechte“, Mehr Demokratie e.V. und der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE bitten um Mithilfe für das Volksbegehren in Hamburg. Das Volksbegehren will den Einfluß der Wählerinnen und Wähler auf die Zusammensetzung des Landesparlaments stärken und die unabhängige Persönlichkeit im Parlament fördern. Dieses Wahlrecht wäre sicher ein Vorbild für alle anderen Bundesländer und sogar für die Bundesebene. Vom 15. bis 29. September müssen sich 65.000 Bürgerinnen und Bürger in die Listen des Volksbegehrens eintragen. Gelingt dies, so kommt es 2004 zum Volksentscheid über das neue Wahlrecht. Wir suchen noch Helferinnen und Helfer bei der Unterschriftensammlung. Unterkunft wird organisiert, bei Bedarf können die Fahrtkosten übernommen werden. Bei Interesse bitte bei Kurt Wilhelmi melden: Tel 0177-3957073. Näheres unter <http://www.mehr-buergerrechte.de>

AGENTUR FÜR ALTERNATIVEN

Die Agentur für Alternativen versucht über das Medium Film neue Denkansätze und praktische Lösungskonzepte zu den gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Recht und Kultur in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, wobei sie sich auf den Ansatz der sozialen Dreigliederung bezieht. Hauptanliegen ist es in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen diese Thematik durch audiovisuelle Medien und Seminare bekannt zu machen und damit zum öffentlichen Diskurs anzuregen.

Agentur für Alternativen, Sredzkistr. 42 10435 Berlin. Über die Angebote der Agentur kann man sich seit einiger Zeit auch im Internet informieren: www.afa-berlin.com, E-Mail: info@afa-berlin.com

FÜHRUNG IN DER SELBSTVERWALTUNG

Ausbildung für Verantwortliche in Führungs- und Leitungsaufgaben

Termine: 15. - 17. Oktober 2003 Wuppertal // 3. - 5. Dezember 2003 Wuppertal // 13. - 15. Januar 2004 Bonn/Alfter // 10. - 12. März 2004 Bonn/Alfter // 4. - 6. Mai 2004 Wuppertal.

Dass Einrichtungen Führung benötigen, ist unumstritten. Worin jedoch diese Führung besteht und wie sie zustande kommt, ist eine immer wieder neu aufflammende Streitfrage. Auslöser dafür ist u.a. die Tatsache, dass Über- und Unterordnung in einer Zeit individuellen Selbstbewusstseins nicht mehr ohne weiteres hingenommen wird. Angesichts oft lähmender Diskussionen um individualistisches oder kollektives Führerprinzip, um hierarchische oder hierarchiefreie, charismatische oder erlernbare Führung wird in diesem Kurs daran gearbeitet, Führung funktional zu verstehen und daraus die möglichen Strukturformen zu entwickeln. Was kann getan werden, damit in einer Organisation überall da die notwendigen Antworten gegeben werden können, wo es das Leistungsgeschehen erfordert? Der Kurs will den Gedanken der Selbstverwaltung weiterentwickeln und als effektive Führungsform positiv besetzen. Damit schließt er konzeptionell und praktisch eine von vielen als schmerzlich empfundene Lücke. Er wendet sich an Verantwortungsträger in Einrichtungen, die es mit Beziehungsdienstleistungen zu tun haben, z.B. der Pädagogik, Heilpädagogik, Sozialtherapie, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime usw. Der Kurs findet bereits zum dritten Male statt. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt.

Themen der einzelnen Seminartage: Das Leitbild als Orientierungspunkt für Führungsverantwortung // Verantwortung und Führung // Die Entwicklung und Sicherung des Könnens // Motivation und Führung // Vertrauen und Führung // Zusammenarbeit und Führung // Ökonomie und Führung // Die Förderung der

Mitarbeiter als Prüfstein für das Führungsverständnis // Selbstführung als Voraussetzung der Führung anderer // Führung als Gestaltung des Wandels // Individualisierung und Standardisierung // Führung: Verantwortung für die Leistung - Verantwortung für Menschen // Persönliche Konfliktfähigkeit // Projekt- und Seminaarauswertung // Weitergehende Umsetzung.

Verantwortung und Leitung: Udo Herrmannstorfer, Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Dornach. Dr. Gerhard Herz, Institut für Betriebliche Bildung und Unternehmenskultur - IBU, Gröbenzell. **Anmeldung und Information:** Dr. Gerhard Herz - IBU, Augsburgstrasse 31a, D-82182 Gröbenzell, Tel. 08142 - 570 770, Fax 588 33, E-Mail: gerhardherz@ibuibu.com.

GES - GESELLSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN

Matthias Klarebach

Kürzlich wurde die Initiative „Ges - Gesellschaft Gemeinsam Gestalten“ von einer Gruppe von seit Jahren mit der Sozialen Dreigliederung beschäftigten Personen im Raum Darmstadt ins Leben gerufen. Ziel ist es, öffentlich für ein Bewusstsein der Sozialen Dreigliederung zu wirken und die Gesellschaftsgestaltung als Herausforderung zum Tätig-Werden für jeden Menschen ins Bewusstsein zu rücken. Verschiedene Aktionen, Projekte und Bildungsveranstaltungen sind geplant, darunter solche zur Direkten Demokratie, zum Freien Schulwesen und zum Themenkreis Geld und Kapital.

Da die Soziale Dreigliederung das ideelle Rückgrat für alle Aktivitäten wie für die freie Waldorfschulbewegung ist und das Thema in der Lehrerbildung und -praxis meist kaum eine Rolle spielt, bieten wir ein Seminar „Gesellschaftsgestaltung heute - Dreigliederung des Sozialen Organismus für Pädagogen“ an. Es geht darum, gesundes Wahrnehmen, Empfinden und Denken in aktuellen Gesellschaftsfragen, wie z. B. die der Globalisierung, zu schulen. Außerdem geht es u. a. um das Verständnis der Freien Schule, um konkrete Handlungsperspektiven für den Alltag, sowie um die Frage, was in Schülern und Jugendlichen bezüglich des gesellschaftlichen Lebens, der Politik etc. lebt und wie ein gesundes Fühlen und Denken hier vermittelt werden kann. Weitere Themen dieses Seminars: Freiheit, Demokratie, Kunst, Geld, Arbeit, Einkommen, Kapital, Selbstverwaltung. Ges e. V. ist ein gemeinnütziger, eingetragener Verein.

Das Seminar findet statt vom 2. bis 4. Oktober 2003 in der Freien Waldorfschule Darmstadt (Anmeldung erforderlich). Kontakt: M. Klarebach, 06151-9519783 ; E-Mail: m.klarebach@web.de.

GESELLSCHAFTSGESTALTUNG HEUTE

Dreigliederung des sozialen Organismus für Pädagogen

Renate Pflästerer

So lautet das Thema eines Seminars, das vom 2. bis 4. Oktober 2003 in der Freien Waldorfschule Darmstadt stattfinden wird. Es steht im Rahmen der Veranstaltungen zur 25-Jahr-Feier der Schule und versteht sich in erster Linie als Fortbildung für interessierte Waldorfpädagogen, steht aber auch anderen Interessierten offen. Der Veranstalter ist Ges e. V. - Gesellschaft Gemeinsam Gestalten, ein Initiativkreis von Menschen aus dem Raum Darmstadt, die ein lebendiges Verständnis des Dreigliederungsimpulses R. Steiners für aktuell und notwendig halten und sich für dessen gesellschaftliche Wirksamkeit engagieren wollen.

Zeigen sich in den gegenwärtigen Tagesthemen nicht die krankmachenden Abhängigkeiten aller Lebensbereiche von der brutalen Eigendynamik eines entfesselten Wirtschaftslebens, das sich durch reine Profitmaximierung aus seiner Aufgabe der gesunden Bedarfsdeckung zunehmend verabschiedet und selbst Menschenrechte zur Ware macht? Sehen wir nicht, wie die Verkrustung und Verkoppelung von Wirtschaft und Politik keine zukunftsgerichteten, sozial-förderlichen Entscheidungen und Gesetze zulässt?

Wir wollen konstruktiv die Fragen klären helfen:

Wie ist das neo-liberale Dogma der globalen Liberalisierung des Handels und der Entrechtung lokaler politischer Verantwortlichkeit, wie es von der WTO in den GATS-Beschlüssen angestrebt wird, zu verstehen? Welches Selbstverständnis und welche Existenzbedingungen hat zur Zeit das kulturelle Leben, z.B. in Forschung, Lehre, Kunst? Wie sehen sich die Freien Waldorfschulen in diesem sozialen Umfeld, inwiefern können sie überhaupt frei sein? Was bedeutet Staatspädagogik, Privatschule oder Freie Schule?

Es werden in diesem Seminar durch intensive Arbeit am Urbild des gesunden sozialen Organismus Grundlagen für die zentralen Fragen der Dreigliederung gelegt, z.B. wo erleben wir Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Gesellschaft? Dies soll nicht theoretisch, sondern in übenden Prozessen, in praktischer Sozialkunst geschehen und ein lebendiges Empfinden schulen, das es den Teilnehmern ermöglicht, selbstständige Lösungsansätze zu finden!

Rudolf Steiner spricht in den „Kernpunkten der sozialen Frage“ immer wieder vom gesunden Fühlen und Denken, das es zu entwickeln gilt. Damit verbindet er den Auftrag an die Lehrer, diese Empfindungen in den Schülern so anzuregen wie die Erlernung der vier Rechnungsarten: „...wie die Kräfte des sozialen Organismus wirken sollen, damit dieser sich lebensfähig erweist, das wird, von der Gegenwart an, von dem Menschen gefordert. Man wird sich ein Gefühl davon aneignen müssen, dass es ungesund, antisozial ist, nicht sich mit sol-

chen Empfindungen in diesen Organismus hineinstellen zu wollen.“

Stellt sich dieser Auftrag nicht besonders dringlich für den Unterricht an den Freien Waldorfschulen? Ist es zu verantworten, dass Schüler diese durchlaufen, ohne von der Sozialen Dreigliederung als wesensgemäßem Urbild einer menschengemäßen Gesellschaft zu hören? Bringen sie nicht lebendige Gestaltungsimpulse und moralische Phantasien einer menschenwürdigen, zukunfts-offenen Gesellschaft mit? Wie leben diese Visionen in den Jugendlichen?

Es soll an diesem Wochenende auch an der Frage gearbeitet werden, in welcher Weise, gemäss den Altersstufen, die Begegnung mit der sozialen Dreigliederung bei Schülern angeregt werden kann.

Schließlich will das Seminar auch mit einigen aktuellen Praxisansätzen von Dreigliederungsaktivisten bekannt machen, so z.B. mit dem „CHIEMGAUER“, einem Regio-Geld, das im Umkreis der FWS-Prien entstanden ist und ein hoffnungsvolles Experiment ökologischer Alternativwährungen darstellt. Auch über die Aktivitäten des Omnibus für Direkte Demokratie, der „Aktion mündige Schule“ und anderen wird informiert.

Der erweiterte Kunstbegriff, wie ihn Josef Beuys schuf, der jeden Menschen zum bewussten Mitgestalten an der „Sozialen Plastik“ ermuntert, sieht auch die weitere menschliche Evolution, die wirkliche Entfaltung des Individuums und seiner schöpferischen Potentiale an den Mut zu neuen, menschenwürdigen sozialen Gestaltungen gebunden!

In diesem Sinne, die Freude am schöpferischen Gespräch, am Gestalten unserer Gegenwart und Zukunft zu wecken und den Elan zur gesellschaftlichen Initiative - das ist das Ziel dieses Seminars!

„...dass sich aus der Kunst heraus der Begriff der Politik so wandelt, dass sich alles zum Gestaltungsbegriff wandelt.“ J. Beuys

Mitwirkende u. a.: Matthias Klarebach, Renate Pflästerer (Sprachgestalterin, Schauspielerin), Katharina Pfaff, Henning Studte, Gisela Hamming.

Termin: Do, 2. (19 Uhr) bis Sa, 4. Okt. 2003 (bis 17 Uhr). **Ort:** FWS Darmstadt, Da-Eberstadt, Arndtstr. 6. **Anmeldung** erbeten bei: Ges. e. V. - Gesellschaft Gemeinsam Gestalten, M. Klarebach, Karlstr. 49, 64367 Mühlthal, Tel.: 06151 - 95 19 7-83, Fax: -42, E-Mail: m.klarebach@web.de

Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

Arbeitstreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Sonntag, 23. November 2003, 11.00 - 18.00 Uhr

Freie Hochschule Stuttgart (Seminar für Waldorfpädagogik),
Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart

Dieses Treffen ist als Arbeitstreffen konzipiert, bei dem es um eine Bilanz der Arbeit und ihre Weiterführung geht. Eingeladen sind alle, die sich mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen und sich über die weiteren Perspektiven der Dreigliederungsarbeit austauschen möchten. C. Strawe wird in die Thematik einführen, weitere Beiträge sind erwünscht und erbeten. Einzelne Themen, die besprochen werden sollen: Wie steht der Dreigliederungsimpuls in den großen aktuellen Auseinandersetzungen über die Gestaltung des sozialen Gefüges? // Welche Aufgaben stellen sich in gegenwärtig für die Dreigliederungsarbeit auf den Feldern des Kultur-, Rechts- und Wirtschaftslebens in der Auseinandersetzung mit dreigliederungsfeindlichen Tendenzen? // Wo stehen wir mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung? (Berichte über Initiativen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene, Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Teilnahme an internationalen Konferenzen wie der WTO-Konferenz in Cancún u.a. - die Rolle unserer Aktivität im Rahmen des Ringens der Zivilgesellschaft um eine bessere Welt) // Wie geht es im nächsten Jahr weiter mit der Netzwerkarbeit? (Rundbrief, Etat 2004 u.a.)

Zeitplan: 11.00 - 12.30 Uhr: Erster Arbeitsabschnitt // 12.30 Uhr: Mittagspause // 14.00 - 15.30 Uhr: Zweiter Arbeitsabschnitt // 16.45 - 18.00 Uhr: Dritter Arbeitsabschnitt.

Anmeldung über das Netzwerkbüro erbeten.

Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218, E-Mail netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe
Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart
Tel. 0711-23 68 950, Fax 23 60 218,
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de

Konzeptuelle Beiträge für eine menschengerechte Globalisierung

Wie weiter mit der Landwirtschaft?

Die Entwicklungschancen der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung

Seminar, Fr, 24. - So, 26. Oktober 2003

Universität Trier, Universitätsring 15, D - 54286 Trier, Gebäude A

Freitag, 24. Oktober:

19.30: Öffnung des Tagungsbüro
20.00: Wie weiter mit der Landwirtschaft?
(Vortrag Udo Herrmannstorfer)

16.15 - 17.15 Arbeitsgruppen
17.15 - 18.00 Plenumsgespräch
19.30: Forum: Zusammenarbeit auf der Ebene der Höfe und in der Naturkostszene - Bestandsaufnahme und praktische Aufgaben

Samstag, 25. Oktober:

9.00 - 10.30: Situationsanalyse „Landwirtschaft in der Globalisierung“ - WTO-Vereinbarungen*, Agenda 2000 etc.
(Referate: Prof. Dr. Harald Spehl, Dr. Christoph Strawe)
11.00 - 12.00: Arbeitsgruppen
12.00 - 13.00 Plenumsgespräch
14.30 - 15.45: Die Ökonomie einer globalen ökologischen Landwirtschaft
(Vortrag Udo Herrmannstorfer)

Sonntag, 26. Oktober:

9.00 - 10.15 und 10.45 - 12.30:
Perspektiven und Handlungsrichtungen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene (Einleitung: H. Spehl und C. Strawe)

* C. Strawe wird dabei auch als Augenzeuge von der 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Cancún/Mexiko berichten

Teilnahmegebühr: Euro 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Den Betrag bitte im voraus überweisen an das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stgt, BLZ 600 100 70. Kurzfristige Anmeldung und Bezahlung bei Tagungsbeginn bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. **Unterbringung** in Eigenregie z.B. über Tourist-Information Trier Stadt und Land e.V. Postfach 3830, 54228 Trier, Telefon 0651 / 97808-16 oder 97808-14, Telefax: 0651 / 700048 oder 44759, E-Mail: hotel@trier.de; Internet: <http://www.trier.de/tourismus>

Anmeldung: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218 // E-Mail Institut@sozialimpulse.de // Internet (mit Anmeldeformular): www.sozialimpulse.de/forbild.htm.



Biografieverständnis und Sozialgestaltung

Seminar, 31. Okt. - So, 2. Nov. 2003

Rudolf Steiner Haus, Hügelstraße 67, D- 60433, Frankfurt / Main

Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 31. Oktober

19.15: Öffnung des Tagungsbüros
20.00: Von der alten Gemeinschaft zur
Gesellschaft der Mündigen -
soziale Dreigliederung und
Biografie (Christoph Strawe)

15.00 - 16.30: Individualität und Biografie
(Udo Herrmannstorfer)
17.00 - 18.15: Gesprächsarbeit
20.00: Reinkarnation und Schicksal: ihre
Bedeutung für das soziale Leben
(C. Strawe)

Samstag, 1. November

9.00 - 9.30: Eurythmischer Auftakt
(Ulla Herrmannstorfer)
9.30 - 11.00: Entwicklungsphasen im
menschlichen Lebenslauf
(Udo Herrmannstorfer)
11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit
14.30 - 15.00: Eurythmischer Auftakt
(Ulla Herrmannstorfer)

Sonntag, 2. November

9.00 - 9.30: Eurythmischer Auftakt
(Ulla Herrmannstorfer)
9.00 - 10.30: Das Erwachen am Anderen. Die
sozialen Gestaltungsformen als
Entwicklungsfeld des Menschen
(Udo Herrmannstorfer)
11.00 - 12.30: Abschlussgespräch

Teilnahmegebühr Euro 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung, Verpflegung zusätzlich Euro 20,-).

Anmeldung: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218 // E-Mail Institut@sozialimpulse.de // Internet (mit Anmeldeformular): www.sozialimpulse.de/forbild.htm. Bitte unbedingt bei der Anmeldung angeben, falls Gemeinschaftsverpflegung gewünscht und ob vegetarisch oder mit Fleisch.

Seminar, 7. - 8. November 2003, Wirtschaftsmuseum Wien

Arbeitslosigkeit - Regionalität - Sozialstaat

Auswege aus der Globalisierungsfalle

Mitveranstalter Kulturforum Wien. Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe
Das Seminar beginnt am Freitag abend. In Vorträgen, Foren (auch mit Vertretern von Politik, Arbeitnehmern und Arbeitgebern) und Gesprächen sollen unter anderem folgende Themen behandelt werden: Arbeitslosigkeit - Krise und Chance // Zur Situation des Sozialstaats in Österreich - empirische Bestandsaufnahme // Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme und speziell der Arbeitslosenversicherung - Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich // Regionale Zusammenarbeit - ein Weg zur Überwindung von Arbeitslosigkeit? // Regionale Sozialsicherung und Osterweiterung der EU

Weiter Informationen, Organisation und Anmeldung: Kulturforum Wien: Christian Pieper/Jürgen Menz, Schulgasse 35, A - 2542 Kottlingbrunn, Tel: +43 (0) 2252-77218-42, Fax: 77218-70, E-Mail: Juergen.Menz@al-naturkost.at